

**Die Gründung
des
Ausschusses für Wirtschaftsfragen
der
industriellen Verbände**

Bericht
über die Gründung
des Ausschusses für Wirtschaftsfragen
der industriellen Verbände

am Mittwoch, den 19. Oktober 1949,
in Köln

Anwesend:

Die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer folgender Wirtschaftsverbände und fachlichen Arbeitsgemeinschaften.

Verband der Automobilindustrie e. V.	Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie
Arbeitsgemeinschaft der Bauindustrie in den Vereinigten Westzonen	Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie
Arbeitsgemeinschaft Bekleidungsindustrie	Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Lederwaren- und Kofferhersteller d. VWG
Wirtschaftsverband Bergbau (in der Gründung begriffen)	Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA)
Deutscher Brauerbund e. V.	Mineralölwirtschaftsverband e. V.
Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie	Wirtschaftsvereinigung Nichteisen-Metalle e. V.
Wirtschaftsverband Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie e. V. für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	Arbeitsgemeinschaft der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie	Verband Deutscher Schiffswerften e. V.
Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e. V.	Fachvereinigung Schuh-Industrie der britischen Zone
Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie	Arbeitsgemeinschaft der Schuhindustriellen Verbände
Verband der Fahrrad- und Motorradindustrie e. V.	Wirtschaftsverband Stahlverformung
Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Industrie	Wirtschaftsverband Stahl- und Eisenbau für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
Arbeitsgemeinschaft der Gerberverbände des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gießerei-Vereinigungen	Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Spiritusindustrie
Wirtschaftsvereinigung Gießereien	Arbeitsgemeinschaft der textilindustriellen Verbände des Vereinigten Wirtschaftsgebietes „Gesamttextil“
Wirtschaftsverband Glasindustrie	Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie
Arbeitsgemeinschaft Graphische Verbände der Bizone (AGV)	Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke
Hauptverband der deutschen Holzverarbeitenden Industrie	Verein für Zuckerindustrie
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Kautschukindustrie „A.d.K.“	

Tagesordnung:

1. Der Weg zu einer Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft
2. Die Satzung eines Bundesverbandes
3. Konstituierung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen
4. Wahlen

Sitzungs-Niederschrift

Dr. Hermann Reusch, Oberhausen, eröffnet die Sitzung um 16.20 Uhr. Er begrüßt die Erschienenen im Namen des vorbereitenden Ausschusses und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die maßgebenden Spitzenorganisationen fast ausnahmslos der Einladung gefolgt sind.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Der Weg zu einer Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft

führt Herr Dr. Reusch folgendes aus:

Sehr geehrte Herren!

I.

Ich habe die Ehre, Sie im Namen des vorbereitenden Ausschusses zu begrüßen, Sie herzlich willkommen zu heißen und Ihnen für Ihr Erscheinen zu danken. Die Tatsache, daß eine so große Zahl führender Persönlichkeiten unserer Einladung gefolgt ist, darf ich wohl als Beweis für das Interesse ansehen, das für die heute zur Verhandlung anstehenden Fragen bei den verantwortlichen Leitern der maßgebenden Wirtschaftsorganisationen besteht.

Ich eröffne hiermit unsere heutige Sitzung und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung eine Arbeit zum erfolgreichen Abschluß bringen wird, die mühevoll gewesen ist, der sich aber alle Beteiligten im allgemeinen Interesse gern unterzogen haben. Gern gedenke ich bei dieser Gelegenheit der verständnisvollen Förderung, die unsere Bestrebungen in den Jahren seit dem Kriegsende durch weite Kreise der deutschen Wirtschaft gefunden haben.

Punkt 1 der Tagesordnung stellt mir die Aufgabe, Ihnen die Entwicklung zu schildern, die zu der heutigen Sitzung geführt hat, und den Weg aufzuzeigen, der beschritten wurde, um zu einer Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft zu gelangen.

II.

Gestatten Sie mir, zum Eingang meiner Ausführungen noch einmal kurz die Ziele darzulegen, die mit der Gründung dieser Spitzenorganisation verfolgt werden.

Der Zweck ist, eine geschlossene, möglichst alle Wirtschaftszweige umfassende, schlagkräftige Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der industriellen Unternehmer zu schaffen.

Aus dieser Zielsetzung heraus ergeben sich einige Gedanken, die wir bei unseren Erörterungen und Maßnahmen berücksichtigen sollten:

Wir wollen die Interessen der industriellen Unternehmer vertreten. Das besagt, daß wir uns auf der einen Seite davor hüten müssen, Interessentenpolitik zu betreiben, die einseitig versuchen würde, den Standpunkt der produzierenden Wirtschaft ohne genügende Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl wahrzunehmen. Andererseits erfordert es gerade das Gedeihen der gesamten Wirtschaft, die besonderen Interessen der produzierenden Wirtschaft mit aller Deutlichkeit so zu vertreten, daß sie bei den großen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausreichend zum Zuge kommen.

Wir sehen uns dabei als Sachwalter der industriellen Unternehmer an. Wir sind überzeugt davon, daß eine gesunde Wirtschaft nur möglich ist, wenn die freie Initiative des schöpferischen Unternehmers sich entfalten kann.

Dabei wollen wir die Unternehmer repräsentieren, die Träger der produzierenden Wirtschaft sind, des eigentlichen Fundaments der Wirtschaft.

Aus der Notwendigkeit, hierfür eine schlagkräftige Vertretung zu schaffen, erhellt, daß nur ein kleiner Apparat von höchster Leistungsfähigkeit erstehen kann. Nur diesem wird es möglich sein, mit der erforderlichen Schnelligkeit zu handeln. Er wird sich auf die Bearbeitung der wichtigen und grundlegenden Probleme zu beschränken haben. Es darf keine Organisation entstehen, die die Tendenz hat, Selbstzweck zu werden. Die Organisation muß vielmehr, wie die gesamte Wirtschaft, unter dem Gesetz der rationellen Leistung stehen.

Die Notwendigkeit für den Spitzenverband ergibt sich aus vielen Gründen:

Für die Industrie ist es von größter Bedeutung, die Möglichkeit zum Meinungsaustausch zu haben und zu einer gemeinsamen Stellungnahme in denjenigen Fragen zu kommen, die alle Wirtschaftszweige in gleicher Weise angehen. Ohne eine einheitliche Willensbildung ist eine Vertretung industriewirtschaftlicher Gesamtinteressen nicht denkbar. Im Zeitalter der Koalitionen haben die von der Industrie vertretenen Auffassungen nur dann Aussicht, gehört zu werden und sich durch-

zusetzen, wenn sie mit dem Gesamtgewicht aller Industriezweige vorgebracht werden.

Es liegt aber auch im Interesse einer Rationalisierung der Verbandsarbeit, wenn eine solche Zusammenfassung vorgenommen wird. Heute werden bei den einzelnen Wirtschaftsverbänden Probleme und Querschnittsaufgaben, die für alle Branchen gleich liegen, gesondert behandelt. Sie können, wenn ein Spitzenverband besteht, von einer Stelle aus erledigt oder doch weitgehend vereinfacht bearbeitet werden.

Eine zentrale Zusammenfassung der Industrieverbände entspricht weiter einem Bedürfnis des Staates und besonders der Ministerien, die mit Wirtschaftsfragen befaßt sind. Das voneinander unabhängige Vorgehen der Einzelverbände bei den jeweils zuständigen Behörden führt auch dort zu einer durchaus vermeidbaren Doppel- oder Mehrfacharbeit. Die zusammenfassende Darstellung von allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen wird die Gewähr dafür geben, daß die Auffassungen der verschiedenen industriellen Gruppen auf einen einheitlichen Nenner gebracht und in gebündelter Form an die Wirtschaftsverwaltung herangetragen werden. Das ist für den Staat und für die Verwaltung eine besondere Notwendigkeit, weil er nur auf diese Weise mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit und den Bedürfnissen und Wünschen der Wirtschaft in Verbindung bleibt. Der Staat kann die Meinung der Gesamtwirtschaft für seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen nur dann in Betracht ziehen, wenn sie ihm nicht nur von einzelnen Firmen oder Gruppen dargelegt wird, sondern als die wirkliche nach umfassender Abstimmung ermittelte Meinung der Gesamtwirtschaft.

Das was für den Staat im allgemeinen gilt, gilt im besonderen Maße für die Organe der Gesetzgebung und für die Verwaltung. Es wird eine besondere Aufgabe des Gesamtzusammenschlusses sein, den gesetzgebenden und verwaltenden Organen aus der Wirtschaft und aus der Praxis das Material an wirtschaftlichen Erfahrungen und Tatsachen zu liefern, das für sachlich vernünftige Entscheidungen erforderlich ist.

Eine besondere Notwendigkeit, die produzierende Wirtschaft in einer Spitzenorganisation zusammenzufassen, ergibt sich aus dem Verhältnis zu anderen Organisationen der Wirtschaft, und zwar sowohl zu solchen, die, wie wir, unternehmerische Interessen vertreten, als auch zu den Organisationen der Arbeitnehmerschaft.

Wenn ich mich zunächst den anderen Säulen des Unternehmertums, nämlich dem Industrie- und Handelsstag als der Zusammenfassung der Industrie- und Handelskammern und der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft als dem Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände zuwende, so glaube ich wohl im Namen aller Industriellen sprechen zu können, wenn ich mich zu dem Grundsatz bekenne, daß alle Organisationen des Unternehmertums auf das engste zusammenarbeiten und dabei jede Doppelarbeit vermeiden müssen. Eine sinnvolle Arbeitsteilung und eine echte rationelle Zusammenarbeit läßt sich aber nur dann herbeiführen, wenn wir als ein geschlossener Gesprächspartner an den dahinzielenden Beratungen teilnehmen können.

Ich hoffe, daß gerade unsere Gründung dazu beitragen wird, eine klare Aufgabenabgrenzung und Rationalisierung der Arbeiten und schließlich auf höherer Ebene eine Zusammenarbeit herbeizuführen, die die Gesamtgeltung des Unternehmertums verstärkt.

Eine unbestrittene Notwendigkeit ist die Bildung des Gesamtverbandes im Hinblick auf das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Sie wissen, daß die Gewerkschaften den Wunsch geäußert haben, mit der Unternehmerschaft nicht nur über sozialpolitische, sondern über die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Fragen ins Gespräch zu kommen. Wir haben diesem Wunsche dem Grunde nach zugestimmt, machten aber dabei darauf aufmerksam, daß als Voraussetzung zunächst den Wirtschaftsverbänden als den wirtschaftspolitischen Repräsentanten des industriellen Unternehmertums die Möglichkeit gegeben werden müsse, sich zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, die dann mit den bereits bestehenden Gesamtgliederungen des Unternehmertums der Partner für umfassende wirtschaftspolitische Besprechungen mit den Gewerkschaften sein könne. Ich glaube mit Ihnen allen übereinzustimmen, wenn ich als eines der Ziele des industriellen Spitzenverbandes die Absicht herausstelle, den Gedankenaustausch mit den Gewerkschaften zu pflegen.

Ein letztes, deshalb aber nicht weniger gewichtiges Wort verdient das Verhältnis zu unseren ausländischen Kollegen. Spitzenorganisationen, wie die von uns geplante, bestehen in allen Ländern der westlichen Welt. Sie haben, wie wir, ein starkes Interesse daran, mit entsprechenden Gruppen anderer Länder ins Gespräch zu kommen. Nur so wird es möglich sein, die internationalen Zusammenhänge von der Seite der industriellen Produktion aus richtig zu beleuchten und Lösungen zu erarbeiten, die der europäischen Gemeinschaft dienen. Wir kennen uns zu dieser europäischen Zusammenarbeit, die die einzige Möglichkeit bietet, um die abendländische Kultur zu retten. Daß diese europäische Gemeinschaft ohne Deutschland und ohne eine starke deutsche Wirtschaft nicht denkbar ist, ist heute die allgemeine Überzeugung der abendländischen Welt. Es liegt nun m. E. nicht im Interesse einer europäischen Zusammenarbeit, wenn die damit zusammenhängenden Fragen lediglich von der staatlichen Seite her behandelt werden. Das Problem der europäischen Wirtschaft und die Voraussetzung für den Bestand eines geeinten Europas ist die Steigerung seiner Produktivität auf das höchste Maß. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die eigentlichen Träger der Produktion und der industriellen Praxis hieran mitarbeiten. Eine solche Mitarbeit wiederum setzt eine Zusammenarbeit der Industriellen aller europäischen Länder, d. h. also auch Deutschlands, durch ihre Spitzenorganisationen voraus. Von dieser Warte betrachtet, zeigt sich die von uns beabsichtigte Gründung als eine der Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Erhaltung unseres Kontinentes.

Meine sehr geehrten Herren! Ich hielt es für meine Pflicht, gerade in dieser Stunde noch einmal in gedrängter Kürze die wesentlichen Zielsetzungen aufzuführen, die unseren Bestrebungen zugrunde liegen. Die gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Gründung soll uns die Kraft geben, in gemeinsamer Arbeit den Abschluß der Entwicklungen zu schaffen, die ich Ihnen im folgenden schildern will:

III.

Ich erwähnte eingangs, daß die Bestrebungen zu einem Zusammenschluß schon seit Jahren laufen. Von größter Bedeutung in dieser Richtung war die Zusammenkunft der Wirtschaftsverbände, die auf Einladung von Herrn Fritz Berg am 30. 8. 46 in Wuppertal stattgefunden hat. Herr Fritz Berg hatte zur Vorbereitung dieser Sitzung umfangreiche Vorarbeiten geleistet und seiner Initiative und seinen Darlegungen war es zu danken, daß auch an jenem 30. 8. 46 die Vertreter der dort versammelten 23 Wirtschaftsverbände, die alle namhaften Industriezweige repräsentierten, die Gründung der Vereinigung der industriellen Wirtschaftsverbände beschlossen haben. Wenn diese Gründung nicht verwirklicht werden konnte, so lag das an der damaligen Einstellung der Militärregierung zu den Koalitionen der Industrie. Die westlichen Alliierten hatten zu jenem Zeitpunkt noch keine klare politische Linie gegenüber Deutschland gefunden und konnten sich wohl auch aus diesem Grunde nicht zu einer positiven Entscheidung in der Frage eines industriellen Spitzenverbandes durchringen.

Als Ende des Jahres 1946 erkennbar wurde, daß mit einer alliierten Genehmigung nicht zu rechnen sei, wurde von allen Seiten die Notwendigkeit anerkannt, trotzdem eine gewisse Verbindung zwischen den Wirtschaftsverbänden zum Zwecke des Meinungs austausches und der gegenseitigen Abstimmung aufrecht zu halten. Hierfür wurden Geschäftsführerkonferenzen eingerichtet.

Schon bald stellte sich heraus, daß die Geschäftsführerkonferenzen nur ein unzulänglicher Ersatz für einen Zusammenschluß darstellten und daß damit die angestrebten Zwecke nicht zu erreichen waren. Auch die gelegentliche Teilnahme der Vorsitzenden an diesen Besprechungen konnte trotz einiger Erfolge, z. B. auf dem Gebiete des Außenhandels, daran nichts ändern. Es wurde daher am 17. 12. 47 von maßgebenden Kreisen der Wirtschaft der Beschluß gefaßt, ein 3-Männer-Kollegium, nämlich die Herren Haiblen, Möllenberg und Mauser, zu beauftragen, neue Verhandlungen mit den entscheidenden Behörden aufzunehmen, um festzustellen, ob nunmehr der Zeitpunkt für eine offizielle Wiederaufnahme der Zusammenschlußbestrebungen gekommen sei. Die Verhandlungen mit den Behörden und Beratungen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ergaben, daß nach der durch alliierte Anordnungen gestalteten Rechtslage nur der Zusammenschluß der Verbände eines industriellen Sachgebietes zulässig war. Man entschloß sich daher zu der Bildung der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall, da die Eisen- und Metallindustrie als ein zusammenhängendes industrielles Gebiet angesehen werden kann.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde am 24. 2. 48 die Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall in Düsseldorf gegründet, an der die folgenden Verbände beteiligt waren:

Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
Elektroindustrie
Feinmechanik und Optik
Gießereien
Maschinenbau
Nichteisen-Metalle
Stahlverformung
Stahl- und Eisenbau
Ziehereien und Kaltwalzwerke.

Mir wurde in dieser Sitzung der Vorsitz übertragen. Die Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall, die zunächst nur die britische Zone erfaßte, hat dann sehr bald ihre Organisation auf die ganze Bizone ausgedehnt in der Art, daß die bizonalen Arbeitsgemeinschaften der in der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall zusammengefaßten Verbände die Mitgliedschaft erwarben. Von Anfang an ist die Arbeitsgemeinschaft aber nur als Ansatzpunkt eines Gesamtzusammenschlusses betrachtet worden. Man hat sich bei der Durchführung der Aufgaben stets als Treuhänder der Gesamtindustrie für die Bildung einer Gesamtdachorganisation angesehen. Dieser Grundgedanke, Treuhänder aller Industriezweige zu sein, ist strikt eingehalten worden und man hat in diesem Sinne Sonderinteressen der britischen Zone oder der Eisen- und Metallgruppe zurückgestellt, um in keinem Fall das Ziel des Gesamtzusammenschlusses zu gefährden. Von diesem Grundsatz wurde besonders ausgegangen bei der Bildung und der Tätigkeit der Ausschüsse, die durch die Initiative von Eisen und Metall ins Leben gerufen worden sind. Als wichtigste dieser Ausschüsse nenne ich die folgenden:

den Außenhandelsausschuß
den Rechtsausschuß
den Steuerausschuß
den Ausschuß für Finanz- und Währungsfragen
den Betriebswirtschaftlichen Ausschuß
den Statistischen Ausschuß
den Verkehrsausschuß
den Versicherungsausschuß
den Ausschuß für Wirtschaftswerbung und Messewesen
den Rohstoffausschuß.

Als Mitglieder dieser Ausschüsse sind von vornherein sämtliche zur Mitarbeit bereiten Wirtschaftsverbände gleichberechtigt herangezogen worden. Ich glaube, daß alle hier Versammelten die außerordentlich wertvolle Arbeit dieser Ausschüsse anerkennen, die für die Gesamtindustrie unter Berücksichtigung aller Interessen tätig gewesen sind. Die Ausschüsse vermochten in vielen Fällen eine Anerkennung industrieller Forderungen bei Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung durchzusetzen. Hierbei möchte ich vor allem die überaus fruchtbare Tätigkeit des Steuerausschusses und des Außenhandelsausschusses hervorheben.

Aber gerade bei der praktischen Arbeit der Ausschüsse hat es sich immer gezeigt, daß diese lose Art der Zusammenarbeit unzulänglich ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Arbeit der einzelnen Ausschüsse muß koordiniert und mit den wirtschaftspolitischen Zielen der Gesamtindustrie in Einklang gebracht werden. Dies ist nicht möglich ohne die Bildung eines die Gesamtindustrie repräsentierenden leitenden Organs.
2. Die Finanzierung der Ausschüsse ist auf große Schwierigkeiten gestoßen, da mangels eines von der Gesamtheit getragenen Etats die einzelnen Ausschüsse in vielen Fällen zu dem Mittel der Selbstfinanzierung haben greifen müssen, wodurch bei den beteiligten Verbänden eine große Anzahl unübersichtlicher Kostenstellen entstanden ist. Bei einer Reihe von Ausschüssen ist eine Finanzierung überhaupt nicht möglich gewesen. Die Kosten dieser Ausschüsse sind von den Verbänden übernommen worden, denen die Geschäftsführung obliegt. Man kann dies den betreffenden Verbänden in Zukunft nicht mehr zumuten.
3. Schließlich ist durch die Art, wie die Bildung der Ausschüsse zustande gekommen ist, bei der Besetzung der Vorstände und Geschäftsführungen ein Übergewicht von Eisen und Metall entstanden, das sich als unzulässig erwiesen hat und von Eisen und Metall selbst auch nicht gewünscht wird. Gerade weil wir ein derartiges Übergewicht von Eisen und Metall vermeiden wollen, mußten wir uns bei der Koordinierung der Ausschüsse eine sehr große Zurückhaltung auferlegen, um jedes Bedenken anderer Industriezweige zu vermeiden, das unseren auf den Gesamtverband abzielenden Bestrebungen hätte abträglich sein können.

Diese Überlegungen veranlaßten uns im Jahre 1949, die Frage eines Gesamtzusammenschlusses wieder aufzugreifen. Wir bemühten uns, einen Plan zu entwickeln, der von der nun einmal gegebenen Rechtslage und den Ansatzpunkten ausging, die sich durch die dargestellte historische Entwicklung ergaben. Dieser

Plan wurde einem Kreis von Industriellen und Wirtschaftsorganisationen vorgelegt, die an den Zusammenschlußarbeiten ein besonders reges Interesse gezeigt hatten. Das geschah in einer Sitzung, die am 27. 5. 1949 in Düsseldorf stattgefunden hat. An ihr waren die gleichen Kreise beteiligt, die zu der heutigen Sitzung als Vorbereitender Ausschuß eingeladen haben. Es waren dies die Gruppen Chemie, Textil, Bau, Steine und Erden und die der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall angehörenden Persönlichkeiten und Verbände. Das Kernstück des Planes war, den Ausschuß für Wirtschaftsfragen zu konstituieren. Dabei wurde von der Annahme ausgegangen, daß die Bildung dieses Ausschusses im Einklang mit den Bestimmungen der Militärregierung steht. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen sollte das Organ werden, welches die Zusammenarbeit der Verbände und die damit verbundenen Gemeinschaftsaufgaben leitet. Der Ausschuß sollte weiterhin die bereits bestehenden gemeinschaftlichen Fachausschüsse neu konstituieren. Die Ausschüsse sollten im Anschluß daran als Einrichtungen der Dachorganisation gelten und nach deren Weisungen arbeiten. Weiterhin wurde eine gemeinschaftliche Geschäftsstelle vorgesehen, die sich gleichzeitig mit den Fragen der Publizistik befassen sollte. Die Finanzierung sollte durch Beiträge der dem Ausschuß angeschlossenen Organisationen vorgenommen werden. Der bei der Sitzung vorgelegte Haushaltsplan sah einen Jahresetat von 1 Million DM vor.

Die Sitzung am 27. 5. 1949 führte zur Konstituierung eines Gründungs- und Organisationsausschusses, der sich aus den Herren Berg, Menne, Linsenhoff, v. Engelberg und einem Vertreter der Textilindustrie, der später benannt werden sollte, zusammensetzte.

Bei weiteren Verhandlungen im Rahmen dieses Ausschusses stellte sich jedoch heraus, daß vor dem entscheidenden Schritt der Gründung eine Reihe überaus schwieriger und heikler Probleme einer Lösung zugeführt werden mußten. Es war vor allem klarzustellen, welcher Art das Verhältnis der neuen Organisation zu den bereits bestehenden Organisationen des Unternehmertums sein sollte. Hierbei stand die Frage der Abgrenzung der Aufgaben, der Zusammenarbeit und der Vermeidung von Doppelarbeiten im Vordergrund. Ferner war das Problem der Wahrnehmung der regionalen Interessen einer allseitig befriedigenden Lösung zuzuführen.

Zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung und der damit verbundenen Auseinandersetzungen ergab sich eine neue Lage durch Verhandlungen, die von einem anderen Ausgangspunkt her das Ziel der Bildung eines Spitzenverbandes zu fördern schienen. Bei den Besprechungen einer Abordnung deutscher Industrieller mit Vertretern der Bipartite Control Group, die am 1. 7. 49 in Frankfurt stattgefunden hat, wurde die Frage behandelt, ob und wie ein wirtschaftspolitisches Gespräch zwischen den Unternehmern und den Arbeitnehmern zustande gebracht werden könnte. Auf Grund der Darlegungen der Industriellen, daß dies die Bildung eines Gesamtverbandes der Wirtschaftsverbände zur Voraussetzung habe, erklärten die Vertreter der Militärgouverneure sich bereit, die Satzungen eines solchen Zusammenschlusses entgegenzunehmen. Sie brachten dabei zum Ausdruck, daß den zur Vorbereitung der Satzungen für den geplanten Zusammenschluß erforderlichen Besprechungen und Versammlungen der Industriellen keinerlei Bedenken entgegenständen.

Die Lage, die sich aus dieser Entscheidung der Vertreter der Militärregierung ergeben hatte, führte wegen der Verknüpfung mit Fragen, die alle Unternehmerorganisationen angehen, zu einer Aussprache im Koordinationsausschuß am 28. 7. 1949 in Königstein.

Der Koordinationsausschuß kam nach einer eingehenden Erörterung aller hier zu berücksichtigenden Gedanken zu dem Ergebnis, die Bildung eines Vorbereitungsausschusses zu empfehlen, dem es zur Aufgabe gemacht wurde, den Entwurf einer Satzung eines Spitzenverbandes der Industrieverbände auszuarbeiten, der zur Vorlage bei den Alliierten geeignet wäre. Ferner sollte eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit des industriellen Spitzenverbandes mit dem Industrie- und Handelstag entworfen werden, um die enge Zusammenarbeit der beiden Organisationen zu fördern und Doppelarbeit zu vermeiden. Selbstverständlich bestand Übereinstimmung darüber, daß die Erarbeitung der Satzungen selbst eigenste Angelegenheit der Wirtschaftsverbände ist.

Es fanden auf Grund dieser Vereinbarungen eine große Anzahl von Besprechungen statt, die ihren Abschluß in einer Sitzung am 21. 9. 49 fanden, in der volle Übereinstimmung über alle wichtigen Punkte erzielt wurde.

Es wurde beschlossen:

1. Alle Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsverbände der industriellen Wirtschaft aufzurufen, sich an der Gründung einer Spitzenorganisation zu beteiligen. Dieser Aufruf, der

unserer heutigen Sitzung zugrunde liegt, sieht die Konstituierung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen vor, der als Zwischenlösung solange als das gemeinschaftliche Spitzenorgan der gesamten industriellen Wirtschaft tätig sein soll, bis der Bundesverband offiziell bestehen kann. Es wird Gegenstand unserer Beratung sein, uns darüber schlüssig zu werden, ob bzw. wann der Zeitpunkt zur offiziellen Gründung gegeben ist.

2. Der in vielen Besprechungen durchgearbeitete Satzungsentwurf wurde in die Ihnen heute vorgelegte Fassung gebracht. Die Satzung des Spitzenverbandes wird unter Punkt 2 der Tagesordnung behandelt und Gegenstand unserer Beschlußfassung sein. Nach Meinung des Vorbereitungsausschusses soll er aber auch schon die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, d. h. also der Zwischenlösung sein, die der Vorläufer des Spitzenverbandes und der zwischenzeitliche Träger seiner Funktionen ist.

IV.

Damit, meine sehr geehrten Herren, habe ich den Weg bis zu unserer heutigen Zusammenkunft geschildert.

Als unsere unmittelbar vor uns liegende und heute zu bewältigende Aufgabe sehe ich es mit den anderen Mitgliedern des Vorbereitungsausschusses an, nunmehr zur Tat zu schreiten und die große Gemeinschaft der industriellen Unternehmer zu lebendiger Wirklichkeit werden zu lassen.

Anschließend stellt Herr Dr. Reusch seine Ausführungen zur Diskussion.

Herr Möllenberg, Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, weist auf die Schwierigkeiten hin, die bis zu diesem Tage auf dem Wege einer Spitzenorganisation zu überwinden waren. Er stellt fest, daß die Bildung einer Gesamtvertretung der Industrie einem unabweisbar gewordenen Bedürfnis und den Wünschen weitester Kreise der Industrie entspricht. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer sinnvollen Rationalisierung und der Vermeidung von Doppelarbeit und bezeichnet eine Querverbindung der Industrie zu den anderen Organisationen der Unternehmerschaft, z. B. den Industrie- und Handelskammern und den Arbeitgeberverbänden als wünschenswert. Unter lebhaftem Beifall der Anwesenden spricht Herr Möllenberg den Herren des vorbereitenden Ausschusses, insbesondere den Herren Dr. Reusch und Berg, den aufrichtigen Dank für ihre mühevollen und uneigennützigsten Arbeit aus.

Herr Möllenberg stellt den Antrag, die Arbeiten, die der vorbereitende Ausschuß bis zu dieser Stunde geleistet hat, ausdrücklich zu billigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Dr. Reusch dankt dem Vorredner für die Worte der Anerkennung sowie der Versammlung für die Zustimmung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Satzung eines Bundesverbandes

erläutert Herr Rechtsanwalt Stein, Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie, den Satzungsentwurf, der den Verbänden bereits übersandt und im vorbereitenden Ausschuß und von einer besonderen Kommission, die aus den Herren Dr. Beutler, Dr. Fröhlich, Dr. Ganser, Dr. Pilz, Dipl.-Ing. Stelter und dem Referenten bestand, ausgearbeitet und im vorbereitenden Ausschuß mehrfach beraten worden ist.

U. a. führt Herr Rechtsanwalt Stein noch folgendes aus:

Der in § 1 der Satzung aufgeführte Name „Arbeitsgemeinschaft der Industriellen Verbände“ sei noch nicht endgültig und unterliege einer späteren Beschlußfassung.

Ein Bundesverband könne nur die Aufgabe haben, die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Dem entspreche die Fassung des § 2, der zudem der neuen Spitzenorganisation eine Zusammenarbeit mit den anderen Spitzenorganisationen des Unternehmers zur Pflicht macht. Bezüglich der Bestimmungen über die Mitgliedschaft (§§ 4—9) betont der Referent, der neue Bundesverband sei ein Verband der Spitzenvertretungen der Industrie, also derjenigen Organisationen, die eine ganze Industriegruppe umfassen. Er sei nicht ein Verband von fachlichen Untergruppen. Bei der Vielfalt der industriellen Struktur könne es vorkommen, daß im Rahmen einer großen Industriegruppe ein einzelner Fachverband größer sei als eine industrielle Spitzengruppe.

§ 6, Abs. 2 trage dem Umstand Rechnung, daß eine einheitliche Stellungnahme der gesamten Industrie u. U. nicht den Interessen einer einzelnen Gruppe Rechnung trage. Deshalb sei gemäß § 6 eine Spitzenorganisation berechtigt, ihre von der Gesamtdarstellung der Industrie abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten.

Bezüglich der Organe des Bundesverbandes (§ 10) erklärt der Referent, die vorgesehene Zahl von 7 Organen erscheine vielleicht hoch. Man habe geglaubt, sie aber vorschlagen zu sollen, damit die Verbandsarbeit ihre Wurzeln tief in die Mitgliederkreise schlagen könne, wie es bei der Vielfalt der Interessen und der großen Zahl der zu erwartenden Mitglieder notwendig sei. Der Vorstand repräsentiere durch die einzelnen Organisationen mehr als 50 000 Mitglieder.

Sich den einzelnen Organen zuwendend, führte der Referent aus: Die Mitgliederversammlung sei das oberste Organ des Bundesverbandes, dessen Mitglieder den Präsidenten und seine beiden Stellvertreter wähle. Der Vorschlag beruhe auf der Absicht, dem Präsidenten und den Vizepräsidenten die Resonanz zu verschaffen, die eine große Mitgliederversammlung der industriellen Wirtschaft vermittele.

Bezüglich des Stimmrechtes habe man sich zu einem differenzierten Stimmrecht entschlossen, wobei dieses auf die Zahl der Beschäftigten abgestellt worden sei.

Gerade die kleinen Verbände hätten die Notwendigkeit eines differenzierten Stimmrechtes anerkannt. Obschon für die kapitalintensiven Betriebe in der Zugrundelegung der Beschäftigtenzahl eine gewisse Zurücksetzung liege, habe man geglaubt, die Berücksichtigung der Umsätze bei der Gestaltung des Stimmrechtes außer Betracht lassen zu sollen.

Den Hauptausschuß bezeichnet der Referent als eine Art Unterabteilung der Mitgliederversammlung. Ihm gehörten neben dem Präsidium die Vorsitzenden der einzelnen Mitgliederverbände und der Landesvertretungen an. Als Aufgabe des Hauptausschusses hebt der Referent die Einsetzung der Ausschüsse, in denen die wesentliche Arbeit des Bundes geleistet werde, hervor.

Bezüglich des Vorstandes, dessen Mitgliederzahl lt. Entwurf zwischen 15 und 21 liegen soll, liegt ein Zusatzantrag vor, in diese Zahl nicht die Mitglieder des Präsidiums einzubeziehen. Der Referent bezeichnet den Vorstand als eine Art Beirat des Präsidiums, der insbesondere die Aufgabe habe, das Präsidium bei der Aufstellung der großen wirtschaftspolitischen Grundsätze zu unterstützen.

Er hat ferner darauf zu achten, daß die Arbeit des Verbandes in seiner Gesamtheit nicht auseinanderfällt. Außerdem hat er die Arbeit der Ausschüsse mit dem allgemeinen Ziel der Arbeitsgemeinschaft zu koordinieren und jegliche Doppelarbeit zwischen den Ausschüssen und den anderen großen Säulen der Unternehmerschaft zu verhindern. Hinsichtlich des Präsidiums war ursprünglich vorgesehen, daß zum Präsidenten und den zwei Vizepräsidenten vier weitere Mitglieder hinzutreten, darunter ein Mitglied aus der französischen Zone. Hierzu liegt ein Antrag vor, die Zahl von vier auf sechs zu erhöhen. Der Referent bezeichnet das Präsidium als das eigentliche Spitzenorgan, dem die Gesamtrepräsentation des Bundesverbandes obliegt.

Die Landesvertretungen sind Gegenstand vielfacher Beratungen gewesen. In Anerkennung des föderalistischen Grundprinzips der Bundesrepublik Deutschland sei es selbstverständlich, daß die Landesvertretungen so gestaltet würden, wie es dem Wunsch der einzelnen Landesvertretungen entspreche. Die Landesvertretungen des Bundesverbandes seien in der Bildung völlig frei, könnten von den Landesverbänden der einzelnen Spitzenorganisationen gebildet werden und unterlägen lediglich der Bestätigung durch den Vorstand. Um keinen Zwang zur Bildung von regionalen Verbänden der Spitzenorganisationen auszuüben, habe man die Konstituierung von Landesvertretungen völlig dem Belieben der Länderorganisationen der Mitgliederverbände überlassen.

Die Ausschüsse des Bundesverbandes, fährt der Referent fort, dürften kein Eigenleben führen, sondern müssen mit ihrer Arbeit in die der Hauptgeschäftsführung einmünden. Daher müsse die Berichterstattung über die Hauptgeschäftsführung laufen (§ 26, Abs. 3).

Die Geschäftsführung sei ausdrücklich zum Organ des Bundesverbandes erhoben. Damit sei sie der Entlastung der Mitgliederversammlung unterstellt.

Zum Abschnitt IV „Gemeinsame Bestimmungen für die Versammlung der Organe“ ist die Anregung gegeben worden, dem

zukünftigen Gesetz über die Verbände vorgreifend, bei Personalien geheime Wahl anzuordnen. Einem Einbau einer solchen Bestimmung steht, wie der Referent erklärt, nichts im Wege.

Abschließend erklärt Rechtsanwalt Stein, falls die Versammlung der Satzung zustimme, erscheine es zweckmäßig, dies durch Unterschriftsleistung zu bekunden. Es sei nämlich der Zweck dieser Sitzung, die Meinung der vertretenen Verbände bezüglich der vorgelegten Satzungen festzustellen. Dies geschehe am besten durch Unterschriftsleistung. Am Schlusse hebt der Referent noch einmal die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft hervor. Der Bundesverband sei eine Art Selbstverwaltungskörper der Industrie, dem das Ferment der Selbstverantwortung innewohne.

Herr Dr. Reusch dankt Rechtsanwalt Stein sowie dem Ausschuß, der sich um das Zustandekommen der Satzung bemüht hat, im Namen und unter dem Beifall der Versammlung für die geleistete Arbeit.

Zur Eröffnung der Diskussion teilt Herr Dr. Reusch mit, daß die Satzung noch einmal den Hohen Kommissaren vorgelegt würde. Er habe den Eindruck, daß es sich bei den Satzungen um einen großen Wurf handle, an dem möglichst wenig geändert werden sollte.

Herr Sperl (Elektroindustrie) lobt die Sorgfalt der Arbeit und erklärt, jede Satzung hänge immer von den Persönlichkeiten ab, die sie handhaben. Er regt an, die Bestimmungen über die Abänderung der Satzungen dahingehend zu ändern, daß nicht eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, sondern auch einfache Majorität genügt.

Herr Dr. Reusch begrüßt diese Anregung, da es dann möglich sein würde, ohne große Mitgliederversammlung unwesentliche Änderungen durchzuführen. Wesentliche Änderungen würden selbstverständlich vom Präsidium und Vorstand der Mitgliederversammlung vorgelegt werden.

Herr Mohr (Ernährungsindustrie) empfiehlt, bei der Aufteilung des Stimmrechtes den Umsatz mit zu berücksichtigen und eine Schlüsselung je zur Hälfte nach Zahl der Beschäftigten und Umsatz vorzunehmen.

Herr Dr. Beutler begründet die vorgeschlagene Fassung der Satzung. Das Ziel sei, unter allen Umständen ein differenziertes Stimmrecht zu schaffen. Die Möglichkeit dazu sei jedoch nur durch eine Abstimmung auf die Beschäftigtenzahl möglich, da jede Einbeziehung auch anderer Momente, z. B. des Umsatzes, sich aus der Entwicklung der verbandsrechtlichen Struktur der Nachkriegszeit verbietet. Herr Dr. Reusch unterstreicht diese Auffassung, und die Versammlung stimmt der vorgeschlagenen Fassung zu.

Herr Lechner (Keramische Industrie) bittet um Aufklärung über die Funktionen des Hauptausschusses, da sich die Befugnisse z. B. hinsichtlich des Rechts der Einsetzung von Ausschüssen beim Hauptausschuß und Vorstand überschneiden. Nach seiner Meinung müsse der Hauptausschuß, in dem im Gegensatz zum Vorstand, sämtliche Wirtschaftsverbände vertreten sind, eine stärkere Bedeutung haben. Wenn der Hauptausschuß nicht stärker eingeschaltet werde, würden die Verbände, die nicht im Vorstand vertreten sind, nicht zur Geltung kommen.

Herr Dr. Beutler verweist in seiner Antwort auf den Satz in § 14: „Der Hauptausschuß hat den Vorstand bei der Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen.“ Wenn man sich diesen Satz zur Richtschnur nehme, seien alle Mitglieder am wesentlichen Geschehen beteiligt.

Herr Vorwerk stellt die Frage, ob § 26 in Verbindung mit § 20 so zu verstehen sei, daß alle Erarbeitungen der Ausschüsse, bevor sie in die Öffentlichkeit gebracht werden, durch den Vorstand liefen. Er würde dies für richtig halten. Eine andere Frage sei die, ob der Vorstand diese Arbeitsergebnisse selbständig abändern könne oder sie an die Ausschüsse zurückverweisen müsse.

Herr Dr. Beutler bezeichnet es als Grundgedanken der Satzung, einen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit, schnell zu handeln und dennoch eine Kontrolle zu behalten, herzustellen. Dieses Ziel sei dadurch erreicht, daß die Ausschüsse ständig dem Vorstand über ihre Arbeiten zu berichten hätten, daß der Vorstand umgekehrt das Recht habe, die Arbeit der Ausschüsse mit den allgemeinen Zielen der Arbeitsgemeinschaft in Einklang zu halten, und das schließlich alle Arbeiten der Ausschüsse über die Geschäftsführung dem Vorstand zugeleitet werden müßten.

Herr Dr. Reusch hebt hervor, man überlasse die Regelung in der Arbeit der Ausschüsse am besten einer Geschäftsordnung.

Herr Underberg (Spiritusindustrie) erklärt unter Bezugnahme auf gewisse strittige Organisationsprobleme im Rahmen der Ernährungsindustrie, die insbesondere die Spiritusindustrie betreffen, daß das eingeladene Gremium nicht die Entscheidung über die endgültige Zugehörigkeit auch anderer Verbände haben dürfe.

Herr Dr. Reusch erklärt, daß keineswegs ein ausschließliches Recht der heute hier eingeladenen Verbände auf Mitgliedschaft besteht. Unter Hinweis auf die Elektrizitätsindustrie und Energiewirtschaft betont Herr Dr. Reusch, daß man mit der Organisation der Wirtschaft heute noch keinesfalls fertig sei. Deshalb müsse man sämtlichen Verbänden, auf die die Voraussetzungen der Satzungen zuträfen, die Möglichkeit eines Beitrittes offen lassen.

Damit ist die Aussprache über die Satzung beendet. Unter Einbau der vorgeschlagenen Änderungen (§ 15, Ziffer 2, § 20, Ziffer 1, § 29) werden die Satzungen einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Konstituierung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen

verliert nach der Beschlußfassung zu Punkt 1 und 2 Rechtsanwalt Stein den Entwurf eines Beschlusses über die Koordinierung. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Die am 19. Oktober 1949 in Köln versammelten bevollmächtigten Vertreter der industriellen Wirtschaftsverbände beschließen, den Ausschuß für Wirtschaftsfragen zu gründen. Sie erklären sich für die von ihnen vertretenen Organisationen bereit, dem Ausschuß als Mitglied beizutreten. Sie sind damit einverstanden, daß der heute beschlossene Satzungsentwurf sinngemäß der Tätigkeit des Ausschusses als Geschäftsordnung zugrunde gelegt wird.

Die Versammelten bekunden mit der heutigen Gründung ihren Willen, den Ausschuß so schnell wie möglich und sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, in die Gesamtorganisation der industriellen Wirtschaftsverbände der Bundesrepublik überzuführen, ohne daß es hierzu eines neuen konstituierenden Aktes bedarf.

Im Grundsatz stimmt die gesamte Versammlung diesem Beschluß bei.

Für den Verband Deutscher Schiffswerften erklärt Herr Schecker, der Beitritt zum Ausschuß könne nicht vom Vorsitzenden allein beschlossen werden, sondern vom Beirat des Schiffswerftverbandes.

Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Graphische Verbände erklärt, der Beitritt sei Angelegenheit des Hauptvorstandes.

Für den Bergbau erklärt Herr Schorn, der Bergbau befindet sich jetzt gerade in einer Umorganisation. Er sei aber grundsätzlich bereit, der Spitzenorganisation beizutreten. Aber ein Beitritt könne erst dann endgültig erfolgen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

Herr Sperl (Elektroindustrie) teilt mit, daß der Beirat seines Verbandes den grundsätzlichen Willen zur Gründung besprochen habe und der Verband sich sicher positiv entscheiden werde. Er stellt die Frage, was der Beschluß materiell bedeutet.

Herr Dr. Reusch erwidert hierauf: „Der Beschluß bedeutet die Bestätigung, daß wir uns konstituiert haben. Wir wollen im Anschluß an die Zustimmung diejenigen Verbände bekannt geben, die sich an dem Gründungsakt beteiligt haben.“

Im Namen des Präsidenten des Deutschen Brauerbundes, Dr. Eckhart, Dortmund, erklärte Herr Herrmann, der zur Zeit abwesende Präsident werde seine Erklärung nachholen.

Auch der Vertreter der Getreidemühlenindustrie erklärt, zu einer definitiven Erklärung nicht befugt zu sein.

Herr Ronicke erklärt für die Holzverarbeitende Industrie, daß der Vorstand seines Verbandes erst den entsprechenden Beschluß fassen müsse. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beitragshöhe sich in mäßigen Grenzen halte.

Der Vertreter der Zuckerindustrie schließt sich dieser Erklärung an.

Herr Dr. Reusch veranlaßt nunmehr den namentlichen Aufruf der hier vertretenen Verbände und bittet sie um ihre Stellungnahme.

Nichtkohlenbergbau: Bergassessor Schorn verweist auf im Grundsatz zustimmende Erklärung

Eisen und Stahl: Dr. Fugmann teilt mit, daß er nur als Gast teilnehme. Er kann heute keine Erklärung abgeben

Stahl- und Eisenbau: Prof. Dr. Dörnen, Beitritt

Stahlverformung: Dr. Wolf, Beitritt

Gießereien: Dr. Schily, Beitritt

Maschinenbau: Herr Möllenberg, Beitritt

Eisen-, Blech- und Metallwaren: Herr Berg, Beitritt

Ziehereien und Kaltwalzwerke: Herr Keller, Beitritt

Nichteisenmetalle: Herr Roeder, Beitritt

Elektrotechnische Industrie: Herr Sperl, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Automobilindustrie: Herr Thoennissen, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Feinmechanik und Optik: Dr. Rodenstock, Beitritt

Schiffswerften: Herr Drewes, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Automobilindustrie: Herr Thoennissen, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Fahrradindustrie: Dr. zur Nieden, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Chemie: Herr Menne, Beitritt

Gesamttextil: Herr Vogel, Beitritt

Bekleidungsindustrie: Dr. Becker, Beitritt

Holzverarbeitende Industrie: Herr Ronicke, Beitritt, unter formellem Vorbehalt

Sägewerke: Herr Klöpfer, Beitritt

Treuhandstelle Zellstoff: Herr Schöller, Beitritt

Papier- und Pappverarbeitende Industrie: Dr. Klingele, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Glasindustrie: Herr Kukat, Beitritt

Keramische Industrie: Herr Lechner, Beitritt

Kunststoff-Industrie: Dr. Röhm, Beitritt

Kautschuk-Industrie: Herr Vorwerk, Beitritt

Steine und Erden: Herr von Engelberg, Beitritt

Bau-Industrie: Herr Linsenhoff, Beitritt

Schuh-Industrie: Herr Flöring, gibt die Erklärung ab, daß ihre Organisation noch nicht endgültig abgeschlossen ist

Gerberverbände: Herr de le Roi, Beitritt

Lederwaren: Herr Hartmann, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Graphische Verbände: Herr Stitzel, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Mineralölwirtschaft: Herr Falkenheim, Beitritt

Brauerbund: Herr Herrmann, Beitritt unter formellem Vorbehalt

Ernährungsindustrie: Herr Mohr, Beitritt

Spiritus-Industrie: Herr Underberg (als Gast), Beitritt unter Vorbehalt.

Die Vertreter der Verbände der Eisenschaffenden Industrie, der Getreidemühlenindustrie, der Arbeitsgemeinschaft der Spirituosen-Fabrikanten und der Zuckerindustrie heben hervor, daß sie als Gäste an dieser Versammlung teilnehmen.

Nach Durchführung des namentlichen Aufrufes und Feststellung des Ergebnisses schließt Herr Dr. Reusch diesen Punkt der Tagesordnung mit der Erklärung ab, daß der verlesene Beschluß einstimmig, wenn auch von einigen Verbänden unter dem sich aus ihren Satzungen ergebenden Vorbehalt angenommen und der Ausschuß für Wirtschaftsfragen nunmehr konstituiert sei.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Wahlen

führt Herr Dr. Reusch aus, daß die heutigen Wahlen nur einen vorläufigen Charakter tragen könnten. Der Grund hierfür läge einmal in der Tatsache, daß der Ausschuß für Wirtschaftsfragen nur als Übergangsstadium betrachtet würde, außerdem eine Wahl entsprechend der oben beschlossenen Satzung nicht möglich sei, da der für die Wahl des Vorstandes und damit auch für einen Teil des Präsidiums maßgebende Hauptausschuß noch nicht konstituiert werden könne. Dieser sei bekanntlich erst vollständig, wenn die Landesvertretungen gebildet worden

seien und alle in Betracht kommenden Organisationen den Beitritt vollzogen hätten. Er schlug vor, daß bei der heutigen Wahl jeder an der Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen beteiligte Verband eine Stimme habe und zwar ohne Rücksicht auch darauf, ob diese Zustimmung mit oder ohne Vorbehalt erfolgt sei.

Als spätesten Termin für die Beendigung der Amtszeit der vorläufig gewählten Organe schlägt Herr Dr. Reusch den 1. Juli 1950 vor.

Seine Ausführung finden die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Es werden folgende Wahlgänge vorgesehen:

1. die Wahl des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten,
2. die Wahl der fünf weiteren Mitglieder des Präsidiums,
3. die Wahl der fünfzehn Vorstandsmitglieder,

für die geheime Wahl beschlossen wird, nachdem zuvor ein Wahlausschuß aus den Herren

Dr. Tigges und Großpeter (als Unternehmervertreter) und Dr. de le Roi und Dipl.-Ing. Stelter (als Geschäftsführer) mit Zustimmung der Versammlung gebildet worden ist.

Es werden 32 Verbände als stimmberechtigt anerkannt.

Für den ersten Wahlgang macht Herr Dr. Reusch folgenden Vorschlag:

Zum Präsidenten: Herr Fritz Berg, Altena

Zu Vizepräsidenten: die Herren Menne und Vogel.

Andere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die Vorsitzenden und Bevollmächtigten der Verbände werden aufgefordert, gleichzeitig mit der Wahl die Unterschrift unter die beschlossene Satzung zu leisten.

Die Wahl hat folgendes Ergebnis:

Von insgesamt 32 abgegebenen Stimmen entfallen auf die Herren

Berg	27 Stimmen
Menne	3 Stimmen
Möllenberg	1 Stimme
Reusch	1 Stimme

Bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten entfallen auf die Herren

Vogel	30 Stimmen
Menne	27 Stimmen
Möllenberg	3 Stimmen
Berg	3 Stimmen
	1 Stimmenthaltung

Herr Dr. Reusch stellt fest, daß somit Herr Berg zum Präsidenten und die Herren Vogel und Menne zu Vizepräsidenten gewählt worden sind. Alle Herren erklären, daß sie die Wahl annehmen. Unter dem Beifall der Versammlung übergibt Herr Dr. Reusch die Leitung der Sitzung Herrn Fritz Berg, der Gelegenheit zu folgenden Ausführungen nimmt:

Meine Herren!

Ihr Vertrauen, mich zum vorläufigen Präsidenten unseres neuen Ausschusses für Wirtschaftsfragen gewählt zu haben, empfinde ich als eine große Ehre und danke Ihnen sehr.

Ich hoffe, der heutige Tag wird ein besonderer in der Geschichte der industriellen Organisation sein und gekennzeichnet bleiben als der erste Schritt in der endgültigen Normalisierung unseres Organisationswesens, das sozusagen zu seinen natürlichen Gesetzen heute zurückgefunden hat. Herr Dr. Reusch hat Ihnen die Entwicklung des Verbandslebens nach dem Kriege geschildert.

Der Weg ist beschrieben durch den mühevollen Kampf und schrittweisen Erfolg gegen die Diskriminierung der Industrie.

Wir hoffen, daß mit dem heutigen Tage dieser Zustand endgültig beendet ist.

Es erscheint mir sinnvoll, daß die Schaffung einer einheitlichen industriellen Organisation, als dessen Vorläufer wir den heute gegründeten Ausschuß betrachten, mit der Gründung des westdeutschen Bundesstaates und seiner Organe zusammenfällt.

Aus dem Zustand der staatsrechtlichen Vormundschaft sind wir sozusagen in den Zustand einer nur auf bestimmten Gebieten beschränkten Geschäftsfähigkeit gelangt.

Wir wollen die Weite des Weges nicht übersehen und dürfen uns des Erfolges freuen.

Im modernen Staat ist die gesamte industrielle Produktion in sich so verbunden und verzahnt, daß jede fachliche Unterteilung sozusagen von selbst und naturnotwendig einer koordinierenden Spitze bedarf.

Daß die Gründung eines Spitzenverbandes auch eine Frage der Rationalisierung unserer Arbeit ist, ist ebenso klar wie der Umstand, daß politisch betrachtet, die Bildung einer Spitzenorganisation nur eine Konsequenz der Gerechtigkeit ist.

Denn welche rechtlichen Gründe sollte es geben, der Industrie zu versagen, was den anderen Institutionen der Wirtschaft längst zugestimmt ist.

Wenn ich daher der Entwicklung, die uns günstig gewesen ist, meinen Dank zolle, so enthebt mich dies nicht der Pflicht, festzustellen, daß die Versagung unseres Wunsches nach Gründung einer einheitlichen Spitzenorganisation eine schwere Unbilligkeit wäre.

Die Interessen der Produktionswirtschaft sind eigener Natur. Sie erhalten aus der Tatsache, daß sie im Produktionsprozeß entstehen und sich aus ihm ableiten, vielfach eine harte Prägung.

Ihr Profil ist strenger und unverbindlicher als beispielsweise auf dem Gebiet des Handels oder anderer Sektoren der Wirtschaft.

Die Interessen der Produktion pflegen, wenn sie auftreten, selten mit Glacéhandschuhen zu erscheinen.

Deswegen werden sie vielfach mit Mißtrauen betrachtet und ebenso häufig verkannt.

Ich glaube an diesem Charakter unserer Interessen wird sich in naher Zukunft nichts ändern.

Ja, ich fürchte, die Gesetze der Produktion, deren Betrachtung wir uns angelegen sein lassen müssen, werden im Zeichen des Aufbaues der deutschen Wirtschaft noch härter, noch gebieterischer als bisher auftreten.

Aber sie werden in den Grenzen des Allgemeinwohls liegen müssen. Lassen Sie mich einen Augenblick bei diesem Begriff an heutigen Tage verweilen.

Wenn uns allen der Krieg eine Lehre gegeben hat, so ist es die von der Vergänglichkeit der Materie, von der Unzulänglichkeit menschlicher Voraussicht und damit von der Verhaftung des Einzelnen in der Allgemeinheit.

Unsere Werke sind zu Trümmern geworfen worden, unsere Vermögen sind zusammengeschmolzen und unsere Mitarbeiter sind von unserer Seite gerissen worden.

Dennoch: Als die Katastrophe überstanden war, haben wir uns unverzüglich angeschickt, von Neuem zu beginnen.

Triebkraft zu alldem war nicht die Wiedererlangung der Materie, deren Vergänglichkeit uns eben erst vor Augen geführt war.

Triebkraft unseres Handelns war vielmehr das Bewußtsein der unternehmerischen Funktion und unserer Stellung, die wir mit ihr in der Allgemeinheit zu erfüllen hatten.

Es war die sittliche Verpflichtung, der wir alle unterliegen, unserem Volk die Grundlage seines Lebens zu erhalten und wiederzugewinnen.

In dieser Verpflichtung ruht der Keim all unseres Tuns. Sie allein ist damit auch die Quelle unserer wirklichen inneren Befriedigung.

Hier liegt das umschlossene, was wir den Geist des Unternehmertums nennen.

Wir wissen alle, wie umstritten dieser Geist in der Allgemeinwertung ist, und wie schwer wir täglich ihn behaupten und unter Beweis stellen müssen.

Lassen wir uns dadurch nicht täuschen, daß dieser Geist im Augenblick durch die Gunst der Verhältnisse sozusagen zur Offensive übergegangen ist.

Es ist im Augenblick populär geworden, von unternehmerischem Geist und seiner Initiative zu sprechen.

Die Bevölkerungsbedrängnis unseres Vaterlandes wird dafür sorgen, daß unsere Stellung als Unternehmer ständig in der öffentlichen Diskussion und Kritik gehalten wird.

Der Vorstellung der Armut steht diejenige des Besitzes gegenüber, und aus ihr entwickelt sich die Zwangsvorstellung seiner Überschätzung.

Das deutsche Unternehmertum muß in der Zukunft eng zusammenstehen und es wäre eine der bedenklichsten Erscheinungen, wenn es durch falsche Vorstellungen und Auffassungen in seinen Organisationen aufgesplittert werden würde.

Das deutsche Unternehmertum beruht auf der Tradition großer Familien und großer Gesellschaften.

Es regeneriert sich aus diesen Kräften.

Aber es erhält auch ständigen Blutzufuß, aus der Verantwortung solcher Persönlichkeiten, die nicht durch Herkunft und Besitz, sondern aus der eigenen Leistung in Rang und Stellung eines Unternehmers hineinwachsen.

Vielleicht liegt gerade hierin das Geheimnis der Jugend bewahrt, das nach dem Kriege so eindrucksvoll im Wiederaufbau unserer Wirtschaft offenbar geworden ist.

Unser neugebildeter Ausschuß soll der vorläufige Sprecher dieses Gedankengutes sein.

Er soll einmünden in einen einheitlichen Bundesverband der deutschen Industrie.

Mein großer Wunsch ist, daß dieses Ziel bald erreicht wird. Mein sehnlichster aber ist, daß die Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft in langen Friedensjahren ihre Aufgaben erfüllen kann, Dienerin des Fortschritts und der Kultur, als Mehrerin des Glücks und des Wohlstandes, auf die unser Volk in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hofft Anspruch erheben zu dürfen.

Setzen wir in diesem Sinne unsere Arbeit jetzt fort!

Nach diesen Ausführungen bittet Präsident Berg Herrn Dr. Reusch, wiederum den Vorsitz der Versammlung zu übernehmen.

Zum zweiten Wahlgang: der Wahl der übrigen Präsidialmitglieder, schlägt Herr Menne folgende Herren vor:

von Engelberg

Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden,

Friedrich

Arbeitsgemeinschaft der Kautschukindustrie,

Möllenberg

Vereinigung Deutscher Maschinenbauanstalten,

Linsenhoff

Arbeitsgemeinschaft der Bauindustrie,

Reusch

Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall.

Aus der Versammlung werden die Herren

Mohr

Arbeitsgemeinschaft Ernährungsindustrie,

Sperl

Zentralverband der Elektroindustrie,

vorgeschlagen.

Es wird ferner angeregt, für die Eisenschaffende Industrie einen Platz im Präsidium offen zu halten, weil, wie Herr Keller als Antragsteller erklärt, sie zur Mitarbeit bereit sei, wenn sie heute auch nur als Gast der Versammlung beizuhöhen.

Herr Lechner (Keramische Industrie) bedauerte, daß der Bergbau nicht im Präsidium vertreten sei. Herr Dr. Reusch erwidert, der Bergbau habe noch keine eigene Organisation und nimmt auf die bereits wiedergegebene Erklärung des Herrn Bergassessor Schorn Bezug.

Nach einer weiteren Erörterung der Zusammensetzung des Präsidiums wird von Herrn Dr. Reusch auf den vorläufigen Charakter der heutigen Wahl und die Möglichkeit einer späteren Zuwahl bzw. einer Vergrößerung des Präsidiums verwiesen.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlag, 5 weitere Präsidialmitglieder zu wählen und einen Platz für den Vertreter der französischen Zone offenzulassen, zu.

Das Ergebnis des zweiten Wahlganges ist folgendes: die Herren

Möllenberg	30 Stimmen
von Engelberg	29 "
Linsenhoff	29 "
Reusch	28 "
Friedrich	25 "
Sperl	10 "
Mohr	3 "
Peddinghaus	1 Stimme
Rodenstock	1 "

Eisenschaffende

Industrie

3 Stimmen

1 Fehlstimme

insgesamt

160 Stimmen.

Herr Reusch stellt fest, daß damit die Herren

Möllenberg

von Engelberg

Linsenhoff

Reusch

Friedrich

gewählt worden sind.

Alle anwesenden Herren nehmen die Wahl an. Herr Friedrich soll schriftlich befragt werden. (Er hat seine Zustimmung inzwischen erteilt.)

Im dritten Wahlgang sind 15 Mitglieder des Vorstandes zu wählen. Herr Dr. Reusch verliest hierzu folgende Vorschlagsliste:

Bergbau	Pinkerneil
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	Haiblen
Elektroindustrie	Sperl
Feinmechanik und Optik	Rodenstock
Automobilindustrie	Thoennissen
Bekleidungsindustrie	Becker
Holzverarbeitung	Ronicke
Brauereien	Eckhart
Nichteisenmetalle	Horster
Stahl- und Eisenbau	Schneider

Hinsichtlich der übrigen 5 Vorstandsmitglieder werden folgende Anträge gestellt:

Mineralölwirtschaft	Falkenheim
Papierindustrie	Schoeller
Schiffswerften	Schecker
Keramik	Dr. Sies
Lederwaren	Schäffers
Gießereien	Schily
Glasindustrie	Kukat
Ernährungsindustrie	Mohr
Gerbereien	Freudenberg

Bei der Wahl werden 32 Stimmzettel mit insgesamt 480 Stimmen mit folgendem Ergebnis abgegeben:

Pinkerneil	31 Stimmen
Sperl	29 "
Horster	29 "
Thoennissen	29 "
Rodenstock	29 "
Schoeller	29 "
Haiblen	26 "
Ronicke	26 "
Eckhard	25 "
Schneider	24 "
Falkenheim	24 "
Schily	23 "
Becker	23 "
Mohr	22 "
Schecker	21 "

Ferner erhielten die Herren

Sies	20 Stimmen
Freudenberg	15 "
Schäffers	14 "
Kukat	14 "
Peddinghaus	2 "

sowie 5 weitere Herren je 2 oder 1 Stimme bei 19 Fehlstimmen.

Herr Dr. Reusch stellte fest, daß damit die zuerst aufgeführten 15 Herren zu vorläufigen Vorstandsmitgliedern gewählt worden sind.

Abschließend teilt Herr Dr. Reusch mit, daß nach einem Beschluß des Präsidiums die vorläufige Geschäftsführung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen den Herren Dr. Beutler und Rechtsanwalt Stein übertragen werden soll, die auch die Vorbereitungsarbeiten zur heutigen Sitzung und Veranstaltung übernommen haben. Er dankt beiden Herren für ihre Mühewaltung.

Endlich beschließt die Versammlung nach kurzer Diskussion folgende Pressenotiz zu veröffentlichen:

„Die Vorsitzenden von 32 Wirtschaftsverbänden und Arbeitsgemeinschaften der Industrie, die über 90% der industriellen Wirtschaft vertreten, beschlossen am 19. Oktober 1949 in Köln die Gründung eines Ausschusses für Wirtschaftsfragen.

Der Ausschuß soll demnächst in eine einheitliche Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft übergehen, deren Satzung gleichfalls zur Erörterung kam. Obschon nach Rechtsauffassung maßgebender deutscher Stellen die Genehmigung einer solchen Spitzenorganisation nunmehr lediglich der deutschen Zuständigkeit unterliegt, wird die Satzung noch den Hohen Kommissaren zur Kenntnis gebracht werden, da die Anregung zu ihrer Ausarbeitung von Mitgliedern der früheren Militärregierung ausgegangen ist.

Die Versammlung billigt einstimmig die vorgelegte Satzung, behielt sich jedoch die endgültige Gründung vor.

Bis zu diesem Zeitpunkt stellt der „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ die gesamte Vertretung der Wirtschaftsverbände dar.

Dem Ausschuß steht ein vorläufiges Präsidium, bestehend aus 3 Personen, vor. Ihm gehören als Präsident und Vizepräsidenten die Herren Berg, Menne und Vogel an.

Als weitere Mitglieder die Herren Möllenberg, von Engelberg, Linsenhoff, Reusch und Friedrich.

Dem Präsidium steht als beratendes Organ ein vorläufiger Vorstand von 15 Personen zur Seite.

Die Geschäftsführung liegt in den Händen der Herren Dr. Beutler und Rechtsanwalt Stein.“

Nachdem die Versammlung in vertraulicher Beratung zu einem vorläufigen Etat und der Erhebung der entsprechenden Beiträge Stellung genommen hat, schließt Herr Dr. Reusch um 19.45 Uhr die Sitzung.

Düsseldorf, den 31. Oktober 1949.

Für das Präsidium:

gez. Fritz Berg.

gez. Dr. Reusch.

Die Geschäftsführung:

gez. Dr. Beutler.

gez. Stein.

II.

Im Anschluß an die Gründungssitzung fand ein Empfangsabend statt. Zu diesem war eine große Zahl führender Persönlichkeiten der Politik und Wirtschaft sowie Vertreter der Presse geladen.

Präsident Berg nahm Gelegenheit, die erschienenen Gäste wie folgt zu begrüßen:

Fritz Berg:

Meine sehr geehrten Herren!

Ich habe die Ehre, Sie heute Abend im Namen und im Auftrag von 36 Wirtschaftsverbänden und Arbeitsgemeinschaften der industriellen Wirtschaft zu begrüßen, die am heutigen Nachmittag einen gemeinsamen Ausschuß für Wirtschaftsfragen gegründet haben.

Es handelt sich bei diesem Ausschuß zwar um eine vorläufige Einrichtung, aber er ist der Abschluß einer Entwicklung des industriellen Organisationswesens der Nachkriegszeit, indem er sozusagen die Spitze der industriellen fachlichen Arbeitsausschüsse darstellt.

Darüber hinaus soll er alsbald die Entwicklung zu einer endgültigen Spitzenorganisation der industriellen Wirtschaft im neuen Bundesstaate entscheidend beeinflussen.

Die in dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen vereinigten Wirtschaftsverbände erblicken in ihm somit die Keimzelle eines neuen Bundesverbandes der deutschen Industrie.

Im Aufbau der Interessenvertretung der gesamten deutschen Wirtschaft haben sich seit langem drei große Säulen gebildet, die die Träger des großen Daches sind, unter dem die Gesamtwirtschaft steht.

Es sind dies die Industrie- und Handelskammern, zusammengefaßt im wiedererstandenen Deutschen Industrie- und Handelstag. In ihm vereinigen sich alle Sektoren der gewerblichen Wirtschaft: Der Handel, die Versicherungen, die Banken, der Verkehr und die Industrie.

Ihr Aufbau ist regional bestimmt.

Die zweite Säule stellen die Arbeitgeberverbände als die Vertreter der unternehmerischen Sozialpolitik dar; heute vereinigt in der sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände.

Die dritte Säule liegt seit langem in ihren Bauelementen vor, ohne die Bauerlaubnis erhalten zu haben.

Es ist dies die geplante Säule der Organisation der industriellen Produktion, die sich zunächst in den rein fachlich orientierten Wirtschaftsverbänden gesammelt hat. Als Vertreter solcher Wirtschaftsverbände sehen Sie unter uns die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der 36 maßgeblichen Wirtschaftsvereinigungen der deutschen Industrie. Sie sind noch ohne eine zusammenfassende Spitze.

Zwar konnten auf einzelnen Sachgebieten diese Wirtschaftsvereinigungen gemeinsame Arbeitsausschüsse bilden. Unerfüllt aber blieb bislang ihr natürlicher Wunsch, ihre gemeinsamen, die industrielle Erzeugung berührenden Interessen einheitlich zu vertreten und zu Gehör zu bringen.

Die industrielle Wirtschaft versucht somit als letzte in den Genuß einer zusammenfassenden Organisation zu gelangen. Vorausgegangen sind ihr die Industrie- und Handelskammern und die Arbeitgeberverbände.

Grund für diese Verzögerung sind u. a. die Befürchtungen, die unter den Alliierten bei dem Gedanken an eine Spitzenorganisation der Industrie leicht obwalten.

Diese Befürchtungen sind langsam von uns ausgeräumt worden. Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, daß dies schon endgültig gelungen sei.

Immerhin begegnen wir zunehmendem Verständnis in der Welt und einer dankbar empfundenen Hilfsbereitschaft.

Der Marshallplan ist ihr weithin leuchtendes, in dieser Form unbestritten neuartiges und in seiner Konzeption unzweifelhaft konstruktives Beispiel.

Soweit der deutschen Industrie noch heute unüberwindliches Mißtrauen entgegengebracht wird, ist es unsere Absicht, auch dieses mit allen Kräften auszuräumen.

Die Diskussion über seine Berechtigung ist nicht an einem Abend zu führen; sie dauert nunmehr schon über vier Jahre.

Sie wird nach der historischen Katastrophe, die wir erlebt haben, nur auf der Ebene der Geschichte gelöst werden können.

Ich glaube aber aussprechen zu sollen, daß die deutsche Industrie nicht ein abgesonderter Teil des deutschen Volkes ist und als solcher von niemand betrachtet wird. Die deutsche Industrie unterliegt daher auch nur dem Urteil, dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit unterworfen sein wird.

Im Rahmen dieser Gesamtwertung nimmt die deutsche Industrie an der Gesamtverantwortung teil, die auf dem deutschen Volke ruht. Sie ist bereit, diese Verantwortung mitzutragen.

Sie ist auch bereit, die ihr zufallenden Konsequenzen auf sich zu nehmen, und ich glaube hier aussprechen zu dürfen, daß sie in den letzten vier Jahren der Nachkriegszeit bewiesen hat, wie willig und wie aufopfernd sie sich dieser Konsequenz im Ringen um den Wiederaufbau unserer Produktionsstätten zu unterwerfen bereit ist.

Damit entfällt aber auch die Möglichkeit einer unterschiedlichen Behandlung der deutschen Produktionsinteressen.

Wunsch und Anspruch nach einer einheitlichen Zusammenfassung auf diesem Gebiet liegen allein in der Gerechtigkeit und Billigkeit umschlossen und von dieser Basis aus werden sie von uns erhoben.

Meine Herren!

Wenn ich Sie heute hier begrüßen darf, so erfaßt mich eine tiefe Dankbarkeit gegen das Schicksal, wenn ich an die wirtschaftlichen Verhältnisse des Frühjahrs und Sommers 1945 zurückdenke.

Ich möchte in diesem Augenblick diese Schilderung nicht ausschmücken. Aber es ist mir doch ein Bedürfnis, der Genugtuung Ausdruck zu geben, die wir alle empfinden über den Vorzug, in demjenigen Teil Deutschlands zu leben, der von Besatzungsmächten besetzt worden ist, die sich zur abendländischen Kultur rechnen.

Es ist sicherlich manches im Zuge dieser Besetzung geschehen, wie Besetzung stets für den Erduldenden Unzuträglichkeiten mit sich bringen. Das ist hüben und drüben dasselbe.

Aber alles dies ist nichts gemessen an dem, was geschehen wäre, wenn wir das Schicksal derjenigen unserer Brüder geteilt hätten, die östlich des eisernen Vorhanges leben.

Im engbegrenzten Raume des westeuropäischen Rumpfes werden alle Völker viele Kämpfe zu überstehen haben, werden unsere Interessen zusammenstoßen, werden wir uns alle, insbesondere auf der Ebene der Produktion und ihres Absatzes eng aneinander zu gewöhnen haben.

In härtester Weise werden sich hier die Sachen im Raume stoßen. Aber daß dies alles noch auf dem Boden der abendländischen Kultur geschieht, ist ein Verdienst derjenigen Mächte, die zur Zeit die westliche Hemisphäre beherrschen.

Es ist mir ein Bedürfnis und eine Pflicht, dies auszusprechen.

Lassen sie mich kurz hier etwas einschalten:

Viele unserer Freunde aus der Industrie und unsere Mitbürger unterliegen noch der Strafvollstreckung der Militärregierungen. Wir nehmen, soweit es sich nicht um Verbrecher handelt, mit denen wir keine Gemeinschaft empfinden, tiefen Anteil an ihrem Schicksal.

Wir glauben, daß heute die Dinge sich schon etwas abgeklärt haben und in Zukunft noch mehr abklären werden. Auch die menschliche Erkenntnis ist dem Wechsel der Wandlung unterworfen.

Trotz besten Willens verändern sich auch die Vorstellungen von der Objektivität der Urteilsfindung.

Es wird daher der Zeitpunkt kommen, an dem wir zu diesen vielen Verfahren noch einmal Stellung nehmen müssen, durch die deutsche Industrielle abgeurteilt worden sind.

Bis zu diesem Zeitpunkt bitten wir für unsere Freunde in ihrer Behandlung menschliche, ja ich möchte sagen, abendländische Nachsicht zu üben (Großer Beifall).

Nichts schadet der Entwicklung in politischen wie in wirtschaftlichen Dingen mehr als die Ungeduld. Ungeduld ist auch der größte Feind in der Bekämpfung des Mißtrauens.

Wenn wir uns daher am heutigen Nachmittag darauf beschränkt haben, zunächst die Übereinstimmung der gesamten deutschen Industrie zu einem von uns ausgearbeiteten Entwurf der Satzung eines zukünftigen Bundesverbandes festzustellen, den wir den verantwortlichen Stellen unterbreiten werden und uns im Zuge dieser Beschränkung mit der Gründung eines sozusagen fachlichen Arbeitsausschusses auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftspolitik begnügt haben, so bitten wir Sie, das als unseren ersten Willen zu betrachten, dem Mißtrauen auf unserem Gebiete zu begegnen und einem neu zu gründenden Vertrauen auf lange Sicht Bahn zu brechen.

Mit dieser Feststellung darf ich mich sozusagen dem innerdeutschen Ferment unseres heutigen Empfangsabends zuwenden. Es ist, meine Herren, — ich sagte es schon — niemand unter uns, der nicht den Fortschritt der Entwicklung seit dem Jahre 1945 anerkennen wird. Es ist auch niemand unter uns, der nicht weiß, in wie hohem Maße die deutsche Politik der Nachkriegszeit an diesem Erfolge teilgenommen hat. Diese Erkenntnis und dieses Gefühl ist Gemeingut der gesamten Indu-

strie als dem Teile der deutschen Wirtschaft, dem der Aufbau der deutschen Produktionsstätten nach dem Kriege schicksalsmäßig zugefallen ist.

Niemals ist es in Deutschland unpopulärer als seit dem Jahre 1945 gewesen, sich politisch zu betätigen und herauszustellen. Niemals ist dies vor allen Dingen in der deutschen Wirtschaft unpopulärer gewesen. Wenn wir uns an dem Tage, an dem wir sozusagen erneut mit einer einheitlichen Organisation der industriellen Wirtschaft an die Öffentlichkeit treten, entschlossen haben, Sie, meine Herren, vorzugsweise aus der Politik als Gäste zu uns zu bitten, so erblicken Sie hierin die Erstattung einer Dankeschuld, die wir Ihnen dafür auch von unserer Seite abzutragen haben, daß Sie sich in den Jahren nach der Katastrophe dieser Verantwortung nicht entzogen haben.

Mit dem Tage der Annahme des deutschen Grundgesetzes, mit der Veröffentlichung des Besatzungsstatutes, mit der Bildung des deutschen Bundesparlamentes, mit der Wahl des deutschen Bundespräsidenten, mit der Bildung der Bundesregierung ist eine neue Etappe unseres staatsrechtlichen Lebens eingetreten.

Daß sie erreicht ist, ist Ihr Verdienst, das heute dem ganzen Volke und mit ihm auch der deutschen Industrie zustatten kommt.

Wir wollten darüber hinaus mit unserer Einladung an Sie, meine Herren Politiker, auch beweisen, wie wesentlich wir in dem uns heute berührenden Fall der Gründung eines einheitlichen Verbandes der Industrie Ihre Mitwirkung ansehen, und wie groß unser Bestreben ist, Sie hier mit unseren Wünschen und Gedanken vertraut zu machen.

In diesem Sinne entbiete ich zuerst meinen Gruß dem Herrn Präsidenten des deutschen Bundestages, Herrn Dr. Erich Köhler, als dem Vertreter des deutschen Parlaments, in dessen Schoß auf Jahre das Schicksal unseres Volkes gebettet ist, von dem wir alle mit Sehnsucht hoffen, daß es ein friedliches Schicksal sein möge. In Ihnen, Herr Präsident, begrüßt die deutsche Industrie die gesamte Volksvertretung.

Viele unserer Freunde haben die Ehre, Mitglieder dieser Volksvertretung zu sein, für die leider das so volksfremde Wort Parlament sich eingebürgert hat.

Die Dinge des Lebens und damit auch die Dinge der Wirtschaft lassen sich in den komplizierten Zeiten zunehmender Zivilisation nicht autoritär entscheiden.

Es gibt keinen Genius außer der Gottheit, der die Dinge der Menschheit ohne Erörterung, ohne Abklärung der Begriffe und Meinungen lösen könnte.

Wo Menschen sich vermessen dies zu tun, verfallen sie der Hybris, scheitern und stürzen sich und ihre Völker ins Unglück.

Die Völker wirklicher Kultur haben daher den Anspruch, ihre Ansichten zu vertreten. Ihre Vertretungen sind die großen Filter der öffentlichen Meinung, indem sie der Läuterung des Interesses und ihrer Klärung am Allgemeinwohl dienen sollen. Die Arbeit eines Parlamentes ist daher ein Spiegelbild der politischen Bildung eines Volkes.

Die größte Gefahr, in die Sie sich in Ihrer Arbeit, meine Herren Parlamentarier, begeben können, ist daher die Beziehungslosigkeit, die geistige Isolierung auf das Interesse.

Indem ich, sehr geehrter Herr Präsident, Sie begrüße, richte ich an alle unsere Freunde, die Mitglieder des Bundesparlamentes sind, die Bitte der aufrichtigen loyalen Mitarbeit im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste des Ausbaues wahrer menschlicher Beziehungen unter uns selbst und innerhalb unseres guten fleißigen Volkes, als dessen Teil wir uns alle fühlen.

Ich habe ferner die Ehre zu begrüßen:

Herrn Ministerialdirektor Ewers als Vertreter des Herrn Ministerpräsidenten Arnold, den Präsident des deutschen Bundesrates, der die Rechte und die Würde der deutschen Länder zu vertreten berufen ist.

Meine Herren!

Der Begriff Länder ist in der deutschen Wirtschaft nicht absolut populär.

Die Wirtschaft empfindet, jedenfalls zu einem großen Teil, die Länder als eine Einrichtung, die mit der Entwicklung der Technik nicht Schritt gehalten haben, oder, nachdem sie wieder errichtet worden sind, zu dieser Entwicklung im Widerspruch stehen.

Ich möchte heute dahin gestellt sein lassen, inwieweit dieses Urteil der deutschen Wirtschaft historisch begründet ist. Ich möchte demgegenüber aber hervorheben, daß die politische Entwicklung der Zeit, in der wir in Deutschland zur Überwindung der Ländergrenzen gelangt sind, für uns keine glückliche gewesen ist.

Viele von uns vertreten die Ansicht, daß dies an den Menschen und denjenigen gelegen hat, die sich zu unseren Führern aufgeschwungen haben. Andere dagegen glauben, die im Ergebnis unglückliche Entwicklung habe in der politischen Ab-

kehr derjenigen Grundsätze gelegen, die wir heute gewohnheitsmäßig als föderalistisch bezeichnen.

Es liegt im Schoß der Geschichte beschlossen, wer Recht hat.

Eines darf ich aber hier hervorheben: Im Rahmen der Vielfalt der deutschen Begabung und Leistungswilligkeit sind die deutschen Länder unzweifelhaft oft Ursprung und Nährboden großer Leistungen gewesen.

Ich erinnere Sie alle an die Präzision der schwäbischen Maschinenindustrie, an das Eigenleben der Ruhrkohle, von der Bodenständigkeit der deutschen Brauindustrie, die auch zu uns gehört, zu schweigen, um andererseits hervorheben zu dürfen, daß in den großen Industrien der Verbundwirtschaft die Ländergrenzen keine Bedeutung haben.

Eins scheint mir indessen richtig zu sein:

Man sollte in der zukünftigen deutschen Deduktion nicht das Wort Länder mit dem Wort Interesse verbinden. Länderinteressen ist ein schlechtes Wort, und im Rahmen des engen Raumes, auf den wir beschränkt sind, sind sie schon begrifflich kaum möglich und dem Allgemeininteresse nur abträglich.

Ich habe ferner die Aufgabe und ganz besondere Freude, in unserem Kreise zu begrüßen:

Mitglieder der neuen deutschen Bundesregierung, an ihrer Spitze den Herrn Vizekanzler Blücher, der in Begleitung der Herren

Wirtschaftsminister,
Arbeitsminister,
Wiederaufbauminister,
Verkehrsminister,

erschienen ist.

Meine Herren Minister!

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie durch Ihre Anwesenheit Ihr Interesse an der Gründung des heutigen Tages bezeugt haben. Es bedarf im Gegensatz zu den anderen Organen der neuen deutschen Bundesrepublik bei Ihrem Erscheinen keiner anderen grundsätzlichen Ausführung als derjenigen, daß wir Ihnen in unserem eigensten Interesse wünschen, Sie mögen bald mit Ihrer Arbeit beginnen können!

Sie alle, meine Herren, sind im eigentlichen Sinne Exponenten der Verantwortung. Niemand unter uns beneidet Sie um diese Last, niemand verkennt ihr Gewicht. Sie ist Ihnen gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit bei der Pfundabwertung vor Augen geführt worden. Die Gründung des heutigen Tages ist vornehmlich dazu bestimmt, Ihnen bei Ihrer Arbeit zur Hand zu gehen und Ihnen Hilfe zu leisten, Sie in Ihrer Urteilsfindung zu unterstützen und die eigentliche deutsche industrielle Produktion mit all ihren Ausstrahlungen auf die Gesamtheit des Volkes zu Gehör zu bringen. Wir bitten Sie, den neugegründeten Ausschuß für Wirtschaftsfragen nicht nur als den Wahrer unserer Interessen, sondern auch als den Mitsucher des richtigen Weges zu betrachten, auf dem Sie unser gesamtes Volk zum Wohlstand führen sollen.

In diesem Sinne begrüße ich Sie, meine Herren Bundesminister mit dem Wahlspruch der Kohle: „Glück Auf“.

Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich sozusagen als unserem Ressortchef Herrn Professor Dr. Ehrhard einen besonders herzlichen Gruß entbiete.

Alles das, was ich eben über Verantwortung gesagt habe, trifft für Sie im Verhältnis zu uns in besonderem Maße zu.

Mit unserem Gruß verbinden wir Ihnen gegenüber auch einen besonderen Dank. Die Kühnheit des Entschlusses, mit dem Sie die deutsche Wirtschaft aus der wirtschaftspolitischen Verstrickung der Nachkriegszeit in die sozial gebundene Freiheit überführt haben, war imponierend und ist ohne Unterschied der Auffassungen unseres aufrichtigen Dankes wert.

Es ist häufig so, daß der Durchbruch nicht absolut entscheidend ist, daß er sich sozusagen zwangsläufig aus der Natur der Dinge entwickelt, und daß im Ausbau der Durchbruchstelle und in der Erhaltung der Bewegung die wesentlich schwerere strategische Aufgabe liegt.

Ich glaube, daß Sie hier die nahe Zukunft, sehr geehrter Herr Professor Erhard, vor große Aufgaben stellen wird. Unsere Wünsche begleiten Sie auf diesem Wege.

Nehmen Sie hierzu auch die Versicherung unserer bereitwilligsten Mitarbeit.

Meine Herren von der deutschen Industrie!

Niemand von uns verkennt, daß die Dinge der Politik und der Wirtschaft sich, wie das meist im Leben ist, nur doppelteig erörtern und klären lassen.

Zu einer Regierung gehört eine Opposition.

Zur Meinung gehört die Gegenmeinung, zum Interesse das Gegeninteresse.

Nichts schadet einer Regierung mehr, nichts vor allen Dingen den ausführenden Organen der Regierung, die wir heute unter dem Sammelbegriff der Bürokratie verstehen, als daß sie unkontrolliert ist.

Nichts ist auch der Wirtschaft schädlicher, als daß sie einer unkontrollierten Bürokratie gegenübersteht.

Im Rahmen der notwendigen Dynamik — lassen Sie mich dieses etwas abgebrauchte Wort in diesem Zusammenhang benutzen — ist unserem jungen deutschen Parlamentarismus nichts notwendiger als eine tatkräftige klare konstruktive Opposition.

Die Fragen der Wirtschaft sind heute Allgemeingut aller Parteien.

Die Verantwortung der Regierung und derjenigen Parteien, auf die sie sich stützt, sind groß.

Ebenso groß, wenn nicht größer, ist die Aufgabe der Opposition. Denn ihr obliegt die Verpflichtung, in die Kritik nicht das Zersetzende, dem der Deutsche in der Politik so gerne anhängt, sondern das Konstruktive einzubauen.

Ich habe weiter den Vorzug, zu begrüßen die Herren Wirtschaftsminister der Länder, denen die Interessen unserer Mitglieder in besonderer Nähe anvertraut sind, sowie weiter eine Reihe von Mitgliedern des Bundesparlaments und Vorsitzende der parlamentarischen Ausschüsse.

Ich begrüße die Vertreter der Behörden und Verwaltung, daß heißt in Sonderheit die Herren Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Ministerialdirigenten der Verwaltung für Wirtschaft, die Herren Vertreter der Verwaltung der gastgebenden Stadt Köln, in Sonderheit den Vertreter des Herrn Oberbürgermeister und den Herrn Regierungspräsidenten von Köln.

Ich begrüße ferner den Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln, den Herrn Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Köln, zugleich als den Präsidenten aller Rechtsanwaltskammern des Bundesgebietes.

Ich begrüße Herrn Dr. Knott, als den Kanzler der Erzdiözese Köln.

Ich begrüße Ihre Magnificenzen, die Herren Rektoren der Universität Köln und der Technischen Hochschule Aachen.

Ich begrüße weiter die Herren Vertreter der Finanz.

Ich begrüße die Herren Präsidenten der Handelskammern, an ihrer Spitze Herrn Dr. Petersen, zugleich als den Präsidenten des deutschen Industrie- und Handelstages.

Ich begrüße den Herrn Präsidenten der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Raymond.

Ich begrüße zahlreiche Freunde der deutschen Industrie, insbesondere diejenigen, die in einem langen aufopferungsvollen Leben der deutschen Industrie ein besonderes Ansehen gegeben haben.

Mein besonderer Gruß gilt aber noch folgenden Persönlichkeiten:

Zunächst Ihnen, Herr Dr. Wolf, Präsident des Obersten Gerichtshofes in Köln.

Ich entbiete Ihnen meinen Gruß sozusagen als dem Repräsentanten des neuen deutschen Rechtsstaates und einer unabhängigen deutschen Rechtssprechung.

Die Fragen der Wirtschaft lassen sich vielfach nur in einem gewissen Kampfe klären.

Häufig verdeckt hier das eigene Interesse den Blick für die Grenzen der Gesamtheit.

Vielfach kann im Rahmen dieser wirtschaftlichen Auseinandersetzung das Recht nur durch den Spruch der Gerichte geklärt werden. Manchmal gerät auch im Ringen der wirtschaftlichen Existenz der Einzelne in die Maschen des Gesetzes.

Das ist menschlich.

Umso höher muß in unser aller Ansehen die Gerechtigkeit und die Unantastbarkeit derjenigen Organe stehen, die ver-

*) An dieser Stelle sollten die Gewerkschaften, deren Vertreter an der Teilnahme verhindert waren, mit folgenden Worten begrüßt werden:

... Und nun, meine Herren, komme ich zum Abschluß zu einer ganz besonders herzlichen Begrüßung. Ich habe nicht nur den Auftrag, sondern auch die persönliche herzliche Freude, in unserem Kreise die Herren Vertreter des neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Herren Dr. h. c. Böckler und Rosenberger zu begrüßen.

Sie kommen eben, meine Herren, von der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München, und ich darf aus der Tatsache, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, den Schluß ziehen, daß Sie auch Ihrerseits die Gründung einer Spitzenorganisation der deutschen Industrie begrüßen. Ich danke Ihnen daher ganz besonders dafür, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Die Wirtschaft läßt sich nicht außerhalb der geschichtlichen Entwicklung betrachten, und das wirtschaftliche Leben steht nicht ohne, sondern aus Gegensätzen. Ein Ergebnis der historischen Betrachtung des letzten Jahrhunderts unserer Wirtschaftsgeschichte aber ist, daß in all den Zeiten, in denen die Wirtschaft als Gesamtgut des deutschen Volkes in Gefahr und in Not geraten war, Organisationen der Unternehmer und die Gewerkschaften sich engstens verbunden

fassungsmäßig dazu berufen sind, Recht zu sprechen. Die Unabhängigkeit des deutschen Richtertums ist das notwendigste Korrelat für die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung.

Deswegen gilt Ihnen, Herr Dr. Wolf, als dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes der besondere Gruß der deutschen Industrie*).

Hiermit bin ich am Ende meiner eigentlichen Begrüßung.

Lassen Sie mich ein grundsätzliches Wort noch sagen.

Nach Auffassung der Vertreter aller Wirtschaftsverbände, die sich heute zur Gründung unseres Ausschusses für Wirtschaftsfragen zusammengefunden haben und deren Sprecher zu sein ich die Ehre habe, muß das deutsche Unternehmertum in der nächsten Zukunft eng zusammenstehen.

Es wäre eine der bedenklichsten Erscheinungen, wenn es durch falsche Vorstellungen und Auffassungen in seinen Organisationen aufgesplittert würde. Das deutsche Unternehmertum beruht auf der Tradition großer Familien und großer Gesellschaften.

Es regeneriert sich aus diesen Kräften.

Aber es erhält auch ständigen Blutzufuß aus der Verantwortung solcher Persönlichkeiten, die nicht durch Herkunft oder Besitz, sondern aus der eigenen Leistung in Rang und Stellung eines Unternehmers hineinwachsen.

Vielleicht liegt gerade hierin das Geheimnis der Jugendbewahrt, das nach dem Kriege so eindrucksvoll im Wiederaufbau unserer Wirtschaft offenbar geworden ist.

Der heutige Abend ist nicht nur ein Empfangsabend.

Er ist ein Versuch, alle Komponenten des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu einer freundschaftlichen Aussprache zu vereinen. Er soll damit die Richtschnur für die Arbeit unserer neuen Organisation sein, die ausgerichtet ist auf den freien friedlichen Wettbewerb im Lande und mit unseren Nachbarn, auf die Steigerung unserer eigenen Leistung, auf die Achtung und Liebe zu unseren Mitbürgern — im ganzen aber auf die Mehrung des Ansehens unseres Vaterlandes im Dienste einer großen abendländischen Gemeinschaft. (Anhaltender Beifall.)

Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard

Von starkem Beifall begrüßt, erklärte der Herr Minister:

Meine Herren! Es fällt mir fast schwer, heute hier als Bundeswirtschaftsminister zu Ihnen zu sprechen. Denn auch ohne diese Eigenschaft würde ich mich aus meiner früheren sehr intensiven Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der deutschen Industrie Ihnen verbunden fühlen. Ich weiß, welche wertvolle Arbeit geleistet worden ist, und ich möchte glauben, daß Sie mit dieser Neugründung zugleich auch Hüterin einer guten und wertvollen Tradition sind, wobei selbstverständlich ist, daß jede Zeit uns Menschen besondere Aufgaben stellt. Wir wissen nur allzu sehr aus täglichem Erleben und aus innerer Verpflichtung, wie schwer und wie bedeutungsvoll die Aufgaben sind, die wir gemeinsam zu lösen haben.

Wie Sie wissen, bin ich gewissermaßen der Prediger und Sänger der menschlichen Freiheit. Wenn ich hinzufüge, daß wir uns im Zeitalter der Demokratie auch im Zeichen der Koalitionsfreiheit befinden, dann ist es in meinen Augen nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, daß Sie sich endlich zu einer Form zusammengefunden haben, die ich auch deshalb begrüße, weil die Arbeit eines Ministeriums und einer Verwaltung selbstverständlich befruchtet und gefördert wird, wenn die großen Träger unseres sozialen und ökonomischen Lebens einen letzten Ausdruck und eine letzte Spitze finden.

Meine sehr verehrten Herren! Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß ich mich als Wirtschaftsminister als alles andere, denn als ein Interessenvertreter fühle, und so wie ich in

fühlten, viel enger, als vielleicht der äußere Anschein es deutlich macht.

Die Stunden der Katastrophe nach 45 haben uns alle noch näher zueinandergerückt, ja, mir will es fast scheinen, als ob es dieser Katastrophe bedurfte, um uns zueinander zu bringen. Die großen Auseinandersetzungen um den Bestand der deutschen Wirtschaft, wie sie sich heute in der Demontage und in vielen anderen Fragen abzeichnen, sind Gemeingut unserer beiderseitigen Organisationen geworden.

Wenn ich hier als Vertreter einer zukünftigen Spitzenorganisation der Industrie unserer Freude Ausdruck gebe, daß wir Sie am heutigen Tage zu unseren Gästen zählen dürfen, so ist mir das einer der verheißungsvollsten Aspekte, nicht nur des heutigen Abends, sondern auch unserer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wir werden uns, meine Herren Vertreter der Gewerkschaften unzweifelhaft auf manchen Gebieten der Wirtschaft in den kommenden Zeiten gegensätzlich begegnen. Aber in unserer Gesamtentwicklung hat keine Zeit mehr als die letzten vier Jahre bewiesen, wie sehr uns alle das gesamtdeutsche Schicksal verpflichtet und umfängt. Ich habe nicht nur die Ehre, Sie heute als unsere Gäste zu begrüßen. Ich habe auch das Bedürfnis, Sie als unsere Freunde willkommen zu heißen. Es scheint mir nichts angebrachter zu sein, als daß ich hiermit meine Begrüßungsansprache abschließe.

der letzten Woche bei der großen Tagung der Gewerkschaften in München war und daran teilgenommen habe, bin ich heute hier bei Ihnen, weil ich der Überzeugung bin, daß Wirtschaft etwas sehr Umfassendes bedeutet, und daß nur dann ein Amt wie das meine richtig ausgefüllt werden kann, wenn sich alle Träger dieser Wirtschaft in all ihren Ständen und Schichten und in allen Säulen tatsächlich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. (Beifall.)

Ich glaube, je mehr Sie selbst auch Ihre Aufgabe darin erblicken, nicht Interessenvertretung zu sein, sondern Hüterin und Wahrerin der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, desto besser, fruchtbarer und harmonischer wird sich diese neue Institution in unser öffentliches ökonomisches Leben eingliedern. (Beifall.)

Meine besondere Hinneigung zu der deutschen Industrie, die ich gar nicht leugnen will, resultiert also ganz bestimmt nicht etwa aus irgendwelchen Interessenbindungen gerade zu der Industrie, sondern aus der selbstverständlichen Überlegung heraus, daß die deutsche Industrie — ich meine hier Industrie nicht nur als Unternehmerschaft, sondern als die Produktionsstätte aller Güter des volkswirtschaftlichen Reichtums überhaupt — die Voraussetzung und Grundlage für unsere Zukunft und für unsere soziale Wohlfahrt bietet. Es ist sicherlich keine Geringschätzung aller übrigen Funktionen dieser Wirtschaft, etwa des Handels und anderer Funktionen, wenn ich gerade in diesem Augenblick eines sozialen Notstandes das besondere Gewicht auf die Gütererzeugung lege; denn sie ist nun einmal die Grundlage unseres ganzen ökonomischen, sozialen und volklichen Seins.

Je mehr Sie diese Verpflichtung fühlen und sich dieser Verpflichtung immer bewußt sind, daß aus der Leistung der deutschen Industrie heraus erst alle anderen Leistungen möglich sind, deren wir gerade heute so dringend bedürfen, um so mehr wird damit auch ein Band der Versöhnung über vielleicht manchmal äußerlich Unversöhnliches gezogen werden.

Wenn der Herr Bundeskanzler z. B. in seiner Regierungserklärung sagt, daß eine gute Wirtschaftspolitik zugleich auch die beste Sozialpolitik sei, dann kann ich mich dem nur voll anschließen. Ich glaube, zu je größeren Leistungen die deutsche Industrie befähigt wird, je rationeller und je ergiebiger, je marktgerechter sie ihre Aufgabe erfüllt — desto mehr dient sie nicht nur etwa ihren eigenen Interessen, sondern desto besser dient sie auch der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, ja dem deutschen Volke schlechthin.

Meine Herren! Nachdem wir seit 1945 demonstriert haben, daß die Freiheit der Unternehmerinitiative, nein, mehr die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, die Freizügigkeit und ihre freie Entfaltung die Grundlagen jeder wirklichen demokratischen Ordnung, jedes volklichen Reichtums, jeder sozialen Wohlfahrt sind, haben wir keinen Grund, an der Zukunft Deutschlands zu verzweifeln. (Lebhafter Beifall.) In Ihnen erblicke ich die besten Repräsentanten dieser geistigen Haltung. Ich weiß sehr wohl, daß ich sehr oft wegen meiner Zuversicht, die ich aus innerer Überzeugung im Herzen trage, angegriffen werde. Diese Zuversicht, dieser Optimismus gründet sich wirklich nicht auf irgendwelche vagen Vorstellungen; davon bin ich weit entfernt. Wenn wir diese Zuversicht nicht haben, dann haben wir uns selbst preisgegeben. Es ist wirklich keine Methode Coué, wenn ich bei jeder Gelegenheit den deutschen Menschen in allen seinen Schichten ermahne, es an dieser Zuversicht nicht fehlen zu lassen, weil allein daraus die Kräfte und der Mut zu Taten und zum Handeln erwachsen können.

Die Pessimisten tun sich viel leichter. Das sind immer die weisen Leute; denn wenn sich ihre düsteren Prophezeiungen erfüllen, dann haben sie alles vorbedacht und richtig gesehen. Erfüllen sich aber ihre düsteren Prophezeiungen nicht — und sie haben sich bis jetzt nicht erfüllt —, dann zieht sie ganz bestimmt niemand zur Verantwortung, weil jeder glücklich ist, daß es besser geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Leute meines Schlages tun sich viel schwerer; denn wenn ihre Zuversicht berechtigt war —, wer möchte sie darum loben? Dann ist alles gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit. Aber wehe, wenn irgendwo eine Störung und Spannung auftaucht. Dann ist er der allein Schuldige. Ich bin mir bewußt, daß ich der allein Schuldige bin, meine Herren. Aber ich fühle mich trotzdem in meiner Haut ganz wohl. Ich fühle mich insbesondere wohl, wenn ich gleichzeitig merke, daß ich aus Ihnen, aus der Wirtschaft, ich möchte sogar glauben, aus dem ganzen deutschen Volk heraus die Resonanz finde, wenn ich fühle, daß das die geistige Haltung ist, die allein uns aus Not und Elend herausführen kann. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! In erster Linie habe ich hier vor Ihnen meine persönliche Auffassung bekundet. Aber ich fühle mich auch verpflichtet, Ihnen aber auch zugleich die Glückwünsche der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und zu hoffen, daß sich Ihre Tätigkeit als fruchtbar erweisen möge, als fruchtbar — wie

ich schon vorhin sagte — nicht von irgend einem Interessensstandpunkt aus gesehen. Wir wollen diesen Tag der Neugründung in der festen Überzeugung, aber auch in dem Willen beginnen, daß damit ein Grundstein geschaffen ist und Sie alle bereit sind, mitzuwirken an der Gestaltung des deutschen Schicksals, an der Mehrung der sozialen Wohlfahrt, an der Rückgewinnung unserer Freiheit.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Präsident des Bundestages Dr. Erich Köhler

Bundestagspräsident Dr. Köhler bedankt sich zugleich im Namen des Präsidenten des Bundesrates, Ministerpräsident Arnold, für die Einladung und für die Würdigung der von den führenden Männern der Politik in den vergangenen Jahren geleisteten Arbeit. Amtlich habe er der Versammlung keine Erklärungen zu übermitteln, weil das seine Funktionen nach den strengen Vorschriften der Geschäftsordnung überschreite. Aber er sei berechtigt, im Namen des Bundesrats und des Bundestags herzliche Glückwünsche für das Gelingen des heutigen Tages zu überbringen.

Die von Präsident Berg entwickelten Gedanken über die Aufgaben von Unternehmerschaft und Parlament hätten ihn so stark beeindruckt, daß er wünsche, diese Ausführungen würden in vollem Wortlaut der Öffentlichkeit bekannt. Denn diese Gedanken seien geeignet, eine Wende im Urteil der Öffentlichkeit über die geistesgeschichtliche Haltung und Stellung des deutschen industriellen Unternehmertums herbeizuführen. Die Ausführungen von Präsident Berg seien ein Bekenntnis zur größten Zielsetzung unserer Zeit, nämlich zu einer Neuordnung der gesamten Welt in einem wahrhaft christlichen Geist.

Kein Parlament und keine Regierung in der Geschichte der Völker hätte je vor so ungeheurer schweren Aufgaben gestanden wie das Bonner Parlament. Das habe der amerikanische Hohe Kommissar McCloy vor einigen Tagen mit allem Nachdruck unterstrichen. Das neue Deutschland, seine gesetzgebenden Organe, hätten ihre Aufgaben innerhalb eines Spannungsfeldes zu lösen, dessen Kapazität und innerer Gehalt vielleicht von einmaligem weltgeschichtlichem Ausmaß sei.

Der Zuversicht des Ministers Erhards stimme er insoweit zu, als er keinen Zweifel an der endgültigen Gestaltung des deutschen Schicksals habe. Aber man müsse sich darüber klar sein, weltpolitisch in einer Situation zu leben, in der die Frage von Sein oder Nichtsein der gesamten Menschheit mit einer noch niemals dagewesenen Brutalität zur Debatte stünde.

Wir als Deutsche könnten praktisch keinen Beitrag zu einer realistischen Entscheidung dieser weltpolitischen Situation leisten. Jedoch könnte Deutschland doch einen gewissen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens leisten durch eine fortschreitende innere Konsolidierung auf allen Gebieten unseres Lebens. Denn dieser Friede der Welt könne nur sichergestellt werden durch eine Durchsetzung der Welt mit abendländischem Kulturgut und abendländischem Geiste der Freiheit und der Anerkennung der Persönlichkeit und Würde des Menschen.

Dr. Köhler fuhr fort: „Wir müssen wahrhaft Realpolitiker werden. Ich glaube, für einen großen Teil von uns, der in den letzten Jahren politische Verantwortung getragen hat und heute noch trägt, in Anspruch nehmen zu dürfen, vor der Welt bewiesen zu haben, daß wir solches realpolitisches Denken nicht nur hegen und pflegen, sondern auch danach handeln und daraus aber auch den Anspruch ableiten können, daß die Umwelt dieses realpolitische Handeln würdigt und im Verhältnis uns gegenüber auf den entscheidenden Gebieten unseres Lebens die Konsequenzen daraus zieht.“ (Lebhafter Beifall.)

Präsident Berg habe mit seinen Ausführungen über die größte Gefahr, die der parlamentarischen Arbeit begegnen kann, nämlich daß sie sich in geistige Isolierung begeben, einen wahrhaft entscheidenden Punkt parlamentarischen Wesens getroffen. Geistige Isolierung beruhe nicht zuletzt auf starren Dogmen und übertriebener Betonung von Grundsätzen. In solchem Geiste wären die heutigen innerpolitischen Aufgaben nicht zu lösen. Wir brauchten auf allen Gebieten den Ausgleich unter dem Gesichtspunkt des Grundsatzes, die Dinge so zu nehmen, wie sie seien. Auf allen Gebieten des Lebens müßten wir die Konsequenzen aus einer hinter uns liegenden nationalen und in Wahrheit Weltkatastrophe ziehen. Dabei müßten wir das Menschliche in den Vordergrund stellen und in unseren Mitarbeitern den Menschen sehen. Wenn seine Auffassung von der unsrigen abweiche, müßten wir uns in Toleranz mit ihm auseinandersetzen.

„Vor einer Woche war der Gewerkschaftskongreß in München, der zur Bildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes führte. Dort habe ich gesagt, daß die Demokratie die Gewerkschaften schützt und umgekehrt die Gewerkschaften die Verpflichtung haben, Schützer der Demokratie zu sein. Dasselbe möchte ich heute in nicht minder gleichem Umfang sagen. Der demokratisch-republikanische Staat schützt genau so die Vereinigung des anderen Sozialpartners, die Organisation der Unternehmerschaft, die umgekehrt zu ihrem Teil wiederum Schützer des Staates und der Demokratie ist.“

Mit der heutigen Gründung sei ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan, um den inneren Ausgleich im Wirtschafts- und Sozialleben herbeizuführen, indem das wirtschaftliche und soziale System des balance of power vollendet wurde. Aus diesem Ausbalancieren könne der Ausgleich kommen. Er möchte wünschen, daß die gesamte deutsche Unternehmerschaft an der Schwelle der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder einmal am Beginn einer glanzvollen Epoche stünde, wie das zur Zeit der Hanse schon einmal der Fall gewesen sei.

„Ich wünsche von Herzen, daß sich der Geist, der aus den Ausführungen Ihres Herrn Präsidenten gesprochen hat, sich dahin dokumentiert, daß sich industrielle Initiative und unternehmerisches Schaffen paart mit staatspolitischem Denken und aus dieser Paarung eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung hervorgehen möge.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dr. Beutler

Einer Aufforderung des Herrn Präsidenten folgend möchte ich Ihnen in großen Zügen die Anlage der Arbeiten und die Arbeitspläne unserer heute errichteten Gemeinschaft darstellen.

Gestatten Sie mir zu diesem Thema zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen:

Der Ausschuß vertritt die Interessen der produzierenden Wirtschaft. Deren Gedeihen und Existenz hängt ab von der eigenen Leistung und von der schöpferischen Initiative der unternehmerischen Persönlichkeit.

Der Sinn unserer Organisation kann bei dieser Grundauffassung nur darin liegen, unternehmerischen Persönlichkeiten und den von ihnen vertretenen Wirtschaftszweigen den Apparat und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie bei ihrer Betätigung für das Gemeinwohl und für die gemeinschaftlichen Interessen benötigen. Es soll also nicht die Organisation als solche wirken, sondern die Organisation als Instrument von Persönlichkeiten.

Die mit der Geschäftsführung einer solchen Organisation Betrauten müssen sich, so glaube ich, dieser Zielsetzung ständig und mit höchster Gewissenhaftigkeit bewußt sein. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Öffentlichkeit nicht die Meinung der Syndici, sondern die Meinung der eigentlichen Träger der gewerblichen Wirtschaft erfahren will und erfahren muß.

Wir kennen die fatale Neigung aller Organisationen, Apparate zu werden, in denen die unpersönlichen Faktoren vorherrschen. So haben wir auch darüber zu wachen, daß die persönlichkeitsgetragene Lebensfülle nicht beeinträchtigt wird, von der das echte Leben und Wirken unserer Organisation abhängt.

Die Skepsis gegenüber allem Organisatorischen ist eine der gesunden Tendenzen, die sich gerade in der gewerblichen Wirtschaft erhalten hat. Die Vertreter der gewerblichen Wirtschaft haben den Kampf gegen die Bürokratisierung der öffentlichen Einrichtungen mit größtem Nachdruck geführt. Es würde den Sinn dieses Kampfes und seine Berechtigung in Frage stellen, wenn wir durch die Bildung einer wirtschaftseigenen Bürokratie die Fehler wiederholten, die wir an anderen kritisiert haben.

So ist es unsere Aufgabe, die Apparatur so klein wie möglich zu halten und im Vollzug der praktischen Arbeit stets ihrer Werkzeugeigenschaft bewußt zu sein.

Das ist eine der Voraussetzungen dafür, daß der Ausschuß schlagkräftig und schnell handelt.

Die andere Voraussetzung ist die richtige Gestaltung der Verfassung. Wir wissen, daß Verfassungen nicht konstruiert und erdacht werden können. Sie erhalten ihre lebendige Prägung im praktischen Vollzug. Wir haben aber schon durch die Anlage der Verfassung bewirken wollen, daß sich die Willensbildung der Organe unter Wahrung demokratischer Grundsätze schnell vollzieht.

Es war sehr schwer, hier einen richtigen Ausgleich zu finden. Die Notwendigkeit dazu wird uns auch in Zukunft vor schwierige Probleme stellen. Wir dürfen nämlich auf keinen Fall zu einem Zentralismus in sachlicher oder geographischer Beziehung kommen, weil sonst das regionale und fachliche Eigenleben der Mitglieder beeinträchtigt wird. Nur aus dem starken Eigenleben unserer Mitglieder ergibt sich aber die Lebens-

nähe unserer Arbeit und die Möglichkeit, eine Verbesserung, wie Wilhelm Röpke es ausdrückt, zu vermeiden.

Die Hauptarbeit der Geschäftsführung wird es sein, unter Berücksichtigung dieser Grundsätze die sachlichen Voraussetzungen für klare und schnelle Entscheidungen der durch Unternehmer besetzten maßgebenden Organe zu schaffen.

Dazu gehört in erster Linie die Erfassung des wirklichen Wirtschaftsverlaufs, die ständige Erkennung der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Tatsachen, ihr Wechselspiel mit der Praxis der einzelnen Unternehmen und die Reaktion der Wirtschaft im ganzen darauf.

Bei der Fülle des zu erfassenden Tatsachenmaterials stellt diese Aufgabe vor sehr große Schwierigkeiten. Auswahl und Bewertung erfordern den höchsten Grad von Objektivität und rationeller Überlegung. Diese erkennende Erfassung der wirtschaftlichen Realitäten wird eine sehr enge Verbindung mit der Wissenschaft und eine ständige Kontrolle durch wissenschaftliche Methoden erforderlich machen.

Das Tatsachenmaterial, das wir aufzubereiten haben, kann nicht auf die Statik und Bewegung der Wirtschaft beschränkt sein. Es müssen auch die anderen lebendigen Faktoren, wie sie in der Politik, in der öffentlichen Meinung, in der wissenschaftlichen Entwicklung, ja sogar in der Kunst zutage treten, in Betracht gezogen werden. Meines Erachtens läßt sich die objektive Tatsachenerfassung als Grundlage der notwendigen schnellen Entscheidung nur durch eine Kombination wissenschaftlicher Methoden und industriell-kaufmännischen Denkens und Fühlens bewerkstelligen.

Haben wir in dieser Weise die Grundlagen für die Beschlüsse und Handlungen unseres Bundes geschaffen, so ist es die weitere Aufgabe, die Ergebnisse den entscheidenden Stellen in geeigneter Weise so zuzuleiten, daß sie für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Stellungnahme der Industrie verwertet werden können. Dabei haben wir in erster Linie das Material auszusondern und beizusteuern, das aus der unmittelbaren industriellen Praxis kommt. Die öffentlichen Instanzen sind mit wirtschaftswissenschaftlichen Gedankengängen und politischen Überlegungen gut und ausreichend versehen.

Unsere besondere Aufgabe ist es, den maßgebenden Stellen die Schau auf den praktischen Wirtschafts- und Arbeitsverlauf nahezubringen. Das unterstreicht für uns die elementare Notwendigkeit, selbst lebensnah zu sein, denn als bürokratischer Apparat können wir diese von uns erwarteten Leistungen nicht bewirken.

Bei unserer Arbeitsgestaltung haben wir die sinnvolle Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Wirtschaft dergestalt aufzunehmen, daß Doppelarbeit aller Art vermieden wird und daß überflüssige, weil mehrfach vorhandene Apparaturen verschwinden.

Dies gilt insbesondere für unsere Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, mit denen wir weitgehende Verständigungen darüber bereits vorbereitet haben.

Für die Durchführung des wirtschaftspolitischen Gesprächs mit den Gewerkschaften müssen wir auch die sozialpolitischen Tatsachen miterfassen, wenn deren Vertretung nach außen auch nicht Gegenstand unserer Arbeiten ist.

Vor besondere Probleme stellt uns die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes. Auch auf diesem Gebiet werden Arbeitsmethoden und Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln sein, die bewußt in den Dienst der internationalen Verständigung, der europäischen Zusammenarbeit und der übernationalen Wirtschaftsentwicklung zu stellen sind.

Ein wesentlicher Teil unserer Arbeiten wird in den aus Unternehmern zusammengesetzten Ausschüssen erfolgen, die sich mit einzelnen wirtschaftlichen Sachgebieten zu befassen haben.

Wir haben diese Ausschubarbeiten bisher schon in großem Umfang durchgeführt. Dabei haben wir das folgende System angewandt:

Die der Geschäftsführung obliegende vorbereitende Sachbearbeitung für die Ausschüsse wurde auf die Geschäftsführung einzelner Mitgliedsverbände übertragen. Die Sachreferenten wurden also nicht in eine Spitzenapparatur hineingezogen. Diese Spitze befaßte sich vielmehr nur mit der Koordinierung und Leitung der Referate bzw. Ausschubarbeiten.

Das Verfahren war einfach, kostenvermeidend und hat sich als außerordentlich wirksam herausgestellt. Es hat in erheblichem Umfang auch zur Rationalisierung der Arbeiten der einzelnen Verbände beigetragen, die, auf die Arbeit des beauftragten Referenten gestützt, ihre eigene Tätigkeit auf den einzelnen Sachgebieten, soweit es sich nicht um enge fachliche Fragen handelte, vereinfachen konnten. Wir haben die Absicht, dieses System beizubehalten, um jedes Anwachsen der Apparatur zu vermeiden.

Aus dieser Methode ergibt sich als besondere Aufgabe der Gemeinschaftsorgane und der Geschäftsführung, die Arbeiten in Zukunft in stärkerem Maße zu koordinieren, zusammenzufassen und sie in Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik unserer Gemeinschaft zu halten.

Von den zahlreichen Ausschüssen, in denen die Hauptarbeit geleistet werden muß, möchte ich nur einige erwähnen, deren Tätigkeit von besonderer Bedeutung ist:

1. Der Außenhandelsausschuß.

Hier sind es drei Arbeitsgebiete, denen u. E. dieser Ausschuß seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß:

Das Außenhandels-Nachrichtenwesen, das Handelsvertragsbüro und die Probleme der Liberalisierung des internationalen Handels.

Ich brauche an dieser Stelle und in diesem Kreise kein Wort über die Bedeutung des Außenhandels zu verlieren. Eine der Voraussetzungen für das richtige Verhalten der Gesamtwirtschaft und der einzelnen Betriebe auf dem Gebiet des Außenhandels ist ein schnelles, objektives und umfassendes Nachrichtenwesen. Unser Nachrichtendienst in seiner heutigen Form erfüllt diese Bedingungen nicht. Der Aufbau eines eigenen deutschen Wirtschafts-Nachrichtendienstes ist eine der dringendsten Arbeiten. Sie kann nur in enger Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wirtschaft durchgeführt werden.

Von ebenso großer Bedeutung sind die Arbeiten des von uns mit anderen Kreisen der Wirtschaft gemeinschaftlich bereits eingerichteten Handelsvertragsbüros. Hier, wo die Wünsche der Exporteure aller Wirtschaftszweige und der Importeure zusammentreffen und miteinander abgestimmt werden, müssen für die staatlichen Stellen die Materialien erarbeitet werden, die die Grundlage für das Aushandeln und den Abschluß der Verträge bilden. Von hier aus werden wesentliche Beiträge auch zur Handelsvertragspolitik beigesteuert.

Die bisherige Methode der Handelsvertragsarbeiten war, gehemmt durch die JEIA, im höchsten Grade unbefriedigend und hat uns schwere wirtschaftliche Verluste eingetragen. Wir kennen nicht die Verbesserungen und Erleichterungen, die sich auf diesem Gebiete in den letzten Monaten ergeben haben. Daran hatte unser eigenes Handelsvertragsbüro einen sehr wesentlichen Anteil. Wir hoffen, durch eine Intensivierung seiner Arbeiten zu einer wesentlichen Verbesserung unserer Außenhandelsposition beitragen zu können. Hierbei wird uns ohne Zweifel auch die ständige Verbindung zu den privaten Wirtschaftskreisen der Partnerländer von Nutzen sein.

Die Probleme der Liberalisierung des internationalen Handels bedürfen einer besonders eingehenden Behandlung, um das von allen Einsichtigen erstrebte Ziel einer Befreiung des Warenaustausches von einzelstaatlichen Hemmungen aus dem Stadium der idealen Deklamationen zu einer praktischen Regelung zu bringen. Diese realistische Lösung setzt voraus, daß die Wirkungen, nicht zuletzt die sozialen Wirkungen, des Fortfalles irgendwelcher Hemmungen sich einigermaßen übersehen lassen. Das ist bisher nur ungenügend der Fall.

Es wird unsere Aufgabe sein, exakte Unterlagen zu erarbeiten, um die Liberalisierung des Warenaustausches zu fördern, jedoch so, daß wir Rückschläge aus unerwarteten Auswirkungen vermeiden. Derartige Rückschläge könnten dem Gedanken der Liberalisierung, von dem die Zukunft der europäischen und der Weltwirtschaft abhängt, Schädigungen zufügen, die wir für untragbar ansehen.

2. Der ERP-Ausschuß.

Der Außenhandelsausschuß wird sehr eng mit dem ERP-Ausschuß zusammenarbeiten. Welche Bedeutung wir diesem Problem zumessen, mögen Sie daraus erkennen, daß wir früher einmal die Absicht hatten, den ERP-Ausschuß zum Zentralpunkt unserer gesamten Arbeit zu machen.

Der Marshall-Plan kann nach unserer Auffassung nur wirksam werden, wenn er nicht von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung vollzogen wird, sondern wenn mit seiner Hilfe die Wirtschaft ihre freie Funktionsfähigkeit zurückgewinnt. Es muß der Wirtschaft ermöglicht werden, in eigener Tätigkeit und in freier Initiative die mit dem Marshall-Plan verbundenen Impulse produktiv zu machen.

Die seit langem von der Wirtschaft aller beteiligten Länder vorgebrachten Wünsche, zu diesem Zweck in stärkerem Maße

zu den Beratungen und Regelungen im Zuge des Marshall-Planes hinzugezogen zu werden, sind im Auslande durch die Einsetzung beratender Gremien bereits teilweise erfüllt worden. Wir hoffen, daß auch die deutsche industrielle Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem ERP-Ministerium in alle mit dem Marshall-Plan zusammenhängenden Arbeiten eingeschaltet wird.

3. Welchen Umfang unsere Vorarbeiten auf dem Gebiete der Ausschußbildung und Ausschußarbeiten bereits angenommen haben, mögen Sie erkennen, wenn ich Ihnen die schon bestehenden Ausschüsse und Referate nenne:

Rationalisierung, Finanz- und Währung, Recht, Steuern, Verkehr, Versicherungen, Wirtschaftswerbung und Messewesen, industrielles Rechnungswesen, Preisfragen und Berufsausbildung.

Wir werden Ihnen in nächster Zeit die bisherigen Ergebnisse dieser Arbeiten in einer Druckschrift vorlegen. Die schon vollzogenen Arbeiten werden die Grundlage für die von uns beabsichtigte Verstärkung und Erweiterung sein, die nunmehr nach Gründung unseres Spitzenorgans endlich möglich geworden ist.

Ein besonderes Arbeitsgebiet wird die Pflege der Beziehungen zur Öffentlichkeit sein. Wir wollen dadurch die Kontakte des Unternehmertums zu allen Kreisen der Öffentlichkeit, insbesondere zu allen Wirtschaftskreisen herstellen oder verbessern. Wir wollen der fruchtbaren Diskussion und der auch im öffentlichen Interesse liegenden Aufhebung aller Wirtschaftsfragen nützen, und wir wollen schließlich dadurch einen Beitrag zur Schaffung einer echten Sozialgemeinschaft leisten.

Dabei rechnen wir auf die verständnisvolle Mitarbeit aller Publizisten und Zeitungen, deren Arbeiten wir mit allen Kräften fördern und unterstützen werden.

Wenn ich zum Abschluß meiner Darstellung auf die Arbeiten zu sprechen komme, die mit der Förderung der wissenschaftlichen Forschung zusammenhängen, so geschieht dies, weil sich von hier aus ein weiterer Ausblick auf den Sinn und den Geist unserer Einrichtung ergibt.

Wir haben es u. a. als eine Aufgabe übernommen, dazu beizutragen, daß von der industriellen Wirtschaft her die Mittel aufgebracht werden, die erforderlich sind, um die Forschung und die wissenschaftliche Arbeit aufrecht zu halten und zu fördern.

Die Beratungen, die zu diesem Entschluß geführt haben, waren von einem hohen Geiste kultureller Verantwortung getragen. Man hat sich entschlossen, nicht nur die Zweckforschung und die Arbeiten zu unterstützen, die dem unmittelbaren Interesse der technischen Fertigung dienen. Die Männer der industriellen Wirtschaft wollen vielmehr bewußt damit der Grundlagenforschung, der universitas litterarum im weitesten Sinne dienen und so die Grundlagen unserer abendländischen Kultur festigen. Wir wissen, daß sie auf das äußerste bedroht sind durch das, was Walter Rathenau den „vertikalen Einfall der Barbarei“ genannt hat, die mit den Grundlagen der Kultur auch die empfindliche Blüte der industriellen Technik und Wirtschaft vernichtet.

Diese Aufgeschlossenheit für die kulturellen Aufgaben ist kennzeichnend für den Geist, der heute die unternehmerischen Persönlichkeiten beseelt. Es liegt im Sinne dieser Männer, wenn wir unsere Aufgabe nicht als einen Dienst nur für das Erwerbsstreben ansehen. Wir gehen vielmehr von der Erkenntnis aus, daß eine freie, auch vom Staat unantastbare Späre der persönlichen Betätigung, der schöpferischen unternehmerischen Tat gewährleistet sein muß, wenn die Reste unserer christlich-humanistischen Kultur nicht der Vernichtung durch totalitäre Systeme verfallen sollen. Darin liegt die Rechtfertigung unternehmerischen Handelns, aber auch die Verpflichtung zum sozialen Verhalten und zum Dienste an der sozialen Gemeinschaft.

Gestatten Sie mir, abschließend ein Wort von Wilhelm v. Humboldt anzuwenden: Das Resultat, das mit der heutigen Gründung vor Ihnen steht, ist an sich nichts. Wichtig sind die Kräfte, die es hervorgerufen haben und die Kräfte, die aus ihm entspringen.

Diesen wahrhaft zeitgemäßen Kräften, auf denen unsere Gründung beruht und den Persönlichkeiten, die Träger dieser Gedanken sind, zu dienen, sehen wir als unsere Berufung an. (Großer Beifall).

III.

Pressestimmen

In der Öffentlichkeit ist die Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen vielfältig vermerkt worden. Nachstehend geben wir eine Übersicht derjenigen Pressestimmen, die ihren Bericht mit einer besonderen Stellungnahme versehen haben.

Die Zeit

v. 20. Okt. 1949

Der Gesamtverband

Noch sind die formalrechtlichen Grundsteine nicht glatt verlegt, um auf ihnen schon heute endgültig den Neubau eines „Gesamtverbandes der deutschen Industrie“ zu errichten. Die Hohen Kommissare möchten noch einige Überlegungen über Umfang und Richtung ihres Einflusses anstellen, den sie auf die Bildung der Gesamtorganisation der deutschen Unternehmerwirtschaft ausüben wollen. Aber immerhin ist es nach langjährigen Vorarbeiten und Entwicklungen nun doch endlich so weit gekommen, daß am 19. Oktober in Köln ein „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ gegründet worden ist.

Stehen wir wieder vor der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Industrie? Diese Frage stellen, heißt, sie teils zu bejahen, teils zu verneinen. Wenn man in dem erstrebten Gesamtverband der deutschen Industrie die Spitzenorganisation der Unternehmerwirtschaft, und zwar der produzierenden Wirtschaft, sehen will, dann Ja; wenn man eine neue große Organisation mit zahllosen Geschäftsführern, Syndici und Unterabteilungen und eine Machtzusammenballung erwartet, dann Nein.

Die Männer, die das wahrlich nicht leichte Amt des Präsidiums übernommen haben — ein Platz von den sieben ist noch für die französische Zone offen gelassen —, werden nicht nur einem zeitlich wohl unbegrenzten Sperrfeuer von Intoleranz, klassenkämpferischer Dogmatik und Verunglimpfung ausgesetzt sein, sondern auch ständig für einen Direktbeschuß herhalten müssen. Wird es dann immer leicht sein, den großen Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden und wirklich das zu sein, was man will? Es ist keine Frage, auch nicht für die Gewerkschaften, daß ein Zusammenschluß der Spitzenverbände der produzierenden Wirtschaft notwendiger denn je wurde; eine Erkenntnis, die in den letzten Monaten rasch an Boden gewann. Alle möglichen mehr oder weniger dazu berufenen Stellen (einschließlich Katholikentag) äußern sich zu wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben jeder Art. Die Bundesregierung wird mit wissenschaftlichen Denkschriften und parteipolitischen Stellungnahmen überschüttet. Ideologien werden eimerweise in die Konferenzsäle getragen und Funktionäre jeder Zahl und Güte antichambrieren im Weißen Haus am Rhein und anderswo.

Das Gros der schaffenden Bevölkerung hat dabei zum Teil ausgezeichnete Vertreter. Sie sind klar organisiert und haben schlagkräftige Instrumente für Durchsetzung ihres Willens und ihrer Vorstellungen zur Hand. In München wurde jetzt die Einheit der Deutschen Gewerkschaften beschlossen und gefeiert. In Köln folgte die Konstituierung des Partners. Nunmehr kann Regierung wie Öffentlichkeit gegenüber in zusammengefaßter Form Meinung und Wunsch der Industriewirtschaft zum Ausdruck gebracht werden; nunmehr kann ein wirklich gemeinsamer Gedankenaustausch der Unternehmer mit dem Arbeitnehmer oder den Gewerkschaften über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen in Gang kommen. Wir sehen in dieser Teilaufgabe des künftigen Gesamtverbandes der deutschen Industrie einen Zentralpunkt, der über Erfolg oder Mißerfolg dieser Institution wesentlich mit entscheiden wird.

Und für diesen Abschnitt seiner Aufgaben hätten wir besondere Wünsche. Im Gründungsausschuß und im Präsidium lesen wir Namen unserer bekanntesten Industriellen. Jeder von ihnen hat bereits ein festes Bild im Urteil seiner Zeitgenossen. Viele werden sich beim Lesen über manche Männer vieles denken — gute und böse Worte, Hoffnungen und Zweifel werden aufkommen. Wir möchten zum Start dem Präsidium wünschen, daß ihm die sozialpolitischen Belange nicht eine Frage der Paragraphen des Tarifrechtes sein mögen, sondern eine Frage des Charakters, der Gesinnung und des Fortschrittes. Die echte Sozialpolitik beginnt, wo die Tarife und die Erfüllung nach dem Buchstaben des Rechtes aufgehört haben zu bestehen. Wir möchten weiterhin als Wunsch äußern, daß, wenn nun schon die Gesamtverbände die Mitglieder der neuen Gesamtorganisation werden, nicht die industrielle Bürokratie (die es auch gibt!), sondern die Unternehmerpersönlichkeiten den Ton in der Musik machen. Das heißt, alles was von dieser Stelle verlauten wird, muß den echten Pulsschlag der Praxis und des schöpferischen Gestaltungswillens der Einzelpersonlichkeit tragen.

Unser Wunschzettel geht noch weiter, wenn wir die einzelnen Namen der Gründer überfliegen: Bewahrt das deutsche Leben vor doktrinen Erklärungen, bewahrt es vor Ideologien, gebt ihm dafür in dem Ausgleich von Individuum und Gemeinschaft zündende Ideen und geht nicht mit sturen Vorsätzen an die

Arbeit, sondern mit Loyalität und Phantasie! Wir müssen die Gegensätze der Sozialpartner abtragen, denn im politischen Ernstfall des deutschen Lebens, und wir sind mitten im Ernstfall drin, sind Unternehmerschaft und Arbeiterschaft eine Gemeinschaft im Schicksal.

Als einen durchaus richtigen Entschluß darf man die Tatsache auffassen, das organisatorische Gebäude personell klein zu halten. Eine gewisse Personalunion mit dem Spitzenverband der Industrie- und Handelskammern wird die Gefahr der Doppelarbeit auf vielen Sachgebieten wie bei Steuern, in Rechtsfragen, im Außenhandel und anderen mehr auf ein Minimum zusammendrängen. Man hat schon die Meinung gehört, daß der neue industrielle Spitzenverband neben den Kammern im Grunde überflüssig sei. Aber man vergißt dabei, daß die Kammern zu 30 v.H. bis höchstens 45 v.H. aus industriellen Unternehmungen zusammengesetzt sind, da in ihnen ebenso die Kaufmannschaft und weitere Zweige der deutschen Wirtschaft erfaßt werden. Ein Erfahrungs- und Arbeitsaustausch in der Spitze erscheint uns daher von großem Nutzen.

Reichelt

Deutsche Zeitung u. Wirtschaftszeitung v. 26. Oktober 1949.

Die dritte Säule.

Zur Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen.

Der gewöhnliche Zeitungsverleger wird sich nicht viel unter einem „Ausschuß für Wirtschaftsfragen der Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsverbände der Industrie“ haben vorstellen können. Und er wird überrascht gewesen sein, als er erfuhr, daß dieser mehr als bescheidene Titel nicht weniger bezeichnet als das organisatorische Gebilde, das der Nachfolger des früheren „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ sein wird, und daß es 36 Spitzenverbände mit 50 000 bis 70 000 Einzelmitgliedern waren, die diesen Ausschuß in Köln (am provisorischen Sitz) ins Leben riefen. Bei der Gründungsversammlung ist die Bedeutung dieses Verbandes treffend gekennzeichnet worden durch die Bemerkung, daß es sich hierbei um die „dritte Säule“ der deutschen Wirtschaft handele. Die eine wird gebildet von den regional aufgebauten Industrie- und Handelskammern mit dem Deutschen Industrie- und Handeltag an der Spitze; die Einbeziehung der Kammern der französischen Zone findet in diesen Tagen statt. Die zweite Säule wird von den Arbeitgeberverbänden gebildet, die sich vor einiger Zeit die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände zur Spitze erkoren haben. Dazu ist nun die dritte Säule gekommen, und die weitere Absicht geht dahin, die drei Säulen, also die wirtschaftspolitische und politische Repräsentanz alles dessen, was man gern „die Wirtschaft“ nennt, nächstens unter einem gemeinsamen Dach zusammenzufassen.

Die Errichtung eines solchen Spitzenverbandes der Industrie (die seit Jahren versucht worden ist) wird niemand überraschen, der sich ein Bild von dem gesellschaftlich-organisatorischen Aufbau einer unter demokratisch-freiheitlichen Verhältnissen lebenden industriellen Volkswirtschaft machen kann. In allen Ländern der westlichen Welt gibt es solche Spitzenverbände, auch in England und den USA, und es wäre unverständlich, würden die Besatzungsmächte der politischen Spitze der Industrie versagen, was sie soeben den Gewerkschaften zubilligten. Aber daß es diese Fragestellung gibt, zeigt nicht nur, daß es sich bei dieser Gründung um ein Politikum ersten Ranges handelt, sondern es spiegelt auch etwas von den Resentiments wider, die manche Repräsentanten der deutschen Industrie in der jüngeren Vergangenheit gegen die Industrie in ihrer Gesamtheit geweckt haben. Präsident Fritz Berg, Altena i. W., hat am Gründungstage des Verbandes klug abgewogen formuliert, was die Industrie hierzu heute zu sagen hat: Die deutsche Industrie sei kein gesonderter Teil des deutschen Volkes, und sie unterliege daher auch nur dem Urteil, dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit unterworfen sein werde. Die Industrie nehme an der Gesamtverantwortung teil und trage sie mit. Auch das, was sonst noch nach draußen und drinnen vorgebracht wurde, zeigt, wie sorgfältig man sich bedacht hat, den offiziellen Wiedereintritt der Industrie in die politische Arena möglichst nach allen Seiten hin verständlich zu machen.

Es ist auch viel von Verantwortung gesprochen worden. Dr. Reusch hat unter anderem erklärt, daß sich der Verband davor hüten müsse, „Interessentenpolitik“ zu machen, wenn auch das Gedeihen der gesamten Wirtschaft erfordere, die „besonderen Interessen der produzierenden Wirtschaft“ mit aller Deutlichkeit

zu vertreten. Professor Erhard, von der Gründungsversammlung besonders freundlich begrüßt, betonte, daß die neue Institution desto besser, fruchtbarer und harmonischer sich in das öffentliche Leben eingliedern werde, je mehr sie ihre Aufgabe darin erblicke, nicht Interessenvertretung zu sein, sondern Hüterin und Wahrerin der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit. Man kann die Bedeutung solcher Überlegungen kaum überschätzen. Die Versuchungen, denen industrielle Spitzenverbände in der ganzen Welt ausgesetzt sind, heißen: Protektionismus und Nationalismus, die zugleich nahe Verwandte des Monopolismus sind. Gerade von einem deutschen Spitzenverband der Industrie wird man daher eine besondere Aufgeschlossenheit für alles das erhoffen müssen, was zum ökonomischen und politischen Fortschritt gehört, auf dessen wichtigstem Wegweiser heute „Europa“ steht.

Es gib nicht wenige Menschen, denen die Bildung großer, mächtiger Organisationen nicht nur aus politischen, sondern auch aus soziologischen Gründen Unbehagen bereitet. Was man nach manchen Erfahrungen mehr und erster bedacht sehen möchte, ist, daß das einzelne Unternehmen, der einzelne Unternehmer selbst nicht in zu viel Kollektivgebilden untergehe; die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer vor einiger Zeit (vgl. Nr. 81), hat einen Fingerzeig für das in der Industrie in dieser Hinsicht selbst vorliegende Streben gegeben. Der neugebildete „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ betrachtet sich nach einem Wort von Dr. Reusch als „Sachwalter der industriellen Unternehmer“ und er ist überzeugt, „daß eine gesunde Wirtschaft nur möglich ist, wenn die freie Initiative des schöpferischen Unternehmers sich entfalten kann“. Das ist gut so. Präsident Berg hat vor der Gründungsversammlung folgendes formuliert:

„Wir wissen alle, wie umstritten dieser Geist (des Unternehmertums) in der Allgemeinwertung ist und wie schwer wir täglich ihn behaupten und unter Beweis stellen müssen. Lassen wir uns dadurch nicht täuschen, daß dieser Geist im Augenblick durch die Gunst der Verhältnisse sozusagen zur Offensive übergegangen ist. Es ist im Augenblick populär geworden, von unternehmerischem Geist und seiner Initiative zu sprechen. Die Bevölkerungsbedrängnis unseres Vaterlandes wird dafür sorgen, daß unsere Stellung als Unternehmer ständig in der öffentlichen Diskussion und Kritik gehalten wird. Der Vorstellung der Armut steht diejenige des Besitzes gegenüber, und aus ihr entwickelt sich die Zwangsvorstellung seiner Überschätzung... Das deutsche Unternehmertum beruht auf der Tradition großer Familien und großer Gesellschaften. Es regeneriert sich aus diesen Kräften. Aber es erhält auch ständigen Blutzufuß aus der Verantwortung solcher Persönlichkeiten, die nicht durch Herkunft oder Besitz, sondern aus der eigenen Leistung in Rang und Stellung eines Unternehmers hineinwachsen. Vielleicht liegt gerade hierin das Geheimnis der Jugend bewahrt, das nach dem Kriege so eindrucksvoll im Wiederaufbau unserer Wirtschaft offenbar geworden ist.“

Man spürt aus solchen Bemerkungen, ein wie wichtiges Thema „schöpferisches Unternehmertum“ heute ist und in welche Zonen politischer Verantwortlichkeit es gerückt ist. Es wäre ein schöner Zweck des neuen Spitzenverbandes, würde er die Pflege echten Unternehmertums und der Bedingungen, unter denen es allein wachsen und existieren kann, vor allem der Wettbewerbswirtschaft, zu einer sozusagen inneren Aufgabe machen.

„Handelsblatt“ den 21. 10. 1949.

Gemeinsame Willensbildung.

Nach dreijährigen Bemühungen konnte jetzt durch die Gründung des „Ausschusses für Wirtschaftsfragen“ die Gesamtvertretung der industriellen Wirtschaftsverbände des Bundesgebietes geschaffen werden, die zwar noch nicht formell, aber praktisch die Spitzenorganisation der Industriewirtschaft darstellt. Mit dieser Gründung ist einem dringlichen Anliegen der deutschen Industrie Rechnung getragen worden, die damit endlich wieder über eine Plattform für die Gespräche verfügt, die für eine gemeinsame Willensbildung unerlässlich sind. Die neue Spitze der Industrieverbände wird die gemeinsamen Interessen der Industrie vertreten. Das kann und wird natürlich nicht bedeuten, daß eine enge Interessenpolitik betrieben werden soll. Wenn aber nun die Industrie wieder die Möglichkeit hat, ihre in gemeinsamer Aussprache erarbeiteten Auffassungen den zuständigen Stellen vorzutragen, so wird dabei sicherlich umgekehrt auch ein Bedürfnis des Staates befriedigt, da nunmehr in den die Industrie in ihrer Gesamtheit berührenden Fragen nicht mehr die einzelnen Wirtschaftsverbände getrennt bei den staatlichen Verwaltungsstellen vorzusprechen brauchen, wie auch durch die neue Spitzenorganisation den gesetzgebenden Organen das für ihre Entscheidungen unentbehrliche Material zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Notwendigkeit zu dem Zusammenschluß der Unternehmer auf der Bundesebene hat sich aber vor allem auch dadurch gege-

ben, daß — neben der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft als Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände — eine Gesamtvertretung der Industrie als Gesprächspartner unentbehrlich ist, nachdem sich auch die Gewerkschaften in der vergangenen Woche im Deutschen Gewerkschaftsbund auf trizonaler Basis zusammengeschlossen haben. Die neue Gesamtvertretung der Industrie wird sicherlich versuchen, den Gedankenaustausch mit den Gewerkschaften zu pflegen, und man kann nur hoffen, daß auch auf der Arbeitnehmerseite die Bereitschaft hierfür besteht. Daß es für solche Gespräche, wenn sie fruchtbringend sein sollen, auf beiden Seiten einer Gesamtvertretung bedarf, haben ja auch seit einiger Zeit die Besatzungsmächte erkannt und demgemäß ihre ursprünglich negative Einstellung zur Frage der Bildung einer unternehmerischen Gesamtvertretung revidiert.

Nach der Bildung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen ist die Organisation der Industrie in ihrer Spitze in drei Säulen gegliedert, denn neben der industriellen Gesamtvertretung stehen der Industrie- und Handelstag als Spitze der regionalen Gliederung, die alle Zweige der Wirtschaft umfaßt, und die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft als Dachorganisation der Arbeitgeberverbände. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen wird mit diesen beiden anderen Spitzenorganisationen eng zusammenzuarbeiten haben, wobei es zu einer klaren Abgrenzung der Aufgaben kommen muß, damit innerhalb der Selbstverwaltungsorganisation der Industrie jede Doppelarbeit vermieden wird.

Die Errichtung einer Gesamtvertretung der deutschen Industrie wird sich wahrscheinlich auch auf das Verhältnis zur Industrie des Auslandes auswirken. Will man mit ihr ins Gespräch kommen, um abgerissene Fäden wieder zu knüpfen, so bedarf es dazu einer deutschen Spitzenorganisation als Partner für die Spitzenverbände der Industrie, wie sie in fast allen anderen Ländern bestehen. Auf der Gründungsversammlung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen kam zum Ausdruck, daß sich die führende deutsche Unternehmerschaft zur europäischen Zusammenarbeit bekennt, in der man mit Recht die einzige Möglichkeit zur Rettung der abendländischen Kultur erblickt. Diese Bestrebungen zu fördern, wird daher ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Spitzenorganisation der industriellen Unternehmer sein. Wenn in Köln bei dem Gründungsakt die Auffassung vertreten wurde, daß die mit der Idee der europäischen Zusammenarbeit zusammenhängenden Fragen nicht nur von den Staatsführungen bearbeitet werden sollen, so kann man dieser Ansicht nur zustimmen. Der entscheidende Schrittmacher eines europäischen Zusammenwirkens kann nur die Wirtschaft sein, und von einer Zusammenarbeit der eigentlichen Träger der Erzeugung und der industriellen Praxis in den verschiedenen westeuropäischen Ländern müssen die Impulse hierzu ausgehen.

Eine Organisation ist zumeist nur dann wirklich schlagkräftig, wenn sie ihren Apparat so klein wie möglich hält und die Gefahr vermeidet, daß Organisation zum Selbstzweck wird. Dieses Prinzip wurde offensichtlich dem Aufbau der neuen industriellen Gesamtvertretung zugrunde gelegt. Die in Köln einstimmig angenommene Satzung sieht zwar insgesamt sieben Organe für den Ausschuß für Wirtschaftsfragen vor, doch sind die verschiedenen Aufgaben auf diese Organe offenbar so verteilt, daß ein Höchstmaß an Leistung erreichbar erscheint. Das Schwergewicht der Arbeiten dürfte bei den Ausschüssen liegen, da sich hier in der Zusammenarbeit der Unternehmer die erforderliche einheitliche Meinung auf den wichtigsten Sachgebieten zu bilden hat. Die Arbeit in diesen Ausschüssen mit wirklichem Leben zu erfüllen, ist die Aufgabe, die ihnen hierbei gestellt ist. Der nach so vielen vergeblichen Ansätzen nun endlich zustande gekommene Zusammenschluß der Unternehmer basiert völlig auf dem Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft. Er wird zu der Entfaltung der freien Unternehmerinitiative, ohne die eine gesunde Wirtschaft nicht denkbar ist, einen entscheidenden Beitrag zu leisten haben. Ihrer sozialen Verpflichtung wird sich die deutsche Unternehmerschaft dabei sicherlich stets bewußt bleiben.

Allg. Kölnische Rundschau

Nr. 147 v. 21. Oktober 1949.

Verbandslöwen?

Köln, 21. Oktober 1949

CD Die Gründung der industriellen Spitzenorganisation in dem „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“, aus dem der Bundesverband der Industrie erwachsen soll, ist auf der Kölner Sitzung reibungslos vollzogen worden. Mehr als 90% der produzierenden Wirtschaft haben sich am ersten Tag für die organisatorische Zusammenfassung der Wirtschaftsverbände in einer gemeinsamen Spitze ausgesprochen. Die großen Verbände von Eisen und Metall, von der Chemie, der Bau- und Textilindustrie haben sich um die Vorbereitungsarbeiten besonders bemüht, und so lag es auch nahe, daß aus ihren Reihen das Präsidium gebildet wurde. In der neuen Organisation erinnert nichts mehr an das Zwangsschema der organisatorischen Ausrichtung der Wirtschaft im Dritten Reich. Die Industrie hat sich vielmehr in

freier Erkenntnis der sachlichen Notwendigkeit zu einer gemeinsamen Spitze gefunden. Man sagt dem Deutschen zwar nach, daß er besonders verbandsfreudig wäre; aber in diesem Fall handelt es sich um die Beseitigung einer Organisationslücke im Aufbau der Wirtschaft.

Die Geschichte der Verbandsbildung bestätigt die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der gesamten Verbände. Schon vor mehr als hundert Jahren wurde der „Verein zu Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“ geschaffen, der damals in den Anfängen der Industrialisierung mitgeholfen hat, die bürokratischen Hemmnisse aus der Zeit des Merkantilismus zu beseitigen. Der Weg zu einer einheitlichen industriellen Organisation hat einen weiten Bogen über viele Versuche und auch Doppelgründungen gespannt, bis im Jahre 1919 endlich der Reichsverband der deutschen Industrie gebildet wurde. Auch in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens hat er bereits ein Großteil zur allmählichen Stabilisierung der deutschen Wirtschaft nach dem ersten Weltkrieg und zur Wiedereinschaltung in den Welthandel beigetragen. Sein Wirken ist nach außen hin mit dem Namen, Sorge, Duisberg, Kastl und Herle eng verbunden gewesen.

Auf den großen Tagungen des Reichsverbandes kam die führende Schicht der deutschen Industrie zusammen. Es liegt nahe, das erste allgemeine Treffen der Vertreter der westdeutschen Industrie in seinem äußeren Bild mit den Tagungen des Reichsverbandes zu vergleichen. Der heutige Rahmen ist kleiner und bescheidener als früher; aber an der jüngsten Veranstaltung haben wie einst die führenden Männer der größten Wirtschaftsverbände der Industrie teilgenommen. In privatem Gespräch dieser Tagung brauchte ein Teilnehmer das Wort, die „Verbandslöwen“ seien wieder vertreten. Es gehört zur Bedeutung und zum Sinn dieser großen industriellen Veranstaltung, daß die Wirtschaftsführer persönlich anwesend sind. Der Verlauf solcher Tagungen, vor allem, wenn es sich wie bei dieser um überwiegend formale und organisatorische Fragen handelt, gleicht einander sehr. Man eröffnet, begrüßt, erteilt das Wort, macht Vorschläge, debattiert, stellt fest, ob und welche Abänderungen der Anträge notwendig sind, und dankt. Anschließend erfolgt der programmatische Teil. Es gibt Virtuosen auf dem Gebiet des Verbandswesens. Diese „Verbandslöwen“ — das Wort soll man nicht spöttisch nehmen — tragen ihren Teil dazu bei, daß die Verhandlungen möglichst reibungslos verlaufen, und daß eine positive, praktische Arbeit geleistet wird. Sicherlich gibt es auch Vertreter in den Verbänden, die sich vorwiegend auf die Form beschränken; aber die Erfahrung lehrt, daß die Routiniers nicht in die verantwortlichen Posten der großen Wirtschaftsverbände vordringen.

Es muß unter den Unternehmern Männer geben, die sich neben ihrer Arbeit in den Betrieben auch für die gemeinschaftlichen Interessen ihres Wirtschaftszweiges und der gesamten Volkswirtschaft einsetzen. Für das eigene Werk ist die Betätigung als Verbandsmann vielfach ein wirtschaftlich kostspieliger Kräfteentzug; es hat trotzdem in der deutschen Unternehmerschaft früher und auch jetzt immer führende Männer gegeben, die sich dieser anstrengenden, Nerven beanspruchenden und Kosten verursachenden Tätigkeit unterzogen haben. Es gehört eine besondere Veranlagung dazu, und vor allem in hohem Maß an Verantwortung gegenüber der Gesamtheit. Die Unterschiedlichkeit von Unternehmertypen, je nachdem, ob sie nur den Blick für das eigene Werk haben und sich ganz auf diese Arbeit konzentrieren, oder ob sie darüber hinaus auch die gemeinsamen Angelegenheiten sehen und sich öffentlich dafür einsetzen, kommt beispielhaft in den Männern Paul Reusch und August Thyssen, beide aus dem Ruhrgebiet, deutlich zum Ausdruck. Reusch sah über seine Werksarbeit in der Gutehoffnungshütte das Gemeinschaftliche. So führte ihn seine Verantwortung und sein Mitempfinden für die gesamte Wirtschaft an die Spitze des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“. August Thyssen lag dagegen dieser Sinn für die Gemeinschaft nicht so sehr. Er sah in erster Linie sein Unternehmen und baute seine eigenen Werke aus. Wer ihn von dieser Arbeit ablenkte, war ihm höchst unwillkommen. Man kann nicht sagen, daß der eine Typ weniger wert ist als der andere; denn beide sind zum Gedeihen des Organismus der Wirtschaft notwendig.

Die jetzige Zeit verlangt dringend nach Männern, die sich in der Öffentlichkeit hinstellen und auf die Größe und Zwangsläufigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben in den nächsten Jahren hinweisen. Das ist keine angenehme Tätigkeit, und es ist leider üblich geworden, gerade diesen Männern Sonderinteressen und mangelndes soziales Verständnis zu unterschieben. Dennoch muß die Wahrheit gesagt werden. Zu wenig wird in der Öffentlichkeit berücksichtigt, daß unser Land als Rentempfänger lebt, und daß wir bis zum Jahre 1952 unsere wirtschaftliche Selbständigkeit wiedergewonnen haben müssen. Es ist zwar fraglich, ob das bei der politischen Spaltung des Landes, bei der Größe der Zerstörungen und der einseitigen Schichtung der Bevölkerung und der fehlenden Selbstbestimmung überhaupt

möglich ist. Dennoch muß alles geschehen, um das Ziel der wirtschaftlichen Selbständigkeit zu erreichen. Dem neuen Verband ist die schwerste Arbeit gestellt, die je ein Verband hatte, in der Zeit der wirtschaftlichen Gegensätze sowie der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit, den mühsamen Weg zur Konsolidierung zu zeigen.

Die Welt

v. 21. Oktober 1949, Nr. 173.

Gesamtverband der deutschen Industrie.

Als Ausschuß für Wirtschaftsfragen wurde in Köln von schon bestehenden 32 Industrieverbänden das Fundament für den geplanten Gesamtverband der deutschen Industrie gelegt. Nachkriegspolitik und Ideologie brachten es mit sich, daß diese notwendige Gründung etwas spät erfolgt und gewisse Punkte noch geklärt werden müssen. Es liegt nahe, von dem Gegenpol zu dem in München vor einer Woche aus der Taufe gehobenen Deutschen Gewerkschaftsbund zu sprechen. Aber dieser Vergleich gäbe ein grundsätzlich falsches Bild. Er ist auch schon deswegen falsch, weil sozialpolitische Probleme nicht zum Arbeitsbereich des geplanten Verbandes gehören. Sie wurden ja auch vor 1933 nicht vom Vorgänger des Gesamtverbandes, dem Reichsverband der deutschen Industrie, sondern von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wahrgenommen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie war eher ein Gegenpol zum Staat, hatte sich vorwiegend mit den staatlichen Stellen auseinanderzusetzen, wenn er die Belange der deutschen Industrie in wirtschaftspolitischen Fragen zu vertreten hatte. Der dabei von den maßgeblichen Persönlichkeiten des Reichsverbandes, wie Geheimrat Duisberg, Geheimrat Kastl und Dr. Herle, eingeschlagene Kurs war eher ein fortschrittlicher und liberaler als ein reaktionärer. Wenn immer in parteipolitischen Auseinandersetzungen scharf gegen die Industrie geschossen wurde, dann waren eher andere Verbände und Syndikat gemeint.

Dies liegt zum Teil darin begründet, daß die politische Stoßkraft industrieller Organisationen im Gegensatz zu den Gewerkschaften mit der Verbreiterung der Basis abnimmt, da die Interessenlagen der einzelnen Zweige zu unterschiedlich sind. Deswegen war vor dem ersten Kriege ein Gesamtverband noch nicht möglich, gab es damals den Zentralverband Deutscher Industrieller unter der Führung der Schwerindustrie und den Bund der Industriellen mit der verarbeitenden Ausführindustrie als Schwerpunkt. Nach 1918 hatten die einzelnen Verbände wie Maschinenbau und Langnamverein oft ein gewichtigeres Wort zu sagen, aber dennoch war die Gesamtvertretung durch den Reichsverband der deutschen Industrie zur Zeit der Weimarer Republik ein Fortschritt, weil die Gegensätze etwas ausgeglichen wurden, und die Industrie als Einheit auftreten konnte.

Die Nachkriegsnot, die gemeinsamen Sorgen, die die Probleme von einst als Bagatellen erscheinen lassen, werden die an sich gegebenen Interessengegensätze zurücktreten lassen. Die an den vorbereitenden Arbeiten maßgeblich beteiligt gewesenen Industrieführer — neben Persönlichkeiten, die schon vor 1933 bekannt waren, auch Kräfte der jüngeren Generation — lassen erwarten, daß die Arbeit des ehemaligen Reichsverbandes ihre sinngemäße, noch stärker auf gemeinsame Belange eingestellte Fortsetzung findet. Daß diese Arbeit nicht nur eine mühselige, sondern oft auch eine unerfreuliche sein wird, wird hoffentlich bei sachlichen Auseinandersetzungen nicht vergessen werden.

Es ist müßig, die Aufgaben aufzuzählen. Unter den wirtschaftspolitischen sind die der Ausfuhrförderung, der Steuerpolitik und der Wettbewerbsordnung, auch Antimonopolgesetz genannt, die dringlichsten. Von selbst ergibt sich der Abschluß dieses organisatorischen Neaufbaues der deutschen Wirtschaft durch ein Spitzenorgan zum Ausgleich aller Interessen, nicht nur der von Arbeitern und Unternehmern, sondern auch von Landwirtschaft und Industrie, Industrie und Handel, Produzenten und Verbrauchern. Eine Arbeitsgemeinschaft zur Besprechung sozialer Fragen könnte nicht genügen, erforderlich wäre ein umfassender Zusammenschluß, wie etwa in Form eines Wirtschaftsrates.

Der Volkswirt (Wirtschafts- und Finanz-Zeitung).

Nr. 43 — v. 28. Oktober 1949

Mit der am 19. Oktober in Köln erfolgten Gründung des „Ausschusses für Wirtschaftsfragen“ ist die seit langem weit über die eigenen Kreise hinaus erwartete Spitzenorganisation der westdeutschen Industrie wieder ins Leben gerufen worden. Die Beteiligten selbst haben in ihren wohlabgewogenen Reden kaum von der Vergangenheit gesprochen, und so blieb es Prof. Erhard vorbehalten, auf die gute Tradition der Neugründung hinzuweisen. Aber natürlich erinnerte sich jeder Teilnehmer der Veranstaltung der glanzvollen Zeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, an Namen wie Geheimrat Duisberg, Dr. Silverberg u. a. oder aus der Geschäftsführung

an Männer wie Geheimrat Bücher, Geheimrat Kastl und Dr. Herle. Wir möchten unsererseits anmerken, daß auch in der Nachfolgeorganisation der nationalsozialistischen Zeit die führenden Persönlichkeiten wie Dierig und Zangen und manche andere mit ihnen im gegebenen politischen Rahmen nach besten Kräften ihren Mann für Vernunft und Anstand gestanden haben.

Die Diskriminierung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, die nach dem Zusammenbruch in schärfstem Maße einsetzte und noch lange andauerte, ist wohl der Hauptgrund dafür gewesen, daß der organisatorische Zusammenschluß sich nur langsam, in auf das Jahr 1946 zurückgehenden Bemühungen, unter verschiedenen Zwischenstufen vollziehen konnte. Es ist allmählich Allgemeingut der öffentlichen Meinung geworden, daß diese Diskriminierung ein historisches Unrecht bedeutet. Der neugewählte Präsident Berg konnte daher der Zustimmung weitester Kreise sicher sein, wenn er dem tiefen Anteil der Industriellen an den noch verhafteten Kollegen, soweit es sich nicht um Verbrecher handele, Ausdruck gab und den Zeitpunkt in Aussicht stellte, zu dem man entsprechend dem Wechsel der menschlichen Erkenntnis zu den bekannten Verfahren noch einmal Stellung nehmen müsse.

Nunmehr kommt die neue Spitzenorganisation der westdeutschen Industrie, deren endgültige Gründung und Namensgebung nach Zustimmung der zuständigen Behörden man sich vorbehalten hat, gerade in dem richtigen Moment, in dem sich das politische und wirtschaftliche Leben wieder einigermaßen zu normalisieren beginnt. Sie ist nun allerdings auch zur dringenden Notwendigkeit geworden. Wie von allen Rednern mit Recht übereinstimmend betont wurde, ist nun einmal die industrielle Produktion die stärkste und wichtigste Grundlage des deutschen Wirtschaftslebens. Die Werte, die sie in dauernder qualitativer und quantitativer Steigerung schafft, sind der entscheidende Faktor für die Erhaltung und Ausgestaltung der materiellen Existenz des deutschen Volkes. Das gilt heute mehr und härter denn je.

Unter diesen Umständen kann die mitarbeitende Stellungnahme der zahlreichen Gruppen der Industrie bei allen Fragen der Wirtschaftspolitik kaum hoch genug eingeschätzt werden. Gerade die Mannigfaltigkeit erfordert aber, die Probleme, die allen gemeinsam sind, konzentriert und Arbeit und Zeit ersparend durch eine alle einzelnen Verbände umfassende Organisation zu behandeln. Aus der Fülle der sachlichen Aufgabengebiete zählte der erste Geschäftsführer Dr. Beutler als besonders wichtig auf die Außenhandelsfragen, insbesondere das Nachrichtenwesen, das Handelsvertragsbüro und die Probleme der Liberalisierung des internationalen Handels, bei welchem letzterem nicht zuletzt die sozialen Wirkungen des Fortfalles irgendwelcher Handelshemmungen sich übersehen lassen müßten. Weiter sei es notwendig, daß die Wirtschaft in die Durchführung und Fruktifizierung des Marshallplanes in eigener Tätigkeit und freier Initiative eingeschaltet werde. Es bestehen ferner bereits Ausschüsse und Referate für Rationalisierung, Finanzen und Währung, Recht, Steuern, Verkehr, Versicherungen, Wirtschaftswerbung und Messewesen, industrielles Rechnungswesen, Preisfragen und Berufsausbildung. Selbstverständlich ist die Pflege der Beziehungen zur Öffentlichkeit.

Besonders scharf wurde betont, daß der organisatorische Apparat so klein wie möglich gehalten und vor allem Schlagfertigkeit erstrebt werden soll. Die Organisation soll nicht als solche, sondern als Instrument von Persönlichkeiten wirken. Es ist selbstverständlich, daß eine so große und den wichtigsten Teil der gewerblichen Wirtschaft umfassende Organisation wie der neue Spitzenverband sich über die fachlichen Aufgaben und Interessen hinaus als Träger unternehmerischen Denkens und Handelns allgemein fühlt. Mit Recht hat Präsident Berg darauf hingewiesen, wie umstritten dieser Geist in der Allgemeinerwertung sei und wie schwer er täglich behauptet und unter Beweis gestellt werden müsse, und er hat davor gewarnt, sich dadurch täuschen zu lassen, daß dieser Geist im Augenblick durch die Gunst der Verhältnisse sozusagen zur Offensive übergegangen sei. Vielmehr müsse das deutsche Unternehmertum in der Zukunft erst recht eng zusammenstehen und dürfe auf keinen Fall durch falsche Vorstellungen und Auffassungen in seinen Organisationen aufgesplittet werden. Wir können an dieser Stelle bemerken, daß die vor kurzem gegründete Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer Herrn Berg absolut darin zustimmt, daß das deutsche Unternehmertum auf der Tradition großer Familien und großer Gesellschaften beruht und außerdem ständigen Blutzufuß aus der Verantwortung solcher Persönlichkeiten erhält, die nicht durch Herkunft und Besitz, sondern ausschließlich aus der eignen Leistung in Rang und Stellung eines Unternehmers hineinwachsen. Diese Feststellung schließt aber nicht aus, daß die Arbeitsgemeinschaft sich um die Herausarbeitung des Begriffs und Wesens und die Propagierung der Idee des Unternehmertums besonders bemüht und

neben dieser ideologischen Aufgabe die speziell gelagerten Interessen seiner Mitglieder, ohne alle Stützen gegen sonstige Kreise des Unternehmertums und in enger Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen, soweit diese dasselbe tun oder wollen, vertritt. Eine klare Aufgabenabgrenzung in der Praxis ist allerdings hier ebenso erwünscht, wie sie zwischen der neuen industriellen Spitzenorganisation, den Industrie- und Handelskammern und der sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft als dem Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände bereits gefunden ist oder erwartet wird.

Besonders wichtig ist die Aufgabe für die neue Organisation, mit den zahlreichen erschienenen Gästen aus Politik, Regierung und Verwaltung einen besonders herzlichen Gruß erhielt und einen Dank für die kühne Hand, mit der er die deutsche Wirtschaft aus der wirtschaftspolitischen Verstrickung der ersten Nachkriegsjahre in die sozial gebundene Freiheit überführt habe. Über dieses wirtschaftspolitische und, wir möchten sagen, ethische Verdienst hinaus kommt, das möchten wir bei dieser Gelegenheit einmal von uns aus im Hinblick auf das parlamentarische Kulissengetriebe in Bonn bemerken, Prof. Erhard noch ein entscheidendes innenpolitisches Verdienst zu. Wenn die Wahlen des 14. August mit einem klaren Siege der nichtsozialistischen Parteien geendet haben, so ist das an erster Stelle die Auswirkung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik Erhards und seiner klaren Parolen, die er, im Grunde ein Liberaler, speziell zugunsten der CDU in die Waagschale geworfen hat.

Es ist nicht mehr als recht und billig, daß Prof. Erhard unter den zahlreich erschienenen Gästen aus Politik, Regierung und Verwaltung einen besonders herzlichen Gruß erhielt und einen Dank für die kühne Hand, mit der er die deutsche Wirtschaft aus der wirtschaftspolitischen Verstrickung der ersten Nachkriegsjahre in die sozial gebundene Freiheit überführt habe. Über dieses wirtschaftspolitische und, wir möchten sagen, ethische Verdienst hinaus kommt, das möchten wir bei dieser Gelegenheit einmal von uns aus im Hinblick auf das parlamentarische Kulissengetriebe in Bonn bemerken, Prof. Erhard noch ein entscheidendes innenpolitisches Verdienst zu. Wenn die Wahlen des 14. August mit einem klaren Siege der nichtsozialistischen Parteien geendet haben, so ist das an erster Stelle die Auswirkung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik Erhards und seiner klaren Parolen, die er, im Grunde ein Liberaler, speziell zugunsten der CDU in die Waagschale geworfen hat.

Mit dem Präsidenten Fritz Berg ist ein Einzelunternehmer aus der eisenverarbeitenden Industrie an die Spitze der neuen Organisation getreten. Er hat von Anfang an im Vordergrund der Bemühungen um den Zusammenschluß gestanden. Im übrigen haben sich um die Gründung Persönlichkeiten aus den verschiedensten Industrien, wie Alexander von Engelberg für die Gruppe Steine und Erden, F. R. Linsenhoff für die Bauindustrie, W. Alexander Menne für die chemische Industrie, Karl Neumann und Otto Vogel für die Textilindustrie und ganz besonders Hermann Reusch, der Leiter der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall, verdient gemacht. Die Zusammensetzung des Präsidiums und des Vorstandes läßt erwarten, daß die mannigfachen Zweige der Industrie immer enger zusammenwachsen, soweit es um die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben geht. Schließlich darf man der Hoffnung Ausdruck geben, daß nach Klärung bestimmter grundsätzlicher struktureller Fragen, die allerdings zur Zeit noch nicht abzusehen ist, auch die eigentliche Schwerindustrie, d. h. Kohle und Eisen, eines Tages wieder zur industriellen Spitzenorganisation der Unternehmer gehören werden.

Nordwestdeutscher Rundfunk Köln. Gestern wurde in Köln der Ausschuß für Wirtschaftsfragen industrieller Verbände als Vorläuferin des zukünftigen Bundesverbandes der Industrie gegründet. Sie hören im Wirtschaftsfunk einen Bericht hierüber von Dr. Volkmar Muthesius.

Ausschuß für Wirtschaftsfragen nennt sich eine Gründung, die am 19. Oktober in Köln vollzogen worden ist. Der Laie kann mit dieser bescheidenen Bezeichnung nicht allzuviel anfangen. Schon wieder eine neue Instanz, schon wieder ein neues Gremium — haben wir denn noch nicht genug Bürokratie, auch in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung? Wir haben die Industrie- und Handelskammern, wir haben die Arbeitgeberverbände, und wir haben die Fachorganisationen, jeder Industriezweig hat seinen Verband, seine Wirtschaftsvereinigung oder wie immer diese Organisationen heißen mögen. Und noch etwas Neues zu all dem schon vorhandenen?

Aber ein solcher Eindruck von dem, was sich am Mittwoch in Köln abgespielt hat, wäre doch wohl voreilig und falsch. Nicht weniger als vier Minister waren am Abend aus Bonn herübergekommen, der Vizekanzler Blücher, der Wirtschaftsminister Professor Erhard, der Verkehrsminister Seebohm und der Arbeitsminister Storch, ein vierblättriges Kleeblatt, das der westdeutschen Industrie hoffentlich alles Glück bringen wird, das sie sich selber wünscht. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen industrieller Verbände — so heißt der vollständige Titel der neuen Organisation — ist gewissermaßen der Vorläufer eines kommenden Bundesverbandes der Industrie. Er ist also ein Interessenverband, eine ausgesprochene Inter-

essenvertretung, das Sprachrohr von 40 Wirtschaftsverbänden, die ihrerseits ungefähr 50 000 Industrieunternehmen repräsentieren. Eine Interessenvertretung kommt leicht in den Geruch, Interessenpolitik zu machen, und es ist deshalb kein Wunder, daß am Beginn der Kölner Veranstaltung die Versicherung stand, ausgesprochen von Hermann Reusch, der die Vorarbeiten für diese neue Verbandsgründung geleitet hat, die Versicherung, daß der Ausschuß für Wirtschaftsfragen nicht Selbstzweck sein, sondern seine Aufgaben allgemeinnwirtschaftlich auffassen solle. Das schließt nicht aus, daß eine industrielle Interessenvertretung zunächst einmal an das unternehmerische Ziel denkt, das sie allerdings weit fassen und universell verstanden wissen will. Die Interessen der produzierenden Wirtschaft sollen vertreten und sozusagen gebündelt an die Organe des Staates und der Verwaltung herangebracht werden, so ungefähr wurde es auf der Kölner Veranstaltung formuliert, und der Minister Professor Erhard sagte dazu, je rationeller und ergiebiger die Industrie ihre Aufgaben erfülle, und je marktgerechter sie arbeite, desto mehr dienen sie nicht nur den eigenen Interessen, sondern auch der Gesamtheit der Volkswirtschaft. Zur rationellen Arbeit in diesem Sinne gehört es freilich auch, daß nicht jede einzelne Industrie Wirtschaftspolitik betreibt und daß nicht die Syndizi von Dutzenden von Fachverbänden die Regierungsstellen belagern und mit ihren Wünschen und Vorschlägen überfluten. Der alte Reichsverband der deutschen Industrie, der vor 1933 und auch in den ersten darauffolgenden Jahren gute Arbeit geleistet hatte, der aber in der nationalsozialistischen Zeit mehr und mehr an die Wand gedrängt und schließlich von der amtlichen Organisation der Rüstungsindustrie überhaupt weitgehend ausgeschaltet worden war, stellte einen solchen Filter der Interessenvertretung dar, und etwas ähnliches will sich die Industrie nun von neuem schaffen. Gewissermaßen die Keimzelle der neuen Organisation ist die Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall in Düsseldorf gewesen, in der sich schon seit einiger Zeit eine Anzahl von Verbänden der eisenverarbeitenden Industrie zusammengefunden hatte, so zum Beispiel die Fabrikanten von Drahterzeugnissen, aber u. a. auch die elektrotechnische Industrie und einige andere Zweige. Bei den Vorarbeiten für die Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen haben sich dann andere Zweige gewissermaßen an die Keimzelle herankristallisiert, und wenn man sich die Besetzung des Präsidiums ansieht, so stößt man auf bekannte Namen aus den verschiedenen Zweigen der industriellen Unternehmerschaft. Zum Präsidenten gewählt wurde ein Mann der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, Fritz Berg aus Altena, und die Vizepräsidenten stellen die Chemische Industrie und die Textilindustrie in Gestalt von Alexander Menne und Otto Vogel, der erstgenannte aus der westfälischen chemischen Industrie, der zweite aus der Augsburger Textilindustrie kommend. Weiter sind im Präsidium vertreten die Industrie der Steine und Erden durch den Zementindustriellen Alexander von Engelberg aus Wiesbaden, der Maschinenbau durch Herrn Möllenberg aus Bochum, die Kautschukindustrie durch Herrn Linsenhoff aus Frankfurt und die Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall durch Hermann Reusch. Hermann Reusch könnte man vielleicht gleichzeitig eine Art Verbindungsmann zu den großen Industriegruppen sehen, die vorläufig noch nicht mit von der Partie sein können, nämlich zur Schwerindustrie, zu Kohle und Eisen. In diesen Industrien sind ja die Besitzverhältnisse und zugleich auch die organisatorischen Voraussetzungen zur Zeit noch vollkommen ungeklärt. Auf die Dauer kann es sich aber natürlich ein Bundesverband der westdeutschen Industrie, wie er über kurz oder lang aus dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen hervorgehen soll, nicht leisten, die Grundstoffindustrien außerhalb seines Wirkungskreises zu sehen, ganz einerlei, wie die Entscheidungen aussehen werden, die früher oder später über das unternehmerische Schicksal von Kohle und Eisen gefällt werden müssen.

Wenn man sich nun die Frage stellt, was ein Bundesverband der Industrie an konkreten Aufgaben zu bewältigen haben wird, so scheidet natürlich zunächst einmal all das aus, was die bereits bestehenden Organisationen zu verantworten haben, vor allem also die Sozialpolitik. Lohnpolitik und alles andere was in dieses Kapitel gehört, ist nicht Sache einer Gesamtorganisation der Industrie, wie sie jetzt im Entstehen gegriffen ist. Aber auch die Gewerkschaften beschränken sich ja in ihrer Tätigkeit durchaus nicht auf das Gebiet der Löhne und verwandte Fragen, sondern sie wollen ja auch Wirtschaftspolitik betreiben, sie befassen sich mit dem Problem der Sozialisierung, mit der Frage, ob wir planwirtschaftlich denken und arbeiten sollen, in welchem Verhältnis der Staat zur Wirtschaft stehen soll, ob die Produktion auf dem Wege über Wettbewerbspreise durch den Wunsch des Verbrauchers gesteuert werden oder ob eine Behörde angeben soll, was produziert werden muß und

was dergleichen Fragen mehr sind. Wenn die Unternehmer, die leitenden Männer der Industrie, hierzu etwas zu sagen haben, so ist dies von ihrem Standpunkt aus sicherlich genau so wichtig wie alles, was die Gewerkschaften vorzubringen haben, und man kann es der Industrie schließlich auch nachfühlen, daß sie sich in der Öffentlichkeit kein geringeres Echo wünscht, als es die andere Seite hat. Es wird freilich nicht immer ganz leicht sein, die Interessen der verschiedenen Industrien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Gerade die Tatsache, daß eine solche umfassende Interessenvertretung notwendig ist, ist ja an sich schon Beweis genug für die Buntheit und Verschiedenartigkeit der industriellen Anschauungen und Wünsche. Die Gewerkschaften haben es in dieser Hinsicht vielleicht etwas leichter, aber gerade aus diesem Grunde ist es umso begreiflicher, daß man unter den Industriellen gern den Zustand beendet sehen möchte, in dem es kaum eine Möglichkeit gab, die Öffentlichkeit und die Staatsorgane wissen zu lassen, was die industriellen Unternehmer über die Wirtschaftspolitik denken. Professor Erhard hat sich auf der Kölner Veranstaltung einen Sänger der menschlichen Freiheit genannt, hat aber gleich hinzugefügt, daß wir uns im Zeitalter der Demokratie auch im Zeichen der Koalitionsfreiheit befinden und daß es in seinen Augen nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit sei, wenn sich die Industrien endlich in einer Form zusammengefunden haben, die er auch deshalb begrüße, weil die Arbeit eines Ministeriums und einer Verwaltung befruchtet und gefördert werde, wenn die großen Träger unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens einen letzten Ausdruck und eine letzte Spitze finden. Professor Erhard fühlt sich dabei offenbar gewissermaßen neutral, denn er hatte auch an der Tagung in München teilgenommen, wo der einheitliche Gewerkschaftsbund gegründet worden war, und er kam dann nach Köln, wo die industriellen Unternehmer sich jetzt ein Organ geschaffen haben, das ja vor allem auch als Gesprächspartner gegenüber der organisierten Arbeiterschaft zu dienen haben wird. An Gesprächsstoff wird kein Mangel sein. Zu allem, was vorhin schon genannt wurde, tritt als eine besonders problematische Angelegenheit die Kartellfrage, ein schwieriges Kapitel, zu dem man hoffentlich recht bald eine Stellungnahme der industriellen Unternehmerschaft zu hören bekommen wird. Wenn auch auf diesem Gebiete die Interessen gewissermaßen gebündelt und damit außerhalb des Bereichs reiner Interessenpolitik gehoben werden könnten, so würde dies ein besonderes Verdienst des zukünftigen Bundesverbandes der Industrie sein. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß dieser Bundesverband kein Verein in dem Sinne sein wird, daß ihm die einzelnen Industriellen als Mitglieder angehören, sondern daß er gewissermaßen ein Dach über den bestehenden einzelnen Verbänden darstellen wird. Seine Gründer werden die Wirtschaftsvereinigungen sein, womit zugleich gesagt wird, daß die Filtrierung der Interessen, von der ich sprach, sozusagen eine besonders reine Essenz hervorbringen kann. Natürlich werden alle industriellen Unternehmer den Wunsch haben, daß dieser Mechanismus der Filtrierung rationell arbeitet, das heißt mit niedrigem Aufwand an personellen und sachlichen Kosten. Das ökonomische Prinzip, einen hohen Effekt mit geringem Aufwand zu erzielen, muß auch hier zur Anwendung gelangen. Geschieht dies, so braucht man sich keine Sorge zu machen, daß der neue Verband gewissermaßen nur eine Bestandsvermehrung auf dem Gebiete des Organisationswesens darstelle, eine weitere Form des bekannten deutschen Hanges zum Institutionalismus, sondern dann wird sie eine Bereicherung unseres wirtschaftlichen Lebens darstellen können.

Freies Volk

Zentralorgan der KPD, Nr. 44, v. 21. Oktober 1949.

Ein neuer „Reichsverband der Industrie“

Gründung unter warmer Anteilnahme der westdeutschen Regierung — Gewerkschaften sind alarmiert.

Köln, 20. Okt. (Eig. Bericht.) Unter der bescheidenen Bezeichnung „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ hat sich am Mittwoch in Köln unter Ausschluß der Öffentlichkeit der neue „Reichsverband der deutschen Industrie“ konstituiert. Die Vorsitzenden von 36 Wirtschaftsverbänden und Arbeitsgemeinschaften gaben diese Gründung durch ein Kommuniqué bekannt. Sie vertreten die Auffassung, daß sie einer besonderen Genehmigung der Hohen Kommissare nicht bedürfen, sondern daß die Genehmigung lediglich der deutschen Zuständigkeit unterliegt.

Dieser Genehmigung können sie gewiß sein, denn an der Gründungsversammlung des Industrieverbandes nahmen u. a. Vizekanzler Blücher, Wirtschaftsminister Professor Erhard, Arbeitsminister Storch und Bundesratspräsident Dr. Köhler teil. Professor Erhard begrüßte in warmen Worten

die Gründung des Ausschusses und sprach offen aus, daß er eine besondere Neigung zur Industrie empfinde.

Der Präsident des neuen „Reichsverbandes“, Fabrikant Fritz Berg (Altena), wies darauf hin, daß die Unternehmer sich jetzt auf drei Säulen stützen könnten. Nachdem die Industrie- und Handelskammern und die Arbeitgeberverbände bereits auf trizonaler Basis aufgebaut worden seien, könne jetzt die Schaffung dieses Industrie-Ausschusses als Schlußstein bezeichnet werden.

Von gewerkschaftlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dieser Dreiteilung um einen alten Trick der Unternehmer handele, die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner auszuschließen. Der DGB solle lediglich mit dem Arbeitgeberverband verhandeln dürfen, während in den Industrie- und Handelskammern und innerhalb der Wirtschaftsvereinigungen, dem jetzigen „Reichsverband“, das Unternehmertum ungestört seinen Interessen nachgehen kann. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß die Ablehnung des Gesetzes über die Wirtschaftskammern durch die Militärregierung zeitlich mit der Bildung dieses neuen „Reichsverbandes“ zusammenfällt.

Anteilnahme mit Kriegsverbrechern

Dem „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ gehören u. a. der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Textil, Otto Vogel, der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Chemie, Dr. W. A. M e n n e, und Dr. Hermann R e u s c h jun. an. Der Präsident, Fabrikant Fritz Berg, gab zu bedenken, daß „viele unserer Freunde aus der Industrie, mit denen uns tiefe Anteilnahme verbindet, noch der Strafvollstreckung (wegen Kriegsverbrechen, d. Red.) unterliegen. Es wird der Zeitpunkt kommen, an dem wir zu den vielen Verfahren, durch die deutsche Industrielle abgeurteilt worden sind, noch einmal Stellung nehmen müssen.“

Der Tagesspiegel

Unabhängige Berliner Morgenzeitung, v. 25. Oktober 1949.

Der industrielle Partner.

Von unserer Düsseldorfer Redaktion.

C. Zusammenschlüsse irgendwelcher Art, an denen die Schwerindustrie beteiligt war, pflegten von jeher das Mißtrauen weiter Kreise wachzurufen. Obwohl sich bei dem in Köln diskutierten Gesamtverband der deutschen Industrie Kohle und Eisen offenbar starker Zurückhaltung befleißigten, wird die Gründung dieser industriellen Spitzenorganisation von der Öffentlichkeit kritisch betrachtet. Hierfür sind zunächst rein äußere Gründe maßgebend, die die Wegbereiter des neuen Dachverbandes leicht hätten vermeiden können. Man hat den Aufbau der Vorbereitungen in ein recht geheimnisvolles Dunkel getaucht, und selbst am Tage der Gründung in Köln durften nur wenig eingeladene Vertreter der Presse Zeugen dieses immerhin recht bedeutsamen Schrittes sein. Es ist deshalb nur verständlich, wenn auf Grund eines so deutlichen Ausschlusses der Öffentlichkeit Unklarheiten und Schwierigkeiten vermutet werden, die durchaus sachlicher Natur sein können und kaum zu einer Diskriminierung der zur Debatte stehenden Materie Veranlassung geben sollten. Ein Zusammenschluß bestimmter Interessengruppen hinter verschlossenen Türen gibt den wenig Wohlmeinenden reichlich Stoff, die Neugründung und ihre Ziele von vornherein zu verurteilen. Es dürfte gerade in Kreisen der Eisenindustrie, die in dieser Beziehung so oft angefeindet wurde, nicht unbekannt sein, daß mit solchen Methoden nahezu von selbst eine der Sache durchaus schädliche Atmosphäre geschaffen wird.

Wenn von einer gewissen Presse die Neugründung als ein Werk des als besonders reaktionär angeprangerten Dr. Hermann Reusch bezeichnet wird, muß die Zusammensetzung des Vorstandes diese Kritiker allerdings enttäuschen. Reusch hat es vorgezogen, nicht selbst in den Vorstand einzutreten, entsprechend der oben bereits angedeuteten Tendenz, Kohle und Eisen nicht als Repräsentanten des neuen Verbandes erscheinen zu lassen. Daß Reusch aber doch an dem Aufbau der Spitzenorganisation beteiligt ist, geht aus seinem Referat hervor, das er auf der Kölner Tagung hielt und das als einzige Zeitung das Kölner CDU-Blatt im Wortlaut zu veröffentlichen in der Lage ist: „Der Zweck der Spitzenorganisation“, so sagte Hermann Reusch, „ist, eine geschlossene, möglichst alle Wirtschaftskreise umfassende schlagkräftige Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der industriellen Unternehmer zu schaffen.“ Daß es dabei nicht gelungen ist, auch die Einzelunternehmer auf dieser Basis zusammenzuschließen und in den Dachverband einzureihen, scheint nicht auf dem Programm der Gründer gestanden zu haben. Über die Notwendigkeit des Spitzenverbandes erklärte Dr. Reusch: „Für die Industrie ist es von größter Bedeutung, die Möglichkeit zum Meinungsaustausch zu haben und zu einer gemeinsamen Stellungnahme in denjenigen Fragen zu kommen, die alle Wirtschaftszweige in gleicher Weise angehen. Es liegt auch im Interesse einer Ra-

tionalisierung der Verbandsarbeit, wenn man zu einer solchen Zusammenfassung schreitet. Auch einem Bedürfnis des Staates und besonders der Ministerien, die mit Wirtschaftsfragen befaßt sind, muß eine solche zentrale Zusammenarbeit entsprechen.“

Reusch wußte im Verlauf seiner Ausführungen noch zahlreiche Faktoren anzuführen, die für den Zusammenschluß von Bedeutung sind und die auch bereits von uns anlässlich einer Vorbesprechung gewürdigt wurden. Wieweit die neue Organisation dem Reichsverband der deutschen Industrie aus der Zeit vor 1933 nahekommen wird, dürfte sich erst nach seiner endgültigen Konstituierung, die nach den jüngsten Verlautbarungen noch bis Mitte nächsten Jahres auf sich warten lassen wird, zeigen. Von Gewerkschaftskreisen wurde vor kurzem darauf hingewiesen, daß man es befürworte, einen Verhandlungspartner auf Bundesbasis zu erhalten. Wahrscheinlich aber wird der Gesamtverband der deutschen Industrie sich nicht mit sozialpolitischen Problemen befassen. Diese Fragen würden Anlaß genug gewesen sein, in einer Konferenz der Öffentlichkeit und der von ihr beauftragten Presse völlige Klarheit zu geben, damit jegliche Zweifel vermieden werden.

Westdeutsche Zeitung

General-Anzeiger f. Bonn u. Umgebung, v. 20. Oktober 1949.

Ausschuß unter Ausschuß.

Gestern erfolgte in Köln der Zusammenschluß der Wirtschaftsverbände zu einem Bundesverband der deutschen Industrie, der, um nicht schon durch die Namensähnlichkeit mit der psychologischen Erbmasse des früheren Reichsverbandes der deutschen Industrie belastet zu werden, vorläufig schlicht „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ heißen soll. Es lag im Sinne der Besatzungsmächte, die westdeutsche Unternehmerschaft wieder in eine Dachorganisation zu sammeln, um hierdurch einen Verhandlungspartner nicht nur für regionale Probleme, wie sie ja in den Industrie- und Handelskammern vorhanden sind, oder für reine Tarifprobleme und sozialpolitische Fragen, wie sie die Arbeitgeberverbände repräsentieren, sondern für alle wirtschaftlichen Fragen zu erhalten, vom Kredit bis zum Verkehr, vom Außenhandel bis zur Wirtschaftswerbung.

Es war ferner seit Jahr und Tag auch der Wunsch der Gewerkschaften, also des zweiten Partners am Sozialprodukt, in seinen Bestrebungen um das wirtschaftliche Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht einem einzigen, voll dispositionsberechtigten Kontrahenten gegenüberzustehen. Diese Absicht wird sofort verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die in den Gewerkschaften heute organisierte Arbeitnehmerschaft nicht nur Lohnfragen zu erörtern begehrt, sondern im Bewußtsein ihres Anteils am Sozialprodukt auch in allen anderen Wirtschaftsfragen einen entsprechenden Einfluß auszuüben wünscht. Vielleicht — wir sagen vielleicht — ist hierin auch die Ursache zu sehen, daß sich die Unternehmerschaft vorläufig in dreigeteilter Vertretung wohler oder zumindest unangreifbarer hält.

Wir möchten an dieser Stelle vorausschicken, daß wir grundsätzlich jede organisatorische Zusammenfassung zum Zwecke einer rationelleren und raumgreifenderen Bewältigung der Probleme begrüßen. Es wurde uns anlässlich unserer Teilnahme an dem Zusammenschluß der Gewerkschaften wieder besonders deutlich bewußt, wie der Weg von der Vielfalt zur Einheit auf der Weg von der Kleinheit zur Größe ist. Und wir glauben nur zu genau zu wissen, wie sehr unser Land in diesen Jahren, zumindest auf dem breiten Sektor der Wirtschaft, einer Zusammenfassung aller Kräfte bedarf. Wir stehen also auch einem westdeutschen „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ grundsätzlich bejahend gegenüber, frei von allen unfreundlichen Gedankenverbindungen mit längst Vergangenen, nur von der Hoffnung erfüllt, auch in diesem Instrument eine Waffe im deutschen Schicksalskampf gegen die Not sehen zu dürfen.

Wenn wir uns trotzdem schon anlässlich des Startes mit diesem „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ sehr kritisch auseinandersetzen müssen, so liegt dies am Verhalten seiner Vor- und Wegbereiter gegenüber der Presse und somit gegenüber der deutschen Öffentlichkeit. Wir sprachen vorhin schon von den Gewerkschaften. Sie haben trotz ihrer nicht unerheblichen internen Spannungen und Differenzen den Zusammenschluß in aller Öffentlichkeit vollzogen. In keiner Mitteilung und bei keiner Auseinandersetzung hatte man versucht, etwa die Gäste, die Beobachter oder gar die Presse fernzuhalten, für ihre Zulassung eine bestimmte Auswahl zu treffen oder sie in ihrer Berichterstattung zu beeinflussen. Mit Fug und Recht hätte also die deutsche Öffentlichkeit erwarten dürfen, daß nun auch der zweite Faktor im Wirtschaftsprozeß, daß auch die Unternehmerschaft ihren Zusammenschluß im Rampenlicht der Öffentlichkeit vollziehen würde. Es war dies um so mehr zu erwarten, als nur durch offenerzige Darlegung noch vorhandener Bedenken, Mißstände, Schwierigkeiten usw. jedes eventuelle Mißtrauen im Keime erstickt werden könnte. Wir entsinnen uns, daß zum Beispiel am dritten Tag des Gründungskongresses der Gewerkschaften auch Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard feier-

lich begrüßt wurde und dann seinerseits in der Entgegnung ausführte, daß trotz aller Differenzen zwischen den Gewerkschaften und ihm — man könnte vielleicht auch sagen: zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmerschaft — über die Mittel und Wege der Wirtschaftspolitik eines unweigerlich feststehe: die Absicht, der deutschen Wirtschaft zu dienen.

Wir bedauern außerordentlich, hier mit allem Nachdruck feststellen zu müssen, daß sich die Unternehmer anlässlich ihres Zusammenschlusses an der oben angedeuteten Haltung der Arbeitnehmer kein Beispiel genommen haben. Wir wollen hiermit nicht sagen, daß wir etwa die Grußworte des Ersten Vorsitzenden des DGB, Dr. h. c. Hans Böckler, als Vertreter der Millionen Menschen umfassenden Partnerschaft „Arbeitskraft“ auf der gestrigen Versammlung in Köln vermißt hätten. So hoch waren unsere Erwartungen gar nicht gespannt. Vermißt haben wir jedoch die unterschiedlose Hinzuziehung der Presse und damit der breiten Öffentlichkeit. Zu bemängeln haben wir, daß sich der Zusammenschluß der Unternehmer hinter verschlossenen Türen abgespielt hat, als gelte es, Geheimnisse zu bewahren, wo doch wohl in Wirklichkeit nichts Geheimnisvolles vorhanden ist. Zu bemängeln haben wir ferner, daß ein vorbereitender Ausschuß, dessen Zusammensetzung wir trotz eifrigster Bemühungen nicht ermitteln konnten, nur einige Journalisten für geeignet befand, an einem der Konferenz sich anschließenden Empfang teilzuhaben und dort Informationen — wir weigern uns anzunehmen, daß es Instruktionen sein könnten — zu erhalten. Wir wissen also nicht, wer die Auslese traf und wir wissen nicht, welche Gesichtspunkte die Auserwählten zu solchen stempelten. Wir wissen nur das eine: Mit derartigen Methoden schafft man im voraus eine der Sache selbst durchaus schädliche Atmosphäre. Man gibt dem Mißtrauen Nahrung, verstärkt Ressentiments und brüskiert die Öffentlichkeit.

Einwände, die sich auf eine aus bestimmter parteipolitischer Einstellung ergebende, grundsätzlich abfällige Berichterstattung, Einwände, die sich auf die in der Persönlichkeit des Berichterstatters beruhende Gefahr einer unzureichenden oder unzutreffenden Wiedergabe beziehen, können wir hierbei nicht gelten lassen. Der Gefahr publizistischer Verunstaltung ist jede Veranstaltung ausgesetzt. Sie wiegt gering gegen die Gefahr, durch einen Start hinter verschlossenen Türen nicht nur einige vielleicht böswillige oder unvermögende Beobachter fernzuhalten, sondern das ganze Gebäude durch ein experimentell provoziertes Beben schon beim Richtfest zu erschüttern.

Allgemeine Zeitung

v. 21. Oktober 1949.

Die Industrie unter einem Dach.

Zusammenschluß der westdeutschen Industrieverbände.

J. E. Die am Mittwoch in Köln vorgenommene Gründung des „Ausschusses für Wirtschaftsfragen“, wie die etwas farblose Bezeichnung lautet, ist vielleicht der wichtigste Schritt in der Neuorganisation unserer gewerblichen Wirtschaft seit dem Kriege. Der äußere Rahmen entsprach der Bedeutung dieser Gründung. Bei der abendlichen Zusammenkunft im Hotel Excelsior in Köln sprach unter anderen der Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard. Der Präsident des Bundestages, Dr. E. Köhler, überbrachte die Grüße von Bundestag und Bundesrat. Als Gäste waren Vizekanzler Franz Blücher, Arbeitsminister Anton Storch und Verkehrsminister Dr. H. Seebohm anwesend.

Am Nachmittag war von 31 Spitzenverbänden der Industrie der „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ gegründet worden. Dieser Ausschuß wird über kurz oder lang in die Gesamtorganisation der industriellen Wirtschaftsverbände der deutschen Bundesrepublik überführt werden, ohne daß es hierzu noch eines neuen konstituierenden Aktes bedarf. Der Ausschuß ist also schon eine sehr „reife“ Vorstufe eines Spitzenverbandes der Industrie. Bisher fehlte in unserer Wirtschaft eine solche Gesamtorganisation der industriellen Wirtschaftsverbände, die es in fast allen Ländern der westlichen Welt gibt und auch früher bei uns gab. Es war daher bislang nicht möglich, die Meinungen der Industrie zu bestimmten Fragen zur öffentlichen Diskussion zu stellen und nach allen Seiten hin zu vertreten. Es gab nur eine Zusammenarbeit in besonderen Gemeinschaften auf fachlich engbegrenzten Einzelgebieten. So existierten verschiedene Ausschüsse, wie der Außenhandelsausschuß, der Steueraussschuß, der Rechtsausschuß und einige andere. Obwohl hier im einzelnen durchaus mit Erfolg gearbeitet worden ist, stand die Tätigkeit dieser Ausschüsse noch völlig im Zeichen des Provisorischen. Allein die Finanzierung schuf schwer lösbare Probleme. Vor allem aber konnten die einzelnen Fach-Ausschüsse niemals die Belange der Industrie in den großen wirtschaftspolitischen Fragen vertreten. Das wird nun in erster Linie die Aufgabe des neugegründeten Ausschusses — der späteren Spitzenorganisation der Industrie — sein. Der Ausschuß steht damit neben der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Sozialpolitischen Arbeitsgemein-

schaft. Dennoch braucht es hier nicht zu Überschneidungen zu kommen. Die Vertretung sozialpolitischer Fragen gehört satzungsgemäß nicht zu den Aufgaben des Ausschusses, und die Industrie- und Handelskammern sind die regional orientierte Vertretung der gesamten gewerblichen Wirtschaft (mit Ausnahme des Handwerks), während der Ausschuß die Belange der gesamten deutschen Industrie vertreten wird.

Nach der am Mittwoch angenommenen Satzung werden die Wirtschaftsverbände der Industrie eine „Arbeitsgemeinschaft der industriellen Wirtschaftsverbände im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ bilden. Die Arbeitsgemeinschaft soll alle „gemeinsamen Belange ihrer Mitglieder wahren und fördern“. „Die Arbeitsgemeinschaft dient lediglich dem allgemeinen Interesse der industriellen Wirtschaft.“ Mitglieder sind nicht Einzelpersonen oder Unternehmen, sondern Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften der Industrie, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriegruppe sind.

Die Konstituierende Versammlung wählte als vorläufigen Präsidenten den Fabrikanten Fritz Berg (Altena). Vizepräsidenten wurden der Präsident der Industrie- und Handelskammer Augsburg und Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Gesamt-Textil, Otto Vogel (Augsburg) und der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Chemie, Präsident W. A. Menne. Dem Präsidium gehören ferner an die Herren Möllenberg (Arbeitsgemeinschaft der Verbände Deutscher Maschinenbauanstalten), Linsenhoff (Arbeitsgemeinschaft der Bauindustrie), von Engelberg (Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden). Ein Platz im Präsidium wurde für die französische Zone freigehalten. Die Industrie der französischen Zone ist leider noch nicht in dem Ausschuß vertreten, da die verbandsorganisatorischen Voraussetzungen innerhalb der Zone noch nicht erfüllt sind. Es kann sich aber nur noch um eine Frage der Zeit handeln, bis die neugegründete Industrievertretung für alle drei Zonen sprechen kann.

Der neu gewählte vorläufige Präsident Fritz Berg nannte die Konstituierung des Ausschusses den ersten Schritt zur endgültigen Normalisierung der industriellen Organisation. Es sei klar, daß die Gründung eines Spitzenverbandes der Industrie eine Folge der Rationalisierung und politisch betrachtet nur die Konsequenz der Gerechtigkeit sei. Die Interessen der Produktionswirtschaft seien eigener Natur und pflegten selten mit Glacéhandschuhen aufzutreten, sie müßten jedoch innerhalb der Grenzen des Gemeinwohles liegen. Oberste sittliche Verpflichtung für die Industrie sei es, dem Volk die Lebensgrundlage wieder zu gewinnen und zu erhalten.

Professor Erhard begrüßte es in seiner Ansprache, daß sich im Zeitalter der Demokratie und damit der Koalitionsfreiheit deutsche Wirtschaftsverbände zu gemeinsamer Arbeit entschlossen hätten. Das Wirtschaftsministerium könne nur gut arbeiten, wenn die maßgebenden Träger des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in einer Spitzenorganisation vereinigt seien. Man wird Professor Erhard nur beistimmen können, wenn er den Wunsch aussprach, das Unternehmertum solle in der neuen Organisation nicht eine bloße Interessenvertretung, sondern eine Hüterin und Wahrerin der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit erblicken.

Badische Zeitung Nr. 125

Samstag/Sonntag 22./23. Oktober 1949.

Tagesspiegel.

Das Erbe des „Reichsverbands“.

Zweiunddreißig Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften der Industrie haben sich in Köln unter dem vorläufigen Namen „Ausschuß für Wirtschaftsfragen“ als Keimzelle einer einheitlichen Spitzenorganisation der westdeutschen Industrie zusammengeschlossen. Der künftige Verband, zu dem so der Grund gelegt wurde, wird der Erbe des früheren Reichsverbands der deutschen Industrie und wohl auch der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sein, die vor 1933 als wirtschaftspolitische und sozialpolitische Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft gewirkt hatten. Die Gewerkschaften haben, wie sich eigentlich von selbst versteht, bereits bekundet, daß sie gegen eine solche Neugründung auf der Seite der Unternehmer nichts einzuwenden hätten; in der Tat müßten sie sogar ein Interesse daran haben, auf der anderen Seite für Verhandlungen und Abmachungen grundsätzlichen Charakters einem für das ganze Land legitimierten Partner zu begegnen, gerade wenn sie die Notwendigkeit anerkennen, möglichst viele Entscheidungen auf dem Felde der wirtschaftlichen und sozialen Reform der Selbstverwaltung der Beteiligten zu überantworten. Freilich steigen bei solchen Gedanken in der Erinnerung auch einige dunkle Schatten auf: Es ist noch nicht vergessen, daß die industriellen Spitzenverbände vor 1933 manches getan oder geduldet haben, was der Republik das Leben sehr schwer machte, daß sie so, wenigstens mittelbar, dazu beigetragen haben, Hitler den Weg zur Macht zu ebnen. Das hing auch damit zusammen, daß bei ihnen personell weithin eine innere Ver-

wandtschaft mit den Kräften der nationalsozialistischen Reaktion bestand. Solcher Verführung (die es auch heute gibt) von Anfang an zu widerstehen, den neuen Industrieverband politisch wirklich neutral zu halten (und auch bei Wahlen auf die Finanzierung bestimmter Parteien zu verzichten), — dies werden sich die leitenden Männer besonders angelegen sein lassen müssen. Daß es früher an solcher verpflichtenden Einsicht gefehlt hat, dafür haben die Unternehmer in der Katastrophe des Dritten Reiches einen hohen Preis zahlen müssen.

Volksstimme Nr. 151 v. 26. Okt. 1949.

Unsere Meinung.

In Köln wurde vor einigen Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit der vorläufige Ausschuß eines „Gesamtverbandes der deutschen Industrie“ gebildet. 32 Unternehmerorganisationen, die über 90 Prozent der westdeutschen industriellen Wirtschaft vertreten, beschlossen einstimmig den organisatorischen Zusammenschluß.

Diese neue Organisationsbildung unter Führung der Schwerindustriellen sollte die werktätige Bevölkerung aufhorchen lassen. Also haben es die Kriegstreiber von gestern schon wieder geschafft. Sie haben ihre monopolistische Stellung ausgebaut und haben nun eine umfassende Dachorganisation geschaffen, um die beschließende Gewalt nicht nur in wirtschaftlichen sondern auch in allgemeinpolitischen Fragen auszuüben, wobei die Regierung Adenauer nur die demokratische Kulisse abgibt, hinter der sich die Kapitaldiktatur verbirgt.

Diese Spitzenorganisation der Industrie übernimmt die Nachfolge des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, dessen maßgebende Mitglieder Hitler finanzierten und zur Macht brachten, und die als Gegenleistung dafür im Jahre 1935 als „Generalrat der deutschen Wirtschaft“ die absolute Herrschaft über die deutsche Gesamtwirtschaft antreten konnten. Im Vorstand dieses „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ saßen die jedem Arbeiterfunktionär bekannten Reaktionäre Vögler, Pöns gen, Frohwein, Hugenberg und Gustav Krupp von Bohlen-Halbach, der selbst vor dem amerikanischen Militärgericht als Kriegsverbrecher angeklagt wurde. Die „Welt“ vom 21. 10 1949 schreibt:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie war eher ein Gegenpol zum Staat, hatte sich vorwiegend mit den staatlichen Stellen auseinanderzusetzen, wenn er die Belange der Industrie in wirtschaftlichen Fragen zu vertreten hatte.“

Damit soll die Öffentlichkeit irreführt werden. In Wirklichkeit war der Staat noch nie so eng mit dem Finanzkapital und seinen führenden Repräsentanten verschmolzen wie gerade in jenen Jahren. Die Regierung Adenauer setzt den in Weimar begonnenen Kurs, der bei dem Bündnis Hitler-Krupp endete, fort. Sie ist wieder das Werkzeug der Schwerindustriellen, und wenn diese trotzdem eine Zusammenfassung ihrer Verbände durchführen, dann nur zur Konzentrierung ihrer Macht. Der „Gesamtverband der deutschen Industrie“ ist also kein Gegenpol zum westdeutschen Separatstaat, sondern eine Legalisierung der Macht der Konzerne, gewissermaßen die beschließende Regierung des Großkapitals, deren ausführendes Organ das Kabinett Adenauer ist.

Zwar wechseln die Namen, aber die reaktionäre Haltung bleibt. „Die Welt“ vom 21. 10 1949 weiß zu berichten, daß die neuen Herren die Gewähr bieten,

„daß die Arbeit des ehemaligen Reichsverbandes ihre sinn-gemäße, noch stärker auf gemeinsame Belange eingestellte Fortsetzung findet.“

Das ist richtig, die präsidierenden Herren des „Gesamtverbandes der deutschen Industrie“ sind die gleichen Reaktionäre, sie haben schon wiederholt ihre arbeiterfeindliche Gesinnung bewiesen, und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich oft gegen ihre Anschläge auf die Arbeiterrechte wehren müssen. Allein der Name Reusch ist für jeden Gewerkschaftler der Inbegriff des reaktionären Unternehmertums.

Selbstverständlich haben Vizekanzler Blücher und Wirtschaftsminister Dr. Erhard die Bildung der neuen Organisation begrüßt. Auch der Präsident des Bundestages, Dr. Köhler, versäumte nicht, diesen Herren seine Dienste anzubieten. Die Minister des Kabinetts Adenauer fühlen sich der neuen wirtschaftlichen Organisation aufs engste verbunden.

Es bestehen zwar noch Militärgesetze, die den Zweck haben sollten, jede Zusammenfassung wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Das von den Alliierten unterzeichnete Potsdamer Abkommen verbietet die Konzentration wirtschaftlicher Macht. Auch die Dekartellisierungsgesetze der amerikanischen Militärregierung sprechen von der Zerstörung der Kartellwirtschaft. Diese Zusammenfassung von 90 Prozent der industriellen Wirtschaft in einer Spitzenorganisation ist ohne Zweifel ein monopolartiger Zusammenschluß, eine Organisation wirtschaftlicher Macht, eine Organisation zur Ausnutzung dieser Macht gegen das Volk. Aber die Hohen Kommissare erheben keinen Einspruch, sie haben nicht die Absicht, diese Organisationsbildung zu verhindern.

Die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer in Westdeutschland liegt in der Linie der Politik der amerikanischen Imperialisten. Die faschistische Vergangenheit der deutschen Monopolisten ist für sie kein nennenswerter Hinderungsgrund mehr. Wir leben eben nicht mehr im Jahre 1945. Damals galt noch das von englischen und amerikanischen Militärbehörden ausgesprochene Verbot des Zusammenschlusses von Unternehmerverbänden zu Dachorganisationen. Inzwischen haben die monopolistischen Kräfte der USA die großindustriellen Unternehmer Westdeutschlands wieder als Partner, wenn auch nur als Junior-Partner anerkannt. Die beabsichtigte Neubildung internationaler Kartelle macht die Einbeziehung der deutschen Monopolisten notwendig.

Gegen die Errichtung der absoluten Unternehmerschaft in Westdeutschland gilt es alle demokratischen Kräfte zu mobilisieren. Die Unternehmerverbände sind die Hauptschuldigen an zwei Weltkriegen. Die Kirdorf, Thyssen, Klöckner usw. waren es, die Hitler an die Macht brachten. Im Osten Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, ist die Organisation von Unternehmerverbänden verboten. Dieses Verbot ist mit dem Potsdamer Abkommen rechtlich begründet. In Westdeutschland konnten die Monopolisten schnell wieder an die Macht kommen. Nachdem sie erst vor wenigen Wochen als Ausdruck ihrer Macht das Kabinett Adenauer geschaffen haben, bilden sie jetzt als Ergänzung dazu und als Zeichen der Konzentration ihrer Macht den „Gesamtverband der deutschen Industrie“. Alle gewerkschaftlich organisierten Werktätigen, jeder fortschrittliche Demokrat muß seine ganze Kraft einsetzen, um diese Entwicklung in Westdeutschland aufzuhalten.

West German Industrialists Merge 32 Economic Groups Control 90% of Output; Move Looks Like Revival Of Powerful Manufacturers Association

From the Herald Tribune Bureau

FRANKFURT, Nov. 7. — A revival of what looks like the old powerful German Manufacturers Association has occurred in Cologne.

Under the alarmingly anonymous title of Committee for Economic Questions, an organization representing approximately 90 per cent of West German industrial production has made its appearance almost overnight. It has drafted a constitution which the Western occupation powers technically must approve before the organization can assume any permanency, but as yet none of the Western occupation authorities appear to have figured out exactly what is afoot.

The reaction of the West German press to this sudden development on the side of the industrialists is also somewhat uncertain. Papers which have commented have either been skeptical or have taken the line of warning the new organization that it cannot repeat the sins of its forerunner—the Reich's Organization of German Industry—which wielded tremendous supergovernmental powers over the German economy.

32 Economic Associations

The Cologne committee has been formed out of thirty-two economic associations or working parties. These in turn control approximately 90 per cent of West German industrial production. It was promptly and widely advertised as the answer of German industrialists to a merger only a week earlier of the trade union movement of the three occupation zones into one integrated organization.

The official American German-language publication, „Die Neue Zeitung,“ reflected perhaps the uncertainty of the High Commission about the new organization when it commented that „doubts of the Allies must be overcome“ and that „the new organization can fill a gap and achieve positive results in the new democratic Germany only if it can free itself from the dangerous past.“

The Stuttgart „Deutsche Zeitung“ commented: „Temptations for industrial organizations all over the world are protectionism and nationalism, which in turn are closely linked to monopolism. And it is because of this fact that a German top organization of industry will have to remain aware especially of everything belonging to economic and political progress. There are not a few people feeling uncomfortable about the formation of a great powerful organization.“

The „Rhein-Neckar-Zeitung“ was even sharper, declaring that „economic democracies have now finally been buried“ by the mergence of the associations. The paper saw in the formation of a unified trade union movement and a unified industrialist organization „an attempt to drav up firm positions“ in a coming struggle on economic questions in Germany.

IV. ENTWURF DER SATZUNG EINES BUNDESVERBANDES DER INDUSTRIE

I. Name, Sitz, Geschäftsjahr und Zweck

§ 1

- (1) Die Wirtschaftsverbände der Industrie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bilden eine Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen
„Arbeitsgemeinschaft der industriellen Wirtschaftsverbände im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.“
- (2) Die Arbeitsgemeinschaft hat ihren Sitz in.....
- (3) Gerichtsstand ist
- (4) Die Arbeitsgemeinschaft soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
- (5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

- (1) Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, alle gemeinsamen Belange ihrer Mitglieder zu wahren und zu fördern. Sie wird hierbei mit den anderen Spitzen-Organisationen des Unternehmertums zusammenarbeiten.
- (2) Ausgenommen ist die Vertretung sozialpolitischer Belange.

§ 3

Die Arbeitsgemeinschaft enthält sich jeder auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteten Betätigung. Sie dient lediglich dem allgemeinen Interesse der industriellen Wirtschaft.

II. Mitgliedschaft

§ 4

- (1) Die Mitgliedschaft ist freiwillig.
- (2) Mitglieder können Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften der Industrie werden, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriegruppe für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet sind.

§ 5

- (1) Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand.
- (2) Gegen eine Entscheidung des Vorstandes kann innerhalb von 6 Wochen Einspruch eingelegt werden. Über den Einspruch entscheidet ein von der Mitgliederversammlung gewählter Ausschuss endgültig.

§ 6

- (1) Die Mitglieder haben Anspruch auf Unterrichtung, Beratung und Beistand von seiten der Arbeitsgemeinschaft in allen Angelegenheiten, die zu deren Aufgabenbereich gehören.
- (2) Die Mitglieder sind an die Entschlüsse der Arbeitsgemeinschaft gebunden. Erhebt ein Mitglied gegen eine Entschlußung Einspruch, so kann es verlangen, daß seine Stellungnahme unverzüglich bekanntgegeben wird. Es hat sodann das Recht, seinen Standpunkt selbst zu vertreten.
- (3) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Arbeitsgemeinschaft in der Durchführung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben zu unterstützen.

§ 7

- (1) Der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft ist nur zum Schluß eines Geschäftsjahres zulässig. Die Austrittserklärung muß der Geschäftsführung spätestens 6 Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres durch eingeschriebenen Brief zugegangen sein.

- (2) Ein Mitglied kann durch Beschluß des Vorstandes ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Bestimmungen dieser Satzung verstößt, insbesondere seiner Beitragspflicht nicht nachkommt oder das Ansehen der Arbeitsgemeinschaft gröblich schädigt.
- (3) Innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Zustellung des Ausschließungsbeschlusses steht dem Mitglied ein durch eingeschriebenen Brief an die Geschäftsführung einzulegender Einspruch an die Mitgliederversammlung zu. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

§ 8

Ein Mitglied, das aus der Arbeitsgemeinschaft austritt oder ausgeschlossen wird, hat keinen Anspruch an das Vermögen der Arbeitsgemeinschaft.

§ 9

Die Kosten der Arbeitsgemeinschaft werden durch Beiträge der Mitglieder gedeckt. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Mitgliedsbeiträge zu zahlen.

III. Organe der Arbeitsgemeinschaft

§ 10

Organe der Arbeitsgemeinschaft sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Hauptausschuß
- c) der Vorstand
- d) das Präsidium
- e) die Landesvertretungen
- f) die Ausschüsse
- g) die Geschäftsführung.

A. Mitgliederversammlung

§ 11

- (1) Die Mitgliederversammlung besteht aus den Vertretern der Mitglieder.
- (2) Die Anzahl der Vertreter jedes Mitglied wird nach der Zahl der bei seinen Betrieben im Bundesgebiet beschäftigten Arbeiter und Angestellten gemäß folgender Staffel:

bei einer Beschäftigungszahl bis 50 000	2 Vertreter
bei einer Beschäftigungszahl von 50 001 — 100 000	4 Vertreter
bei einer Beschäftigungszahl von 100 001 — 150 000	6 Vertreter
bei einer Beschäftigungszahl von 150 001 — 200 000	7 Vertreter
für jede weiteren angefangenen 50 000 Beschäftigte	1 weiteren Vertreter.

Maßgebend ist die Beschäftigtenzahl am 30. 6. des abgelaufenen Geschäftsjahres. Sie ist von den Mitgliedern an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft zu melden.

§ 12

- (1) Die Mitgliederversammlung ist zuständig:
 - a) für Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung,
 - b) für die Wahl des Vorsitzenden (Präsident) und seiner Stellvertreter (Vizepräsidenten),
 - c) für die Genehmigung des Haushaltsplanes, die Beitragsordnung und die Festsetzung des Mitgliederbeitrages,
 - d) für die Entlastung der in § 10, Buchstaben c, d, g, genannten Organe,

- e) für die Änderung der Satzung,
- f) für die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

- (2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alljährlich innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf eines Geschäftsjahres statt.
- (3) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Vorsitzenden einberufen werden. Sie müssen einberufen werden, wenn ein Viertel der Mitglieder die Einberufung unter Angabe des Zwecks schriftlich bei der Geschäftsführung beantragt.

B. Hauptausschuß

§ 13

- (1) Der Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft besteht aus
 - a) dem Präsidenten und den beiden Vizepräsidenten,
 - b) den Vorsitzenden der Mitglieder oder an deren Stelle einem anderen von ihnen ständig beauftragten Vorstandsmitglied,
 - c) den Vorsitzenden der Landesvertretungen.
- (2) Die Mitglieder zu b) und c) können sich im Falle der Verhinderung durch andere Mitglieder des Vorstandes ihrer Organisation vertreten lassen.

§ 14

- (1) Der Hauptausschuß hat die Aufgabe, die Mitglieder des Vorstandes gem. § 16 zu wählen. Er hat den Vorstand bei der Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen.
- (2) Er kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (3) Er hat das Recht, bei den Organen der Arbeitsgemeinschaft die Bearbeitung ihm wesentlich erscheinender Aufgaben zu beantragen. Der Hauptausschuß kann für bestimmte Aufgaben ständige Ausschüsse einsetzen, ihre Zusammensetzung regeln und die Geschäftsführung bestimmen.

C. Der Vorstand

§ 15

- (1) Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums und weiteren vom Hauptausschuß aus seiner Mitte auf die Dauer von 2 Jahren gewählten Vertretern der Mitglieder.
- (2) Die Zahl der Vorstandsmitglieder soll — die Mitglieder des Präsidiums nicht eingerechnet — 15 nicht unter- und 21 nicht überschreiten.

§ 16

Der Vorstand wählt aus dem Kreise der ihm angehörenden Vorsitzenden oder ständig beauftragten Vorstandsmitglieder (§ 13, 1b) die Mitglieder des Präsidiums, soweit sie nicht von der Mitgliederversammlung gewählt werden.

§ 17

- (1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft zuständig, soweit sie nicht durch gesetzliche Vorschriften oder durch Bestimmungen der Satzung anderen Organen vorbehalten sind.
- (2) Er kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 18

Der Vorstand kann in besonderen Fällen nichtständige Ausschüsse einsetzen, ihre Zusammensetzung regeln und die Geschäftsführung bestimmen.

§ 19

Der Vorstand hat die Arbeiten der Ausschüsse mit den allgemeinen Zielen der Arbeitsgemeinschaft in Einklang zu halten und hierbei dem Gedanken des § 2 Abs. 1 Satz 2 (Zusammenarbeit mit anderen Spitzen-Organisationen des Unternehmertums) Rechnung zu tragen.

D. Das Präsidium

§ 20

- (1) Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, 2 Stellvertretern (Vizepräsidenten) und 6 weiteren Mitgliedern.
- (2) Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft im Sinne des BGB sind der Präsident oder 1 Vizepräsident und 2 weitere Präsidialmitglieder.

§ 21

Das Präsidium wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt und bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

§ 22

- (1) Das Präsidium leitet die gesamte Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. In wichtigen Angelegenheiten, die wegen ihrer Dringlichkeit keinen Aufschub dulden, ist das Präsidium berechtigt, Maßnahmen zu treffen. Es hat in diesen Fällen alsbald die Billigung der zuständigen Organe nachträglich einzuholen.
- (2) Das Präsidium kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (3) Das Präsidium stellt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung auf.
- (4) Der Präsident beruft die Sitzungen der Mitgliederversammlung, des Hauptausschusses, des Vorstandes und des Präsidiums ein.
- (5) In diesen Versammlungen führt der Präsident oder einer seiner Stellvertreter den Vorsitz.

E. Die Landesvertretungen

§ 23

- (1) In den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes können sich Landesvertretungen bilden die der Bestätigung durch den Vorstand bedürfen.
- (2) Aufgabe der Landesvertretungen ist es, die besonderen Belange der Industrie des betreffenden Landes im Rahmen der allgemeinen Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft zu wahren und zu fördern.

§ 24

- (1) Die Zusammensetzung der Landesvertretungen wird durch die für das betreffende Land zuständigen Vertreter der Mitglieder vereinbart.
- (2) Die Landesvertretungen können sich eine Geschäftsordnung geben.

F. Die Ausschüsse

§ 25

- (1) Zur Bearbeitung und zur Verfolgung bestimmter Aufgaben können Ausschüsse gebildet werden (§§ 14, 19).
- (2) Die Ausschüsse können sich eine Geschäftsordnung geben. Sie wählen ihren Vorsitzenden selbst.
- (3) Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichten dem Vorstand laufend über ihre Arbeiten, um die Erfüllung der Aufgaben gemäß § 20 dieser Satzung zu gewährleisten. Die Berichte sind über die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft zu leiten.

G. Die Geschäftsführung

§ 26

- (1) Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft wird eine Geschäftsführung unter Leitung eines oder mehrerer Geschäftsführer eingerichtet.
- (2) Die Geschäftsführer werden auf Vorschlag des Präsidenten von dem Präsidium berufen. Die Berufung bedarf der Bestätigung durch den Vorstand.
- (3) Die Anstellungsverträge der Geschäftsführer werden vom Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidium abgeschlossen.

IV. Gemeinsame Bestimmungen für die Versammlungen der Organe

§ 27

Einladungen zu Versammlungen müssen spätestens 14 Tage vorher zur Post gegeben werden. In besonderen, vom Vorsitzenden für dringend erachteten Fällen kann diese Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden. Über Gegenstände, die nicht in der Tagesordnung mitgeteilt sind und über Anträge, die nicht spätestens drei Tage vor dem Tag der Versammlung der Geschäftsführung schriftlich zugegangen sind, darf ein Beschluß nur gefaßt werden, wenn sich die Versammlung einstimmig damit einverstanden erklärt.

§ 28

- (1) Bei den Versammlungen hat jeder anwesende Vertreter eine Stimme. Schriftliche Stimmenübertragung ist zulässig. Ein Vertreter kann nicht mehr als 5 Stimmen abgeben.
- (2) Soweit nicht gesetzliche oder Satzungsbestimmungen entgegenstehen, entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

§ 29

Beschlüsse über die Abänderung der Satzungen bedürfen einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Beschlüsse über die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Die Versammlung ist für die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft nur dann beschlußfähig, wenn mindestens drei Viertel der Vertreter der Mitglieder anwesend sind. Ist diese Voraussetzung nicht vorhanden,

so findet die Abstimmung über den Auflösungsantrag in einer vier Wochen später neu zu berufenden Mitgliederversammlung statt, bei welcher eine Mehrheit von drei Vierteln ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vertreter zur Beschlußfassung genügt.

§ 30

- (1) Die Mitglieder üben ihr Stimmrecht durch ihre Vertreter aus. Vertretungen auf Grund einfacher schriftlicher Vollmacht sind in den Versammlungen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zulässig.
- (2) Die Geschäftsführer der Mitglieder haben in den Mitgliederversammlungen der Arbeitsgemeinschaft beratende Stimme, sofern sie nicht Bevollmächtigte eines Mitgliedes sind.
- (3) Die Versammlungen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und des Vorstandes sind, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen anderes besagen, beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder erschienen oder vertreten sind.
- (4) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen und der Sitzungen der Organe der Arbeitsgemeinschaft ist eine vom Vorsitzenden und dem Geschäftsführer unterzeichnete Niederschrift zu führen, die den Mitgliedern mitzuteilen ist.

V. Auflösung der Arbeitsgemeinschaft

§ 31

Im Falle der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft wird die Abwicklung der Geschäfte vom Vorsitzenden und seinen Stellvertretern durchgeführt. Das verbleibende Vermögen ist gemäß Beschluß der letzten Mitgliederversammlung zu verwenden.

Die Wirtschaftsverbände der Industrie*)

Verband der Automobilindustrie e. V.

Frankfurt/Main, Westendstraße 61
Tel. 7 13 47/49 - FS 04 12 93

- Vorsitzender: Generaldirektor Otto C. Schirz
i. Fa. BÜSSING-NAG
Braunschweig, Heinrich Büssingstr. 40
1. stellv. Vorsitzender: Hans Bilstein
i. Fa. August Bilstein
Altenvoerde i. W.
2. stellv. Vorsitzender: Willy Bauer
i. Fa. Peter Bauer, Fahrzeugfabrik
Köln-Ehrenfeld, Lucasstr. 4a
- Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Wilhelm R. Vorwig und
Dr. jur. et. rer. pol. Paul Hufenbecher
Frankfurt/Main, Westendstr. 61

Arbeitsgemeinschaft Bauindustrie in den Vereinigten Westzonen

Frankfurt/Main, Taunusstr. 2, Tel. 3 26 09

Reg.-Baumeister a. D. Friedrich Linsenhoff, Frankfurt/M., Thorwaldsenstr. 30,
Tel.: 6 62 35

Stellv. Vorsitzender: Reg.-Baumeister a. D. Direktor Emil Koch, i. Fa. Grün & Bilfinger A.-G.,
Köln, Zeppelinstr. 7, Tel.: 7 68 68

Hauptgeschäftsführer: Dr. de le Roi, Kronberg, Guaitastr. 5,
Tel.: Kronberg 413

Fernschreiber: üb. 04 11 46 der Firma Phil. Holzmann AG.

Arbeitsgemeinschaft Bekleidungsindustrie

Frankfurt/Main, Rossmarkt 15a, Fernspr. 3 40 26, 3 46 17

Vorsitzender: Dr. Curt Becker,
i. Fa. August Clemens Becker,
M.-Gladbach, Neuhofstraße 21
Fernsprecher 25 47

Stellvertr. Vorsitzender: Richard Lorenz,
i. Fa. Sportindustrie Lorenz,
Frankfurt/M., Cretschmarstr. 21

Hauptgeschäftsführer: Dr. Kurt Kaulen, Frankfurt/M.,
Rossmarkt 15a - Fernspr. 3 40 26, 3 46 17

Wirtschaftsverband Bergbau (in der Gründung begriffen)

z. Zt. vertreten durch Vereinigung des Deutschen Nichtkohlenbergbaus, Essen, Zweigertstr. 3,
Tel.: Essen 2 84 47/49,
Fernschreiber: 037/52

Hauptgeschäftsführer: Bergassessor Schorn

Deutscher Brauerbund e. V.

Frankfurt a/Main, Wiesenau 2 - Tel. 7 80 33

Präsidenten:

Direktor Hans Pfülf, Pschorrbräu A.G.,
München, Tel. 3 53 36

und

Generaldirektor Dr. Felix Eckhardt,
Dortmund, Dortmunder Union-Brauerei
Tel.: 2 15 48/49

Stellvertretende Präsidenten:

Direktor W. Andrae, Bensheim,
J. A. Guntrum, Bierbrauerei G.m.b.H.,
Bensheim/Bergstr., Postschließfach 47,
Tel. 27

Brauereidirektor Rechtsanwalt Günther,
Elbschloß-Brauerei,
Hamburg-Groß-Flottbeck, Tel. 49 30 51
Brauereibesitzer Karl Koepf, Aalen,
Hirschbachstr. 6, Tel. 708

Direktor Dr. Rudolf Luedtke, Hofbrauhaus
Wolters, Braunschweig, Wolfenbüttelestr. 39, Tel. 20 01

Direktor Walter Nadolny, Schultheiss-Brauerei,
Berlin-Charlottenburg,
Kaiserdamm, Tel. 97 75 31

Brauereibesitzer Dr. Kurt Seifert,
Löwenbräu, Naila/Ofr., Tel. 5

Hauptgeschäftsführer: Dr. Richard Biergans, Frankfurt
a/Main, Wiesenau 2, Tel. 7 80 33.

Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie

Frankfurt/Main, Am Hauptbahnhof 12 - Tel.: 3 48 39

Präsident: W. A. Menne,
i. Fa. Glasurit-Werke, Hiltrup Westf.

Vizepräsidenten: Dr. Ing. S. Balke
i. Fa. Chem. Fabrik Aubing
München-Aubing, Gotzmannstr. 3
Jean Knab
i. Fa. Seifenfabrik J. Knab
Ludwigshafen

Hauptgeschäftsführer: Dr. Felix Ehrmann

Wirtschaftsverband Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie e. V. für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet

Düsseldorf, Harkortstr. 27 - Tel.: 1 46 87 / 1 47 71 / 1 81 96

Vorsitzender: Fritz Berg
i. Fa. Wilh. Berg, Altena i. W.,

Stellv. Vorsitzender: Dr. Rudolf Mauser
i. Fa. Mauserwerke G.m.b.H.,
Köln-Ehrenfeld

Stellv. Vorsitzender: Dr. Werner Funk
i. Fa. Hammonia, Metallwaren-Fabrik,
Hamburg 33,

Stellv. Vorsitzender: Dr. Ernst Supf
i. Fa. Vereinigte Staniolfabriken,
Roth bei Nürnberg,

Hauptgeschäftsführer Dr. Bruno Pilz, Düsseldorf, Harkortstr. 27

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie

Düsseldorf, Humboldtstr. 31, Schließfach 659
Fernschreiber: 03 58 25 - Tel. 6 60 71

Vorsitzender: Direktor B. Fugmann
Hüttenwerk Rheinhausen AG.
Rheinhausen

Hauptgeschäftsführer:
Dr. W. Ahrens
Dr. W. Salewski

*) Das Verzeichnis erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es enthält in seiner Zusammensetzung diejenigen Wirtschaftsverbände, die auf der Gründungssitzung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände vertreten waren. Nicht alle Verbände haben sich an der Gründung beteiligt. (Vgl. S. 9.)

Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e. V.

Frankfurt a. M., Am Hauptbahnhof 12

Fernsprecher: Sammel-Nr. 3 48 57 - Fernschreiber 04 11 33

Vorsitzer: Friedrich Sperl, Generaldirektor der
Firma Telefonbau & Normalzeit,
Frankfurt/Main, Mainzer Landstr. 136Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Karl Neuenhofer, Brown,
Boveri & Cie., Mannheim, Boveristr. 22
undFabrikbes. Ernst Paris, Albrecht Jung,
Schalksmühle/WestfalenHauptgeschäftsführer: Dr. Hellmut Trute, ZVEI,
Frankfurt/Main, Am Hauptbahnhof 12**Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie**

(Zentralverband) Detmold, Schloß

Fernsprecher: 20 43—20 45

Präsident: Hans Mohr, Hamburg-Altona
Stresemannstr. 369Stellvertreter des Präsidenten:
Gerhard Bruns, i. Fa. C. F. Hildebrandt
Hamburg 28, Hovestr. 51Hauptgeschäftsführer: Günter Klein, Rechtsanwalt
Detmold, Schloß**Verband der Fahrrad- und Motorradindustrie e. V.**

(16) Bad Soden / Taunus, Gartenstraße 2

Telefonanschlüsse: Bad Soden/Ts. 446 u Frankfurt 1 20 52

Telegrammadresse: Zweirad Badsodentaunus

Vorsitzer des Hauptvorstandes: Dr. Heinrich zur Nieden
(Anker-Werke AG.) Bielefeld

Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer: Fritz Wenk

Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Industrie

Sitz: Wiesbaden, Wilhelminenstraße 50

Tel.: 2 32 03; Telegrammadresse: Feinoptik

Vorsitzender: Dr. Rolf Rodenstock
i. Fa. Optische Werke G. Rodenstock,
München 5, Isartalstraße 41—431. Stellvertr. Vorsitzender: Dr. h. c. Henri Dumur
i. Fa. Ernst Leitz G.m.b.H., Wetzlar2. Stellvertr. Vorsitzender: Georg Dennert
i. Fa. Dennert & Pape,
Hamburg-Altona, Juliusstr. 10

Geschäftsführer: Dr. Onno Oncken

Arbeitsgemeinschaft der Gerberverbände des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Frankfurt/M.-Hochst, Hostatostr. 18 - Tel. 1 32 98

Geschäftsführer: Dr. Edmund Merget

Vorsitzender: Richard Freudenberg,
Weinheim a. d. Bergstr.
Tel.: Weinheim 25 66**Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gießerei-Vereinigungen,**

Frankfurt a. M., Neue Mainzer Straße 60/III,

Telefon 3 46 69.

Vorsitzender: Direktor Dr. Franz Schily,
Vorstandsmitglied des Bochumer Vereins,
Bochumstellvertretender
Vorsitzender: Direktor Franz Grabowski,
Vorstandsmitglied der Buderus'schen
Eisenwerke, WetzlarHauptgeschäftsführer Dipl.-Ing. Herbert Burkart, Frank-
furt a. M., Neue Mainzer Straße 60/III.**Wirtschaftsverband Glasindustrie, Düsseldorf, Sternstraße 36**Ehrenvorsitzender: Generaldirektor A. Lambertz,
Vereinigte Glaswerke, AachenVorsitzender: Direktor Erich Kukat,
Glaswerke Ruhr Aktiengesellschaft,
Essen-Karnapstellvertretender
Vorsitzender: Generaldirektor Dr. J. L. Schrader,
Vereinigte Glaswerke, AachenGeschäftsführer: Heinz Witte,
Düsseldorf-Gerresheim, Lakronstr. 89
Rechtsanwalt Hans Datzmann,
Frankfurt/M, GroßeFriedberger Str. 29/31**Arbeitsgemeinschaft Graphische Verbände der Bizone (AGV)**

Wiesbaden, Umlandstr. 4, Telefon: 2 72 52

Vorsitzende: A. K. Schmidt, Wuppertal-Elberfeld,
Robertstraße 8
Walter Kraus, Stuttgart — W,
Augustenstr. 32

Hauptgeschäftsführer: Franz Stitzel, Wiesbaden, Umlandstr. 4

Hauptverband der deutschen Holzverarbeitenden Industrie

Wiesbaden, Helenenstr. 10, II (Tel.: 2 51 02)

Vorsitzender: Karl Ronicke,
i. Fa. H. Ronicke Söhne, Minden (Westf.)
Friedrich-Wilhelm-Str. 87a, Tel.: 30 83Stellvertreter: Dr. Anton Schumacher,
i. Fa. Francke & Gedrath G.m.b.H.,
Hannover-Münden, Werraweg 6
Tel.: 435/36)Hauptgeschäftsführer: Gustav Baum
(privat) Wiesbaden, Seerobenstr. 16 III
Tel.: 2 72 60**Arbeitsgemeinschaft der deutschen Kautschukindustrie**

„A.d.K.“

(16) Frankfurt/Main, Mainzerlandstraße 66

Tel.: Nr. 7 13 51 - Fernschreiber Nr. 04 12 54

1. Vorsitzender: Direktor Otto A. Friedrich
Harburger Gummiwarenfabrik
Phoenix AG., Hamburg-Harburg 11. stellvertr. Vorsitzender: Direktor H. Brüggemann
Hessische Gummiwarenfabrik
Fritz Peter AG, Klein-Auheim/Main2. stellvertr. Vorsitzender: Direktor E. Fellingner
Continental Gummiwerke AG
Hannover

Hauptgeschäftsführer: H. A. Fritz

Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie

Frankfurt/Main, Am Hauptbahnhof 12/V

Telefon: 3 42 05

Präsident: Direktor Dr. Rudolf Sies
i. Fa. Lorenz Hutschenreuther AG.,
Selb/OberfrankenStellvertreter: Generaldirektor Alfred Kaulfuss
i. Fa. KERAMAG, Keramische Werke
AG., Ratingen b/ DüsseldorfWeitere Mitglieder des Präsidiums:
George Baron Brockdorff
i. Fa. Rosenthal-Isolatoren G.m.b.H.,
Selb/Oberfranken
Prokurist Ernst Schröder
i. Fa. Villeroy & Boch, Keramische
Werke AG., Wandplattenfabrik Lübeck-
DänischburgHauptgeschäftsführer: Dr. Franz Warnke,
Selb/Oberfranken, Ludwigsmühle

Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie

Frankfurt a. Main, Am Hauptbahnhof 12 IV
Tel.: 3 49 79

Präsident: Willi Euler, Darmstadt, Dachsbergweg 9
Stellvertreter: Dr. Richard Röhm
i. Fa. Fritz Müller KG., Wuppertal-
Nächstebreck, Wittener Str. 271
und
Dipl.-Kfm. Willy Hoffmeister, Lüden-
scheid, Gotenstraße 6
Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Günter Suhle, Frankfurt/Main,
Am Hauptbahnhof 12

Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Lederwaren- und Kofferhersteller d. VWG

Offenbach a. M., Herrnstr. 17
Tel.: 8 57 36

1. Vorsitzender: Anton Schäfers
i. Fa. Schäfers & Krebs,
Offenbach a. M., Biebererstr. 260
2. Vorsitzender: Dr. Ernst Scheld
i. Fa. Lohmann-Werke KG.
Bielefeld, Postfach 1015
Hauptgeschäftsführer: Dipl.-Volkswirt P.E. Hartmann,
Offenbach a. M., Herrnstr. 17

Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA)

Frankfurt/M., Liebigstr. 17
Fernruf: 7 14 47/49.

Präsident: Generaldirektor Gustav Möllenberg
i. Fa. Westfalia-Dinnendahl-Gröppel A.G.
Bochum, Hernerstr. 299
Vizepräsidenten: Dipl.-Ing. Emil Möhrlein
i. Fa. E. Möhrlein G.m.b.H.
Stuttgart-Feuerbach, Heilbronner Str. 304
Dr. Everhard Bungartz
i. Fa. Bungartz & Co.
München 8, Neumarkter Str. 17
Hauptgeschäftsführer: Direktor Karl Lange
stellv. Hauptgeschäftsführer: Dipl.-Ing. Herbert Stelter

Mineralölwirtschaftsverband e. V.

(24a) Hamburg 36, Alsterufer 4—5
Fernruf für Ortsgespräche: 44 10 41
Fernruf für Ferngespräche: 41 11 11
Fernschreiber: 021 208

Vorsitzender: Direktor Ernst Falkenheim
Deutsche Shell A.G.
(24a) Hamburg 36, Shell-Haus
Stellv. Vors.: Diplom-Kaufmann Theodor Telle
Gewerkschaft DEURAG/NERAG
(20a) Hannover, Hindenburgstr. 27—29
Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Curt Weber

Wirtschaftsvereinigung Nichteisen-Metalle e. V.

Düsseldorf, Am Wehrhahn 98—100, Telefon: 2 01 71
Fernschreiber: Über Firma I. G. Schwietzke, Düsseldorf
035 832 (Dssdo)

Vorsitzer: Direktor Hermann Roeder,
i. Fa. I. G. Schwietzke, Düsseldorf,
Münsterstr. 446
Stellvertreter: Dr. Fr.-A. Pinkerneil, Frankfurt/M.,
Franz-Rücker-Allee 14
Direktor Otto Bussemer, Lüdenscheid
i. Fa. Lüdenscheider Metallwerke AG.,
Busch-Jaeger
Geschäftsführer: Dr. Johannes Sion, Düsseldorf,
Am Wehrhahn 98—100

Arbeitsgemeinschaft der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie,

(16) Frankfurt/Main, Arndtstr. 47,
Fernsprecher: 7 14 22
Präsident: Dr. Werner F. Klingele
i. Fa.: Wellpappenfabriken Klingele &
Holfelder, Heidelberg
Vizepräsident: Rudolf Bruer
i. Fa. Papierverarbeitungswerk Ludwig
Fr. Noltemeyer, Braunschweig
Hauptgeschäftsführer: Dr. Werner Köther
Frankfurt/Main, Arndtstraße 47

Verband Deutscher Schiffswerften e. V.

Sitz: Hamburg 1, Ferdinandstraße 58
Fernsprecher: 33 04 05 und 32 39 20
Fernschreiber: benutzen FS der Howaldtswerke AG.,
Hamburg, Nr. 02 11 01
Vorsitzer: Direktor Th. Schecker, Vorsitzender des
Vorstandes der Howaldtswerke A.G.,
Hamburg
Stellvertretender Vorsitz: Werftbesitzer Otto Oelkers,
Hamburg-Wilhelmsburg, Nippoldstraße 8
Geschäftsführer: P.A. Krützfeld.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Schmuck-, Silberwaren- und Uhrenindustrie

Pforzheim, Industriehaus
Fernsprecher: Pforzheim 27 41 - Fernschreiber 46 35 für
Arbeitsgemeinschaft
Federführender Verband: z. Zt. Schmuckwarenindustriever-
band Württemberg-Baden der Edel-
und Unedelmetall- sowie verwandter
Industrien e. V.
1. Vorsitzender: Artur Grosse
i. Fa. Henkel & Grosse KG., Pforzheim,
Simmlerstr. 18
Stellvertreter: Max Lichtenfels
i. Fa. Fühner & Abmus, Pforzheim,
Habermehlstr. 11
Ludwig Stark
i. Fa. Andreas Daub, Pforzheim,
Habermehlstraße 14

Fachvereinigung Schuh-Industrie der britischen Zone

Düsseldorf, Alleestr. 53/57 — Tel. 2 69 46/47
Geschäftsführer: Dr. Hans Vogt
1. Vorsitzender: Adolf Flöring, Wermelskirchen
Vorsitzende: Ferdinand Brenhaus, Bochum-Linden,
Hattinger Str. 763
Max Marquardt, i. Fa. Tigge & Mar-
quardt, Hameln
Jakob Armbruster, i. Fa. Hamburg-
Oppensener, (Hamburg-Altona),
Moortwiete 30

Arbeitsgemeinschaft der Schuhindustriellen Verbände,

Mannheim, Seckenheimer Landstr. 211
Tel.: Mannheim 4 35 46
Geschäftsführer: Dr. Edmund Merget,
p. A. Frankfurt/M.-Höchst, Hostato-
straße 18 — Tel.: 1 32 98
Vorsitzender: Dr. Franz, Greilingwerke, Mannheim

Wirtschaftsverband Stahlverformung

Hagen, Hochstr. 134
Fernsprecher: 3041—43, Fernschreiber: Nr. 03 145 über
Guß, Hagen
Vorsitzender: Theodor Peddinghaus, Ennepetal-Alten-
voerde,
1. Stellvertreter: Direktor Fritz Müller i. Fa. Westfälische
Drahtindustrie Hamm,
2. Stellvertreter: Direktor Carl Schloemer i. Fa. Stahl-
werke Brüninghaus, Werdohl
Hauptgeschäftsführer: Dr. Carl Wolff Hagen.

Wirtschaftsverband Stahl- und Eisenbau für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet

(21a) Bad Pymont, Rathausstr. 5, Postschließfach 35
Tel.: 540 und 241 - Fernschreiber: 023 782 (Stahlbauvbd)

Vorsitzer: Professor Dr.-Ing. Albert Dörnen
in. Fa. Johannes Dörnen, Brückenbau-
anstalt, Dortmund-Derne, Dörnenstr. 36

Stellv.Vorsitzer: Generaldirektor Ernst Schroeder,
i. Fa. Waggonfabrik Uerdingen A.G.,
Krefeld-Uerdingen

Hauptgeschäftsführer: Direktor Dr. Gustav Oelert
Bad Pymont, Rathausstr. 5

Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden,

Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 74, Tel.: 2 31 15

Vorsitzender: Alexander von Engelberg, Vorstands-
mitglied der Dyckerhoff-Portland-Ze-
mentwerke AG., Wiesbaden-Amöneburg

Stellvertr. Vorsitzender: Generaldirektor Edmund Bieneck,
Mitglied des Vorstandes der Didier-
Werke AG. und Geschäftsführer der
Didierwerke G.m.b.H., Wiesbaden

Geschäftsführer: Dr. rer. pol. Erich Hückstädt, Wiesbaden,
Kaiser-Friedrich-Ring 74

Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Spiritusindustrie

Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße 136

Fernruf 7 45 60, Telegr.-Anschrift: Allsprit Frankfurtmain

Präsident: August Hölscher, Münster, Hansaring 17,
Fernruf 69 51

Stellvertr. Präsident: Emil Underberg, Rheinberg/
Niederrhein, Außenwall 46, Fernruf 229

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied: Regierungsrat Hans-
Joachim Hoppe, Frankfurt a. M.,
Bockenheimer Landstraße 136
Fernruf 7 45 60

Arbeitsgemeinschaft der textilindustriellen Verbände des Vereinigten Wirtschaftsgebietes „Gesamttextil“

Frankfurt/Main-Süd, Böcklinstraße 9

Telefon: 6 55 22 und 6 62 18 - Fernschreiber: 04 11 32

Präsident: Otto A. H. Vogel
i. Fa. Julius Schürer A.G., Augsburg

Stellvertretender Präsident: Carl Neumann
i. Fa. P. C. Neumann, Wuppertal-
Barmen, Ferd. Thun-Str. Nr. 21

Stellvertretender Präsident: Nicolaus H. Schilling
i. Fa. Bremer Wollkämmerei,
Bremen-Blumenthal, Lange Str. 95

Hauptgeschäftsführer: Dr. H. W. Staratzke.

Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie,

Wiesbaden, Kl. Wilhelmstraße 7

Tel. Nr. 2 43 82, 2 58 91

Vorsitzender: Gerhard Schoeller,
i. Fa. Feinpapierfabrik Felix Schoeller
jr. G. m. b. H., Burg Gretesch, Post
Lüstringen bei Osnabrück

1. stellvertretender Vorsitzender:
Heinrich Nicolaus,
i. Fa. München-Dachauer Papierfabriken
Heinrich Nicolaus, Dachau, Schließfach

2. stellvertretender Vorsitzender:
Wilhelm Bracht,
i. Fa. Aschaffenburg Zellaufwerke
A.G., Redenfelden, Post Raubling/Obb.

Hauptgeschäftsführer:
Dr. Josef Frhr. Raitz v. Frentz,
Wiesbaden, Kl. Wilhelmstraße 7.

Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke

Düsseldorf, Martin-Luther-Platz 23/27

Fernsprecher: Düsseldorf 2 03 91

Vorsitzender: Direktor C. Haiblen,
i. Fa. Felten & Guillaume Carlswerk
Eisen und Stahl Akt.Ges., Köln-Mülheim,
Schanzenstr. 26 - Tel. Köln 7 42 51.

Stellvertr. Vorsitzender: Direktor Paul Keller,
i. H. Fa. Klöckner-Werke Akt.Ges.,
Düsseldorf, Fichtenstr. 36/38
Tel.: Düsseldorf 2 03 81.

Hauptgeschäftsführer: Dr. H. W. Beutler.

Verein für Zuckerindustrie

Lehnde bei Hannover, Telefon 404

Vorsitzender: Direktor Herbert Schütte,
Ulzen bei Hannover, Tel.: 25 48

Stellvertr. Vorsitzender: Fritz Schapen, Rethen a. d. Leine,
Ruf 227

Geschäftsführendes Direktions-Mitglied: Dr. Rogge, Bonn,
Koblenzer Str. 121 / Ruf 43 15

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände

Präsident: Fritz Berg i. Fa. Wilh. Berg, Altena i/W.

Vizepräsidenten: Otto A. H. Vogel i. Fa. Julius Schürer A.G., Augsburg
W. A. Menne i. Fa. Glasurit-Werke A.G., Hiltrup i/W.

Hauptgeschäftsführer: Dr. H. W. Beutler

Stellvertr. Hauptgeschäftsführer: Rechtsanwalt Gustav Stein

Anschriften: z. Zt. Düsseldorf, Martin-Lutherplatz 23-27, Pressehaus,
Fernsprecher 2 03 91
Bonn, Wörthstr. 17, Fernsprecher 83 07.

